Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Forum Stadt

DIE ALTE STADT

Schwerpunkt:

Stadtentwicklung: aus Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

Herausgegeben von Hans Schultheiß

Forum Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V. in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme (†), Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur) –

Prof. Dr. Harald Bodenschatz, TU Berlin, Institut für Soziologie
Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen, Geographisches Institut
Prof. Dr. Andreas Gestrich, London, Deutsches Historisches Institut
Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern
Prof. Dr. Tilman Harlander, Universität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen
Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut
Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin, Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte
Prof. Dr. Ursula von Petz, Universität Dortmund
Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart, Institut für Architekturgeschichte
Volker Roscher, Architektur Centrum Hamburg
Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt, Institut für Geschichte,
Prof. Dr. Holger Sonnabend, Universität Stuttgart, Historisches Institut

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die Redaktionsadresse erbeten:
Forum Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen
Tel. +49(0)711 3512-3242; Fax +49(0)711 3512-2418
E-mail: hans.schultheiss@esslingen.de
Internet: http://www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden »Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V.

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 89,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Verlags Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49 (0) 8581 - 9605-0
E-mail: info@suedost-verlags-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebsch & Rochol Druck, Hamm

© 2013 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924

DIE ALTE STADT

Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Stadtentwicklung: aus Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

Herausgegeben von
Hans Schultheiß

Hans Schultheiß
Editorial 3

ABHANDLUNGEN

Marianne Rodenstein
Stadtgesellschaft: Was ein Begriff über die Wirklichkeit unserer Städte aussagt! 5

Stefan Lang
Die Reichsstadt Ulm und ihre Patrizier 21

Hans-Rudolf Meier
Denkmalschutz als Leitinstrument der Stadtentwicklung? 35

Julius Mihm / Sandra Böhringer
Nur Regeltreue sichert Ensemblequalität. Studenten blicken aus der Vergangenheit in die Zukunft der Altstadt von Schwäbisch Gmünd – Städtebauliche Entwürfe des Dortmunder Instituts für Stadtbaukunst 53

Marc Funk
Kommunale Wirtschaftsförderung in Deutschland im Umbruch. Entwicklungen und Perspektiven für eine urbane Zukunft 71

FORUM

János Brenner
Städtebau und Architektur einer konservativen Kulturrevolution. Ungarns Kultusminister Klebelsberg und der Domplatz in Szeged – Idee, Bau und Rezeption 87

AUTORINNEN / AUTOREN 93

BESPRECHUNGEN

Rolf Haupt / Karsten Güldner / Wolfgang Hartig (Hrsg.), 800 Jahre St. Georg in Leipzig. Vom Hospital des Chorherrenstifts St. Thomas zum medizinisch sozialen Zentrum – Ein Lesebuch *(Immo Eberl)* 94

Angelus Eisinger / Jörg Seifert, urbanRESET – Freilegen immanter Potenziale städtischer Räume *(Robert Kaltenbrunner)* 95

Umschlag:
Montage studentischer Entwurfsarbeiten in der Stadt Schwäbisch Gmünd

© Schwäbisch Gmünd / Eugenia Gluschakowa / Anais Buss

Hans Schultheiß

STADTENTWICKLUNG: AUS STADTGESCHICHTE, STADTSOZIOLOGIE UND DENKMALPFLEGE

EDITORIAL

Dass jede Form von Stadtentwicklung sich immer auch der interdisziplinären Aufgabe zu stellen hat, stadthistorische, stadtsoziologische und denkmalpflegerische Belange einzubeziehen, war der Gründungsimpetus dieser Zeitschrift vor nunmehr 40 Jahren. Ihr damaliger Titel „Die alte Stadt" stand für die Gründungsherausgeber um Otto Borst und Alexander Mitscherlich programmatisch für die Notwendigkeit, sich wieder auf die Werte der historischen Städte zu besinnen, die durch bezuglose anonyme Planungen unter die Räder zu kommen drohten. Daher schrieb die F.A.Z. auch schon bald von einem „unentbehrlichen Instrument für die Stadterneuerung".

Seit dem Jahr 2010 firmiert die Zeitschrift unter dem neuen Titel „Forum Stadt". Gleichgeblieben aber ist ihr Untertitel „Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung" und damit ihr interdisziplinärer Ansatz zur Zukunftsfähigkeit der historischen Stadt und ihrer Bewohner. Da jedoch neue Generationen von Wissenschaftlern, Stadtforschern und Kommunalverantwortlichen allein schon mit dem früheren Titel nostalgische Rückwärtsgewandtheiten zu assoziieren begannen, schien dieser dem aktuellen Redaktionskollegium gewissermaßen aus der Zeit gefallen und das Anliegen der Zeitschrift nicht mehr eindeutig abzubilden.[1]

Auch im vorliegenden Heft richten Wissenschaftler und kommunale Fachleute Erkenntnisse aus ihren unterschiedlichen Disziplinen auf deren Beitrag zur Stadtentwicklung. Zunächst untersucht die Stadtsoziologin ***Marianne Rodenstein*** den Begriff der „Stadtgesellschaft", den es in der Stadtsoziologe als Fachbegriff lange nicht gab und der sich erst in den letzten beiden Jahren als ein geradezu inflationär gebrauchter Modebegriff in den Titeln stadtsoziologischer Bücher und Tagungen wiederfindet. Gab es soziale Ver-

1 Zur Geschichte und Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt e.V." (seit 2011 „Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.) und ihrer Zeitschrift vgl. *W. Durth,* Aufklärung, Diskurs und Widerspruch: 50 Jahre „Die alte Stadt, in: Forum Stadt 38 (1/2011), S. 17-38 sowie *E. Spiegel*, „Die alte Stadt": Eine Zeitschrift im Schnittpunkt von Vergangenheit, Zukunft und den Forderungen des Tages, in: ebda., S. 39-50.

änderungen in den Städten, die die Bezeichnung „Stadtgesellschaft“ notwendig machten? Kann „Stadtgesellschaft“ als Begriff etwas erzählen, was die stadtsoziologische Forschung (noch) nicht weiß und sie anregen könnte? Was wird mit dem Wort „Stadtgesellschaft“ begriffen und was sagt dieser Begriff über die Wirklichkeit unserer Städte aus?

In der Fachsprache der Geschichtswissenschaft findet der Begriff der Stadtgesellschaft schon lange Verwendung – erinnert sei nur an Heinrich Rüthing und seine umfassende Arbeit über „Höxter um 1500. Analyse einer Stadtgesellschaft“. Wurden hier zu einem bestimmten Zeitpunkt sämtliche Haushalte von Bürgern und Einwohnern und ihre Einwirkungen auf die Stadtgesellschaft beschrieben, beleuchtet der Historiker ***Stefan Lang*** in seinem Beitrag „Die Reichsstadt Ulm und ihre Patrizier“ deren Herrschaftskontinuität über fünf Jahrhunderte und deren prägende Mitgestaltung von Stadtbild und Stadtkultur.

In der historischen Entwicklung der Disziplinen Denkmalschutz und Stadtentwicklung erschien eine Verknüpfung lange Zeit keineswegs selbstverständlich. Zu unterschiedlich waren Tradition und Genese der beiden Fachbereiche: hier die Denkmalpflege, die das noch Bestehende, aber Gefährdete im Auge hatte, dort die Planungsdisziplin, geleitet von Vorstellungen, wie etwas sein oder werden sollte. Der Kunsthistoriker ***Hans Rudolf Meier***, Leiter des Masterstudiengangs „Denkmalpflege und Stadtentwicklung“ an der TU Dresden sieht diese einst fundamentale Differenz heute weitgehend aufgehoben. Er analysiert die denkmaltheoretischen Grundlagen für dieses Zusammenkommen und entwickelt in seinem Beitrag ein Denkmodell, wie Denkmalschutz gar ein Leitinstrument der Stadtentwicklung werden kann.

Den Blick aus der Vergangenheit in die Zukunft richten auch ***Julius Mihm*** und ***Sandra Böhringer*** in ihrem Beitrag „Nur Regeltreue sichert Ensemblequalität“. Gemeinsam mit Studenten des Instituts für Stadtbaukunst der Universität Dortmund loten sie städtebauliche Chancen aus, die sich in der Stadt Schwäbisch Gmünd durch die anstehende Neuordnung des Bahnhofsbereichs bis zum Marktplatz der historischen Altstadt ergeben. Dabei mussten die städtebaulichen Strukturen Schwäbisch Gmünds analysiert und die ortstypischen Prinzipien erkannt werden. Demzufolge war auch kein Denken in Einzelhäusern gefordert, sondern in Quartieren, welche in ihrer Gemeinsamkeit Stadt bilden. Und denkmalgeschützte Bauten galt es zu integrieren.

Im Werben um Ansiedlungen, Investitionen, Arbeitsplätze und Tourismus haben die Bereiche der kommunalen Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings in den letzten Jahren einen rasanten Aufstieg erlebt. Dass dabei zunehmend auch Stadtentwicklungsprozesse beeinflusst werden, ergibt sich von selbst. In seinem Beitrag „Kommunale Wirtschaftsförderung in Deutschland im Umbruch. Entwicklungen und Perspektiven für die urbane Zukunft“ lässt der Historiker und Geograph ***Marc Funk*** auch die Werte der historischen Stadt nicht außer acht.

Esslingen am Neckar, Februar 2013
Hans Schultheiß

Marianne Rodenstein

»STADTGESELLSCHAFT« – WAS EIN BEGRIFF ÜBER DIE WIRKLICHKEIT UNSERER STÄDTE AUSSAGT!

Vor 20 Jahren noch selten gebraucht, taucht das Wort „Stadtgesellschaft" heute in vielen Kontexten auf. Das war der Anlass für eine 2012 durchgeführte Untersuchung über die Karriere des Wortes und ihrer gesellschaftlichen Ursachen.[1]

1. VON DER VERGANGENHEITSBESCHREIBUNG IN DEN SPRACHGEBRAUCH DER GEGENWART

Historikerinnen und Historiker sprechen von der Stadtgesellschaft des Mittelalters, womit sie die Über- und Unterordnungsbeziehungen in der Stadt einschließlich der Geschlechterbeziehungen meinen, die sich deutlich von denen der Feudalgesellschaft auf dem Lande unterschieden.[2] Außerhalb der Fachsprache der Geschichtswissenschaft wurde „Stadtgesellschaft" nicht verwendet. In Brockhaus' und Wahrigs Deutschem Wörterbuch fehlte diese Wortkombination im 5. Band, der 1983 erschienen ist. Auch die Stadtsoziologie sprach nicht von Stadtgesellschaft. Das hatte gute Gründe. „Städte lassen sich nicht als isolierte Einheiten untersuchen. Ihre Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit den demographischen, sozio-ökonomischen, technologischen und politischen Bedingungen einer Gesellschaft. Das Verhalten der Stadtbewohner ist wiederum von den Lebensbedingungen in einer Gesellschaft und denen in einer gegebenen Stadt abhängig."[3] Deshalb, so wurde immer gefolgert, sind Städte soziologisch nicht einfach als ein Ausschnitt oder Teilaspekt der „Gesellschaft", zu analysieren, sondern als eine Besonderheit,[4]

1 Diese Untersuchung beruht neben der Auswertung von Tageszeitungen und der Literaturrecherche auf der Stichwortsuche in Bibliotheken in Frankfurt und München, in Online-Archiven der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), der *Tageszeitung* (TAZ),der *Berliner Zeitung*, des *Tagesspiegels*, des *Hamburger Abendblatts*, der *Welt*, der *Süddeutschen Zeitung* (SZ), des *Kölner Stadtanzeigers* und der *Stuttgarter Zeitung* sowie einer Stichwortsuche im Internet. Für die Interpretation bestimmter Zusammenhänge wurden per Email Anfragen an einzelne Autoren gestellt.

2 So z.B. *E. Ennen*, Frauen im Mittelalter, München 1984, hier 5. Auflage 1994, S. 143. Selten wird der Begriff auch für das 19. Jahrhundert verwendet oder auf die städtische Bevölkerung in der Weimarer Republik und die Zeit des Nationalsozialismus angewandt.

3 *J. Friedrichs*, Stadtsoziologie, Opladen 1995, S. 15.

4 *H. Herrmann/C. Keller/R. Neef/R. Ruhne* (Hrsg.), Die Besonderheit des Städtischen: Entwicklungs-

eine durch spezifische räumliche Gegebenheiten geprägte gesellschaftliche Form, die jedoch selbst keine nach außen gegen die Gesamtgesellschaft abgrenzbare Einheit darstellt. Man sah die soziologische Besonderheit der Stadt gerade darin, dass das Handeln der Stadtbewohner und daraus resultierender Prozesse in einem gebauten Raum stattfindet, diesen beeinflusst und dadurch selbst wieder geprägt wird. „Stadtgesellschaft" gab es in der Stadtsoziologie als Fachbegriff nicht, weil die Stadtbevölkerung nicht einfach „Gesellschaft", sondern einerseits weniger, andererseits mehr als „Gesellschaft" war.

Gleichzeitig waren Städte – meist stillschweigend – die Untersuchungsfelder für die Sozialstruktur der Gesellschaft. Diese wurde bis in die 1970er Jahre hinein als Schichtmodell, danach mit der Pluralisierung von Lebensstilen als eine Vielzahl von Milieus, heute auch wieder mit dem Klassenbegriff beschrieben. Es bestand dabei kein Interesse an einem Vergleich der Sozialstruktur einer Stadt mit einer anderen Stadt oder der im ländlichen Raum. Man ging von der Verstädterung der Gesellschaft aus.[5]

Entgegen diesen Tendenzen in Soziologie und Stadtsoziologie zeigte sich, dass seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre in deutschen Großstädten das Wort „Stadtgesellschaft" umläuft, und zwar zunächst in der Stadtpolitik und bei Fachleuten, die mit der Stadt zu tun haben und dann ab 2000 zunehmend auch in der Stadtforschung. Das Wort wird über die Zeitungen der großen deutschen Städte transportiert. Damit stellt sich die Frage nach den Gründen für die Karriere des Wortes in der Gegenwartsbeschreibung der Stadt. Warum kam das Wort gerade in den 1990er Jahren aus der Vergangenheit der Geschichtsforschung in die Gegenwart der Stadtpolitik? Gab es soziale Veränderungen in den Städten, die die Bezeichnung Stadtgesellschaft notwendig machten? Wird „Stadtgesellschaft" in ihren verschiedenen Verwendungskontexten, in der Sprache der lokalen Medien, der Stadtpolitik und Stadtmanager wie in der Wissenschaftssprache einheitlich gebraucht oder gibt es verschiedene Bedeutungen? Kann Stadtgesellschaft als Begriff etwas erzählen, was die stadtsoziologische Forschung (noch) nicht weiß und sie anregen könnte?

Dass die zunehmende Verwendung des Begriffs Stadtgesellschaft auf eine neue Wirklichkeit in der Stadt aufmerksam machen könnte, ist eine naheliegende These.[6] Denn mit neuen Begriffen oder ihrer Nutzung in neuen Zusammenhängen versucht man neue Phänomene zu erfassen, aber zugleich konstituieren die Begriffe diese Phänomene auch. Die

linien der Stadt(soziologie), Wiesbaden 2011.

5 *H. Lefèbvre*, Die Revolution der Städte, Dresden 2003 (zuerst 1970), S. 11 ff. Kritisch dazu D. Ipsen: „Gerade die meist statistisch belegte These einer universellen Verstädterung verbirgt die substantielle Frage nach der inneren Dialektik von Tradition und Moderne in der Entwicklung der Lebensweisen"; vgl. *D. Ipsen*, Stadt und Land. Metamorphosen einer Beziehung, in: *H. Häussermann/D. Ipsen/Th. Krämer-Badoni/D. Läpple/M. Rodenstein/W. Siebel,* Stadt und Raum. Soziologische Analysen, Pfaffenweiler 1991 S. 117-156, S. 156.

6 Zwar lässt sich „keine Wirklichkeit [...] auf ihre sprachliche Deutung und Gestaltung reduzieren, aber ohne solche sprachlichen Leistungen gibt es – jedenfalls für uns – keine Wirklichkeit"; vgl. *R. Koselleck*, Begriffsgeschichten, Frankfurt a.M. 2006, S. 62.

alltagssprachliche Verwendung „Stadtgesellschaft" ist performativ zu deuten als ein Akt der Benennung, in dem zugleich das Phänomen (Stadtgesellschaft) selbst entsteht. Wenn ein Sprecher oder eine Sprecherin „Stadtgesellschaft" sagt, dann wird damit in anderen die Vorstellung hervorgerufen, dass es eine auf die Stadt orientierte Gesamtheit gibt, deren gemeinsamer Bezugsrahmen eben nicht der Staat oder die Nation, sondern die Stadt ist. Welches das Sinnmuster der Gemeinsamkeit ist, kann zunächst offen und der individuellen Interpretation, der eigenen Weise der Identifikation mit oder Orientierung an der Stadt überlassen bleiben. Es handelt sich um ein sprachliches Phänomen, das eine neue Wirklichkeit zum Ausdruck bringen will bzw. diese bewusst macht und sie damit zugleich schafft. Die Frage ist deshalb nicht nur, was mit dem Wort Stadtgesellschaft „begriffen" wird, sondern auch, zu welcher Wirklichkeit die Verwendung des Wortes selbst beiträgt bzw. beitragen soll.

2. VERBREITUNG DES BEGRIFFS STADTGESELLSCHAFT

Man muss annehmen, dass „Stadtgesellschaft" vermittelt über Zeitungen und Fachtagungen in den letzten 20 Jahren zwischen dem Gebrauch in der Alltagssprache der städtischen Fachleute und der Politik sowie dem Gebrauch in der Stadtforschung hin und her wanderte. In diesem Oszillieren zwischen Wissenschafts- und Alltagssprache gibt es gegenseitige Verstärkungen, aber auch Veränderungen der Bedeutung. Wie das im Einzelnen geschieht, kann hier nicht nachvollzogen werden. Wenn im Folgenden zeitliche Schwerpunkte für den alltags- und den fachsprachlichen Gebrauch genannt werden, ist damit keine Aussage über kausale Beziehungen beabsichtigt.

Die Karriere des Begriffs begann Anfang der 1990er Jahre. Das 1993 eingerichtete Online-Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verzeichnet für dieses Jahr drei Artikel mit Nennungen des Wortes im Feuilleton; zwei davon wurden von dem Architekturhistoriker Michael Mönninger und dem Publizisten und Berliner Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm geschrieben, die bei der weiteren Verbreitung des Wortes eine Rolle spielten. Im Jahr 2000 wurden im FAZ-Archiv 12, 2001 18, im Jahr 2011 49 und bis 24. August 2012 insgesamt 523 Nennungen gezählt, worunter auch das zur Geschichtswissenschaft gehörige Fachwort ist. Zunächst ist der Begriff im Feuilleton zu finden, dann immer häufiger im Lokalteil der Zeitung. Auch in anderen deutschen Großstädten wie Berlin, München, Köln, Stuttgart ist das Wort Stadtgesellschaft präsent, wobei es in Hamburg am wenigsten in Gebrauch zu sein scheint.[7]

7 Das Online-Archiv des *Hamburger Abendblattes* zählte 31 Artikel mit Nennungen seit 1987, das der *Welt* seit 2001 21, das der *Stuttgarter Zeitung* seit 2010 100 Nennungen, das der *TAZ* 132 seit 1989, das der *Berliner Zeitung* 65, das des *Tagesspiegels* seit 1996 44, das der *SZ* seit 1992 457, das des *Kölner Stadtanzeigers* seit 1998 154 Nennungen.

Im Umkreis der Stadtforschung tauchte das Wort nach meiner Kenntnis zuerst bei Volker Kirchberg im Titel der Dissertation „Kultur und Stadtgesellschaft" 1992 auf, nicht aber im Text selbst.[8] 1993 erschien das Buch „Die dritte Stadt", von Dieter Hoffmann-Axthelm,[9] in dem er den Begriff Stadtgesellschaft benutzte und im Sinne einer Teilgruppe der Bevölkerung definierte, die sich für die Stadt verantwortlich fühlt.

Ab 1994 war der Begriff in der Frankfurter Politik und der Lokalpresse angekommen und wurde im Zusammenhang mit Bedrohungsszenarien (Rückgang der Gewerbesteuer und Haushaltskürzungen) genannt. Im Berliner Wissenschaftskolleg fand Ende 1995 ein Kolloquium mit dem Titel „Stadtgesellschaft, Stadttheorie und Planungspraxis" statt, dessen einziger Bezugspunkt „Die dritte Stadt" von Hoffmann-Axthelm war. Der Begriff Stadtgesellschaft wurde auch von anderen Teilnehmern des Kolloquiums wie dem Historiker Jürgen Kocka,[10] der von der „Stadtgesellschaft der Gegenwart und der Vergangenheit" sprach, in verschiedenen Zusammenhängen genutzt, aber nicht weiter definiert.

Auf dem Neujahrsempfang 1996 sprach die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth davon, dass eine Stadtgesellschaft „am ehesten den Ausgleich von Allgemeininteressen und Einzelinteressen" garantiere.[11] Auch andere StadtpolitikerInnen benutzten das Wort, so Daniel Cohn-Bendit, der über die „multikulturelle Stadtgesellschaft" sprach.[12] Der Begriff „Stadtgesellschaft" bezog sich in allen Fällen auf die Gesamtheit der unterschiedlichen Bevölkerung einer Stadt.

Die Beiträge des von Michael Mönninger geleiteten Berliner Kolloquiums von 1995 wurden von ihm unter dem Titel „Stadtgesellschaft" 1999 als Suhrkamp-Band herausgegeben. Der Titel „Stadtgesellschaft" geht nach Auskunft Mönningers jedoch auf Dieter Hoffmann-Axthelm zurück.

Danach mehrten sich Veröffentlichungen von StadtforscherInnen, die diesen Begriff im Buchtitel präsentierten.[13] Vor allem von der Untersuchung von Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut im Jahr 2000 über die „Bedrohte Stadtgesellschaft", die sich auf

8 Befragt zur Herkunft der Wortkombination erläutert er, dass es zunächst „Stadtgesellschaften" heißen sollte und im Gespräch mit Jürgen Friedrichs vor dem Hintergrund der gemeinsamen Untersuchung von Wolfsburg (1989) entwickelt wurde, in der sie von heterogenen „Gesellschaften der Stadt" gesprochen hätten, die die City als Möglichkeit des Treffens und Kommunizierens nutzten; vgl. *V. Kirchberg*, Kultur und Stadtgesellschaft. Empirische Fallstudie zum kulturellen Verhalten der Stadtbevölkerung und zur Bedeutung der Kultur für die Stadt, Wiesbaden 1992.

9 *D. Hoffmann-Axthelm*, Die dritte Stadt, Frankfurt a.M. 1993, S. 237 f.

10 *J. Kocka*, Wider die Idealisierung der historischen Stadt, in: *M. Mönninger* (Hrsg.), Stadtgesellschaft, Frankfurt a.M. 1999, S. 97-100, S. 97.

11 *FAZ* vom 19.01.1996, Rhein-Main-Zeitung S. 51.

12 Ebda. vom 20.03. 1996, S. 44.

13 *W. Heitmeyer/R. Anhut* (Hrsg.), Die bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim/München 2000; *E. Leipprand*, Lebensmodell Stadt: über den verlorenen Zusammenhang von Stadtleben, Stadtgesellschaft und Städtebau, Tübingen 2000; *H. Schridde*, Modernisierung der Stadt-Gesellschaft und die Dezentralisierung des Wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, Diss. Universität Hannover 2000 (Elektronische Ressource).

reale Konflikte der Städte bezog, ging eine relativ weite Wirkung aus, schien sie doch Erklärungen und Wissen zum Umgang mit Migrantenmilieus zu bieten. Die Migranten und ihre Nachkommen in den Zusammenhang einer „Integrationsproblematik" in Deutschland zu stellen, war zwar schon länger eine in Politik und Wissenschaft verbreitete Sichtweise, wurde jedoch durch diese Untersuchung noch bestärkt. Insbesondere dann, wenn es um Migranten ging, setzte sich der Begriff Stadtgesellschaft in der Stadtforschung fest.[14]

In den letzten zwei Jahren fand sich „Stadtgesellschaft" häufig wie selbstverständlich und ohne weitere Definitionsbemühungen im Text wie in Titeln von stadtsoziologischen Büchern und Tagungen.[15] Der Begriff ist in Mode gekommen, und ein erster Überblick zeigt, dass er mit wachsender Selbstverständlichkeit gebraucht wird.

Es gibt aber nur wenige Autoren wie Dieter Hoffmann-Axthelm, Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut, Bernhard Schäfers, Wolf-Dietrich Bukow oder Daniela De Ridder, die den jeweils gemeinten Sinn des Wortes definieren. Hoffmann-Axthelm und Heitmeyer/Anhut beziehen sich auf die stadtsoziologische Thematik der engen Verbindung von Stadt und Gesellschaft, von Baulich-Physischem und Sozialem, setzen sich jedoch explizit im Sinn einer pragmatischen Entscheidung, wenn auch in unterschiedlicher Weise, davon ab. Im umgangssprachlichen Gebrauch wurde der Begriff nur von StadtpolitikerInnen, von Fachleuten, die mit der Stadt und ihren Problemen zu tun haben, und in den Medien genutzt, doch keineswegs einheitlich. Der Begriff erschien breit und deutungsoffen. Nicht selten zeigte sich Unsicherheit im Umgang mit dem Begriff oder auch Distanzierung, wenn Journalisten von der „so genannten Stadtgesellschaft" schrieben.

3. BEDEUTUNGSVIELFALT UND SOZIOLOGISCHER HINTERGRUND

Der Gebrauch des Wortes wird nun ausgehend von der Alltagssprache der Stadtpolitik und anderer Stadtexperten untersucht und durch die Analyse des Gebrauchs in der wis-

14 *W.-D. Bukow* (Hrsg.), Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft: die multikulturelle Stadt zwischen Neuorientierung und Restauration, Opladen 2001. Der erst 2005 vom Institut für Urbanistik veröffentlichte Bd. 1 der Beiträge zum bereits 2003 abgeschlossenen Forschungsverbund des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Stadt 2030" hieß „Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft". Im Lehrbuch „Stadtsoziologie" von *B. Schäfers*, Wiesbaden 2006 befindet sich ein Kapitel, das „Integration in die Stadtgesellschaft" heißt. Ein Tagungsbericht „Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtgesellschaft" wurde 2009 vom Deutsch-französischen Institut Ludwigsburg veröffentlicht. Eine Ausnahme bildet der bei Daniela De Ridder zu findende Begriff der telekommunikativen Stadtgesellschaft; vgl. *D. De Ridder*, Vom urbanen Sozialraum zur telekommunikativen Stadtgesellschaft, Frankfurt a.M. 2007.

15 *O. Frey/F. Koch* (Hrsg.), Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel, Opladen 2011; *W.-D. Bukow/G. Heck/E. Schulze/E. Yildiz* (Hrsg.), Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft, Wiesbaden 2011; *R. Reißmüller/K. Schucknecht* (Hrsg.), Stadtgesellschaften im Wandel, Chemnitz 2012; ohne Herausgeberangabe: Stadtgesellschaft. Werte und Positionen. Bürgermeister Franz Dobler zum 60. Geburtstag gewidmet, Linz 2011.

senschaftlichen Fachsprache ergänzt. Das Ergebnis ist, dass sich drei Bedeutungsvarianten unterscheiden lassen.

- Stadtgesellschaft (I) als die Gesamtheit der Bevölkerung der Stadt, deren Gemeinsamkeit in einer nicht näher spezifizierten, gedachten Zusammengehörigkeit besteht;
- Stadtgesellschaft (II) als Gesamtheit der städtischen Bevölkerung mit einer spezifischen Qualität der sozialen Beziehungen;
- Stadtgesellschaft (III) als ein Teil der Bevölkerung und/oder Organisationen mit einem spezifischen Bezug zur Stadt.

3.1 Stadtgesellschaft I

Stadtgesellschaft als die Gesamtheit der Bevölkerung der Stadt, deren Gemeinsamkeit in einer nicht näher spezifizierten Zusammengehörigkeit besteht, ist eine Wortbedeutung, die um die Mitte der 1990er Jahre erkennbar wird. Dieser Begriff von Stadtgesellschaft kommt allmählich in umgangssprachlichen Gebrauch, um Ungleichheit und Vielfalt unter einen Hut zu bringen. Dabei sind stadtspezifische Unterschiede zu erkennen.

In Berlin wird 1992 die Fortschreibung der „Spaltung der Stadtgesellschaft in Ost und West“[16] durch eine bestimmte Stadtplanung befürchtet. In München spricht der DGB von den Herausforderungen für die Stadtgesellschaft durch die Arbeitsmigration aus Osteuropa.[17]

Formulierungen der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth von 1996 zeigen, dass sie die Stadtgesellschaft damit von der Gesamtgesellschaft absetzen möchte, wobei erstere am ehesten die Ausgegrenzten auffangen könne. „Niemand dürfe ausgegrenzt werden, weil das Geld nicht reiche.“[18]

Dieser Begriff von Stadtgesellschaft, der sich als Dach über der inneren Ungleichheit in der Stadt wölbt, wurde im Lauf der Zeit immer mehr auf die Migrantenproblematik eingeengt. In der Stadtpolitik und Verwaltung nutzte man diesen Begriff. Er erscheint beispielsweise heute auf den Homepages von Städten wie Köln,[19] Stuttgart,[20] oder München.[21] Das Sinnmuster, das hier gemeinsam ist, lässt sich relativ leicht erschließen. Hier sind mit dem Begriff Stadtgesellschaft alle Bewohner der Stadt, Migranten und Nichtmigranten, Arm und Reich, gemeint. Mit dem Wort Stadtgesellschaft vermeidet man eine ausschließende Bezeichnung wie etwa „Bürgergesellschaft“, die sich auf Staatsbürger oder auch auf den zivilgesellschaftlich engagierten Personenkreis beziehen kann. Stadtgesellschaft ist hier der Begriff für das, wofür sich eine Stadtverwaltung verantwortlich

16 *TAZ* vom 11.12.1992, Berlin lokal S. 23.
17 *SZ* vom 07.10.1992, München, Mit dem Rücken zur Wand.
18 (s. A 11).
19 Vgl. www.stadt-köln.de/1/verwaltung/leitbild/.../02437/ [30.10.2012].
20 Vgl. www.stuttgart.de/item/show/337775 [30.10.2012].
21 Vgl. www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Fachstelle-gegen-Rechtsextremismus [30.10.2012].

fühlt. Stadtgesellschaft in diesem Sinn ist ein inklusiver Begriff. Er besagt: Wir alle sind die Stadtgesellschaft. Aus dem Verwendungskontext ist auch zu schließen, dass Bewohner des Umlandes der Stadt nicht dazu gehören. Dieser Begriff ist an den Stadtgrenzen orientiert. Er ist eine Aufforderung, sich der Stadt zugehörig zu fühlen, deren soziale Probleme immer größer werden.

Denn der Schein von gleicher und gerechter Teilhabe an den Segnungen des Kapitalismus hatte sich mit dem Ende der fordistischen Periode in der Mitte der 1970er Jahre verloren. Die sozialen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit wurden seit Ende der 1980er Jahre in den Städten immer sichtbarer. In den 1990er Jahren traten neue Formen der Ungleichheit vor allem in Großstädten zu Tage (ethnische Diskriminierung, offener Rassismus, aber auch die Prekarisierung vormals auskömmlicher Lebensverhältnisse), so dass die Aufmerksamkeit für die rechtliche, materielle und soziale Einschränkung der Teilhabe am städtischen Leben wuchs. Man sprach nun von Ausgrenzung bzw. Exklusion, ein Wort, das im französischen und englischen Sprachgebrauch seit Anfang der 1990er Jahre in Umlauf war. So diagnostizierte man eine zunehmende „Kluft zwischen Arm und Reich", die „soziale Spaltung der Städte " bzw. ihre „Fragmentierung".

Im Begriff Stadtgesellschaft wird nun Fragmentiertes, Ungleiches wieder zusammengefügt, er stellt sprachlich einen Zusammenhalt her, der faktisch zu einem politischen Problem geworden ist. Insofern steht er als Platzhalter für einen real nicht vorhandenen oder als bedroht angesehenen Zusammenhalt der städtischen Bevölkerung. Der Begriff selbst ist eine imaginäre Größe,[22] ein Symbol für den Zusammenhalt von verschiedenen sozial auseinander driftenden Bevölkerungsgruppen in der Stadt. Zwischen Markt und Staat, die auf unterschiedliche Weise die soziale Ausgrenzung befördern, zugleich aber den Marginalisierten und Ausgegrenzten die einzigen Überlebensmöglichkeiten bieten,[23] schiebt sich nun die „Stadtgesellschaft", die den Menschen näher ist, die die Probleme besser kennt und eher vermitteln kann sowie symbolisch Zugehörigkeit bietet. Mit dem Begriff der Stadtgesellschaft (häufig mit dem Adjektiv multiethnisch oder multinational) wird gefordert, dass die Ausgegrenzten inkludiert werden sollen bzw. sich niemand außerhalb dieser Gesellschaft befindet. Viel benutzte sprachliche Metaphern vom Rand und der Mitte der Stadtgesellschaft legen die Vorstellung nahe, dass es sich hier eher um ein „flaches" soziales Gebilde mit Zentrum und Peripherie handelt und es um die Zugehörigkeit am Rand oder in der Mitte geht.[24] Muslime in Frankfurt fordern in diesem Sinn ihren „Platz in der Mitte der Stadtgesellschaft".[25] Die damit umschriebene Art der Ungleichheit

22 *S. Lüdemann*, Metaphern der Gesellschaft. Studien zum sozialen und politischen Imaginären, München 2004.

23 *M. Kronauer*, Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 204.

24 Die Problematik des Exklusionsbegriffs mit dem ein Außerhalb und Innerhalb der Gesellschaft konstruiert wird, wurde auch in der soziologischen Literatur problematisiert; vgl. ebda., S. 204 ff.

25 *Newsnational* vom 22.07.2008; http://islam.de/10546 [30.10.2012].

ist nicht in erster Linie durch Einkommensumverteilung, sondern durch Anerkennung von Besonderheiten und Teilhabemöglichkeiten zu bekämpfen. Die Städte selbst haben sich in ihrer Politik, Ökonomie und Kultur zu verändern und zu öffnen. In zahlreichen Städten haben dementsprechende Anerkennungsrituale und die Eröffnung von Teilhabemöglichkeiten stattgefunden. Die Politik konstituiert und organisiert „Stadtgesellschaft", ist aber zugleich auch Teil derselben. Insofern verschwindet die Stadtpolitik und mit ihr zugleich auch Macht und Herrschaft in diesem Begriff von Stadtgesellschaft.

3.2 Stadtgesellschaft II

Der spätere Oberbürgermeister von München, Christian Ude, erklärte 1993 bei der Vorstellung des Programms der SPD, dass er eine solidarische Stadtgesellschaft statt Spaltung und Ellenbogengesellschaft wolle.[26] Die Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt appelliert an eine „solidarische Stadtgesellschaft",[27] von Seiten der Caritas wird eine „soziale Stadtgesellschaft"[28] gefordert, oder es wird die „Zukunft der Stadtgesellschaft Offenbach" beschworen, in der Parteien und andere Gruppen weniger gegeneinander agieren und mehr miteinander sprechen sollten.[29] Im Integrationsbericht der Stadt Frankfurt von 2011[30] geht es um Dialog und Vernetzung der Stadtgesellschaft, was als ein mehr Miteinander verstanden wird. In diesen Beispielen zeigt sich, dass das Angebot zur Identifikation mit oder zur Zugehörigkeit zu der Stadtgesellschaft noch nicht den Vorstellungen der jeweiligen SprecherInnen von Stadtgesellschaft entspricht. Sie wünschen sich mehr soziales Engagement, mehr Solidarität, mehr Kommunikation untereinander.

In dieser zweiten Bedeutung dient Stadtgesellschaft als Begriff dazu, das zu artikulieren, was in den Beziehungen der verschiedenen Gruppen untereinander in der Stadt fehlt und was nach den Vorstellungen der jeweiligen Sprecher in einer wohl funktionierenden Stadtgesellschaft verbessert werden müsste. Es handelt sich um ein normatives Konzept von Stadtgesellschaft, in dem auf die Kohärenz bzw. die Qualität der sozialen Beziehungen verschiedener Bevölkerungsteile untereinander abgehoben wird.

In diesem Sinn kann man Stadtgesellschaft soziologisch als „vergemeinschaftende Vergesellschaftung"[31] deuten oder als ein struktur-funktionales soziales System analysieren, in das das Individuum hinein sozialisiert wird, so dass es die notwendigen Integrationsleistungen vollbringen kann, die es selbst, aber ebenso das System insgesamt, funktionieren lassen. Die Defizite liegen dann nicht nur beim Individuum und seiner Bereitschaft sich in die Stadtgesellschaft zu integrieren, sondern auch bei der Aufnahmebereitschaft der Subsysteme der Stadt wie Ökonomie, Politik und Kultur. Wilhelm Heitmeyer und

26 SZ vom 18.08.1993, München, Ude zeigt Unterschiede zur CSU-Politik auf.
27 *FAZ* vom 13.10.2010, Rhein-Main-Zeitung S. 34.
28 *Frankfurter Rundschau* vom 10.02.2010, Für eine soziale Stadtgesellschaft.
29 Ebda. vom 23.12.2011, Mehr Miteinander.
30 Vgl. www. Vielfalt-bewegt-frankfurt.de/Integrationskonzept_Kap.1_Dialog_Vernetzung.pdf [30.10.2012].
31 *B. Schäfers*, Stadtsoziologie, Wiesbaden 2006, S. 171 f.

Reimund Anhut fragen, ob die Stadtgesellschaft zur individuell-funktionalen Systemintegration (Arbeit, Bildung, positionale Anerkennung) oder der interaktiv-kommunikativen Sozialintegration (moralische Anerkennung und Gerechtigkeit) oder der kulturell-expressiven Sozialintegration (Vergemeinschaftung, emotionale Anerkennung) in der Lage ist.[32] Während diese Autoren die Möglichkeiten der Sozialintegration von einzelnen oder Gruppen behandelten, thematisierte Hartmut Häussermann[33] die Systemintegration und äußert die Vermutung, dass sich die Stadtgesellschaft durch nicht gelingende Systemintegration auflösen könne, wenn bei allgemein erodierenden Werten und Normen der Stadtpolitik zu wenig ökonomische Ressourcen zur Verfügung stehen, um die defizitären Lebenslagen aufzufangen. Diese Ansätze, die Stadtgesellschaft als soziales System zu untersuchen, unterstellen zunächst eine funktionierende Sozial- und Systemintegration, um der jeweiligen Gesellschaft bzw. Stadtgesellschaft ihre diesbezüglichen Defizite vor Augen zu halten. Daraus resultieren Handlungsanweisungen, die das Denken von Stadtmanagern aller Art beeinflussen, wenn sie mehr Kommunikation, Solidarität oder soziale Unterstützung von der Stadtgesellschaft fordern. Die soziale Distanz, die durch die Individualisierung vergrößert wurde, soll abgebaut werden. Die Stadtgesellschaft ist dann keine imaginäre oder ideologische Größe mehr, mit der Unterschiede überdeckt werden sollen wie im ersten Begriff. Sie erscheint stattdessen als Realobjekt, das verbessert werden muss.

Bei Wolf-Dietrich Bukow wird dazu 2001[34] kritisch festgestellt: „Man hat das Bild einer heilen und hochintegrierten Stadt vor Augen und findet dann vor Ort Konfliktfelder und Desintegrationserscheinungen. Und schnell wird aus diesen zwei Bildern eine Verfallsgeschichte, weil das eine Bild zurück und das andere in die Zukunft projiziert wird.“[35] Kritisiert wird auch der heute noch vielfach benutzte Gesellschaftsbegriff, der sich auf den Nationalstaat und eine vorherrschende Basiskultur bezieht. Ihre konstruktivistische Vorstellung von der Stadtgesellschaft in der Postmoderne mit der Vielzahl von Lebensstilen ist die einer Diskursgemeinschaft, deren Bezugspunkt für sinnhaftes Handeln neben anderem auch die metropolitane Gesellschaft ist. Sie sei „ein regional wohlumgrenzter Orientierungshorizont“ für die Diskurse.[36] Die Bewohnerschaft der Metropolen besteht in dieser Konzeption von Stadtgesellschaft nicht aus individualisierten Subjekten, sondern

32 *W. Heitmeyer/R. Anhut* (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim/München, 2000, S. 567 f.

33 *H. Häussermann*, Integration und Urbanität – eine problematisch gewordene Beziehung, in: *Deutsches Institut für Urbanistik* (Hrsg.) Zukunft von Stadt und Region, Bd. 1: Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 19-52; *ders.* in: *H. Häussermann/D. Läpple/W. Siebel*, Stadtpolitik, Frankfurt 2008, S. 183 f.

34 *W-D. Bukow/C. Nikodem/E. Schulze/E. Yildiz*, Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration, in: *W.-D. Bukow* (Hrsg.), Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft, Opladen 2001; S. 9-24, hier FN S. 14.

35 Ebda., S. 13.

36 *W.-D. Bukow*, Die gesellschaftliche Konstruktion der Postmoderne als metropolitane Gesellschaft, in: *W.-D. Bukow* (s. A 14), S. 4.

aus Mitgliedern einer metropolitanen Diskursgemeinschaft.[37] In stadttypischen Diskursen, die sich im Fall von Konflikten ergeben wie z.B. um den Bau von Moscheen, in dem unterschiedliche Einkommens- und Religionsgruppen, Nachbarn und Politiker in einen Dialog kommen, könne man das Machtgefälle und die neu hergestellten Beziehungen untersuchen und darüber Einblick in die innere Struktur der Stadtgesellschaft gewinnen.

Dieser Diskursansatz von Bukow und anderen ist nicht auf ideale normative Vorstellungen von einem gedachten Ganzen ausgerichtet, sondern geht davon aus, dass sich die Wirklichkeit der Stadt von den am Diskurs beteiligten Gruppen her entwickelt. Diese Stadtgesellschaft baut sich quasi von unten her durch die Konflikte auf, die in der Stadt thematisiert werden und für die Aufmerksamkeit erzielt werden kann. Diese Vorstellung von Stadtgesellschaft weist aber auch darauf hin, dass nur ein Teil der Bevölkerung an dieser Gestaltung der Stadtgesellschaft Teil hat.

3.3 Stadtgesellschaft III

„Nicht Hinz und Kunz waren in den Römer gekommen, sondern die Blüte der Stadtgesellschaft", hieß es bei der Beschreibung des Neujahrsempfangs 2004 im Frankfurter Römer.[38] Hier hat man zwar noch die ganze Stadtgesellschaft im Auge, doch herausragend ist nur ein Teil. Bald wird in dieser Betrachtungsweise nur noch diese herausgehobene Teilgruppe der Bevölkerung als Stadtgesellschaft bezeichnet. Damit entsteht ein dritter Begriff von Stadtgesellschaft, der sich auf Personen und Organisationen bezieht, die sich durch eine besondere Beziehung zur Stadt auszeichnen und sich zu bestimmten Anlässen immer wieder treffen. Diese Teilgruppe „Stadtgesellschaft" unterscheidet sich vom Rest der Bevölkerung nicht durch die Zugehörigkeit zu Migranten oder Einheimischen, zu Arm oder Reich wie im Begriff I, sondern dadurch, dass sie in irgendeiner Weise einflussreich ist bzw. sich in oder für die Stadt einsetzt.

In Frankfurt haben die Tageszeitungen viel zur Bekanntmachung dieser Begriffsvariante beigetragen. Ob über den Frankfurter Opernball,[39] die Grundsteinlegung der neuen Frankfurter Altstadt[40] oder die Verabschiedung der Oberbürgermeisterin berichtet wird,[41] die Medien sahen dabei die Stadtgesellschaft versammelt. Die Oberbürgermeisterin sprach bei bestimmten Gelegenheiten von „ganz Frankfurt". Dabei mag es sich um bis zu 1.000 Personen handeln, die sich in verschiedenen Konstellationen bei öffentlichen Angelegenheiten immer wieder treffen, aber keineswegs nur aus Frankfurt, sondern auch aus der Region kommen. Hier hat der Begriff etwas Exklusives. In Frankfurt erfährt man von dieser Stadtgesellschaft im Wesentlichen dann, wenn ausgewählte Personen in

37 Ebda., S. 42.
38 *FAZ* vom 16.01. 2004, Rhein-Main-Zeitung, S. 46.
39 *FAZ* vom 27.02.2012, Rhein-Main-Zeitung, S. 34.
40 *Frankfurter Rundschau* vom 24.01.2012, Hier will ich wohnen.
41 *FAZ* vom 12.06.2012, Rhein-Main-Zeitung, S. 37.

den Römer, das Frankfurter Rathaus, oder die Paulskirche eingeladen werden: Migrantenvertreter, Vereinsvorsitzende, aber in den letzten Jahren besonders hervortretend, die StifterInnen und SponsorInnen für Frankfurter Institutionen und deren OrganisatorInnen. Dass mit dieser Begriffsvariante von Stadtgesellschaft Politik gemacht wird, zeigte die Reaktion des neuen Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann. Er kündigte bereits an, „dass ich kein Anhänger eines verengten Begriffs von Stadtgesellschaft bin. Ich will keine Stadtgesellschaft, die nur ein Prozent der Menschen umfasst und 99 Prozent vor der Tür lässt."[42]

Auch Dieter Hoffmann-Axthelm hatte 1993 diese Begriffsvariante von Stadtgesellschaft, die sich nur auf einen kleinen Teil der städtischen Bevölkerung bezieht, vor Augen. „Gesellschaft lässt sich für den städtischen Gebrauch als das Bedürfnis einer ortsgebundenen Bühne beschreiben, auf der sich, wer auf irgendeiner Ebene politische oder ökonomische Entscheidungen von städtischem Belang trifft, als Zivilperson verantworten muss."[43] Faktisch zeige sich, „dass gerade die kapitalistisch härtesten Gesellschaften vom moralischen Überschuss eines nicht unbeträchtlichen Teils ihrer Mitglieder leben, und es gibt bis heute keinen deutlicheren Kollektor solcher Überschüsse als die Stadt."[44]

In Frankfurt gehören nicht nur die politisch für die Stadt engagierten Bürger,[45] sondern auch diejenigen, die Ehrenämter bekleiden, Vereinen vorstehen und die Stifter und Stifterinnen, Spenderinnen und Spender sowie die Organisationen derer, die der Stadt etwas zu Gute kommen lassen, zur Stadtgesellschaft. Diese „Stadtgesellschaft" hat weder Anklänge an das, was im 19. Jahrhundert die „bessere Gesellschaft" der von Honoratioren verwalteten Städte war, noch an das, was in fordistischer Zeit als „gute Gesellschaft" der Stadt bezeichnet wurde, die sich durch Geld und gesellschaftliches Ansehen sowie einen bestimmten Lebensstil von dem Gros der Bevölkerung abhob und einen geselligen Verkehrskreis bildete, zu dem Außenstehende nur unter besonderen Voraussetzungen Zugang fanden. Noch handelt es sich um eine Elite (Funktions-, oder Leistungs- oder Machtelite) im soziologischen Sinn. Es ist vielmehr ein – so meine These – im städtischen politischen Rahmen entstandenes neues soziales Gebildes. Es konstituiert sich durch die zahlreichen Anerkennungsrituale in der Stadt für Personen, die sich in besonderem Maß für die Stadt eingesetzt haben. Bei genauerer Untersuchung dieses sozialen Gebildes wird man auch eine Anerkennungshierarchie erkennen können, an deren Spitze allerdings die Stifterinnen und Stifter stehen.[46]

42 *Frankfurter Rundschau* vom 05.09.2012, S. F2.

43 (s. A 11), S. 237 f.

44 Ebda, S. 238.

45 Seit dem Kampf um die Rekonstruktion eines Teils der Altstadt wird in Frankfurt jedes größere Planungsverfahren von Planungswerkstätten mit Beteiligung von Betroffenen begleitet.

46 In Frankfurt hat sich die Zahl der ansässigen Stiftungen von 1982 bis 2010 mehr als verdreifacht. Von ihnen widmeten sich 40% der Förderung der Wissenschaft, 30% sozialen Zwecken, 16% der Kulturförderung, Natur- und Umweltschutz sowie 14% der Bildung und Erziehung; vgl. *H.-O. Schembs,*

4. STADTGESELLSCHAFT – EINE HYPOTHESE

Die Untersuchung zeigte, dass der Begriff Stadtgesellschaft, wie er auf die gegenwärtige Stadt angewandt wird, mehrdeutig ist. Er wird in der Variante I vor allem zunächst von der Stadtpolitik als gedachte Ganzheit der Stadtbevölkerung und imaginärer Zusammenhalt propagiert, in der Variante II mit Normen versehen, wie der in diesem Kulturkreis als „normal" angenommenen Qualität sozialer Kohäsion und Integration. Während sich diese beiden Varianten auf den Zusammenhalt der städtischen Bevölkerung beziehen, und in der Variante II die Überwindung der Defizite in der Realität angemahnt wird, bezieht sich die Variante III auf diejenigen, die sich in ihrem Handeln bewusst an der Stadt und ihren Problemen orientieren, und damit dazu beitragen, dass sich der imaginäre Zusammenhalt (I), aber auch der reale (II) herstellen soll. Der Begriff Stadtgesellschaft, so könnte man auch sagen, hat sich vom frühen Beginn in den 1990er Jahren ausdifferenziert von der gedachten Ganzheit Stadtgesellschaft zu einer normativen Größe, einem Realobjekt Stadtgesellschaft mit einer bestimmten Qualität, und er wird schließlich auch zur Bezeichnung einer Gruppe von AkteurInnen genutzt, die in der Stadt eine Rolle spielen. Ob und inwieweit deren Handeln nur symbolisch oder auch real zur Inklusion, zur Integration bzw. zur Aufhebung von Defiziten beiträgt, ist eine empirisch noch weitgehend ungeklärte Frage.

Zusammengenommen bilden diese Begriffsvarianten damit eine für die Stadtsoziologie untersuchenswerte Hypothese über die „Herstellung von Stadtgesellschaft". Demnach wäre „doing Stadtgesellschaft" eine neue Praxisform, die sich in manchen Städten seit den 1990er Jahren entwickelt hat. Nachdem die Schwäche des Sozialstaates mit dem Epochenbruch Mitte der 1970er Jahre deutlicher wurde und die Städte mit den sozialen Folgen konfrontiert wurden, hatte die Metapher von der „neuen Unübersichtlichkeit"[47] für die Pluralisierung und Differenzierung der sozialen Verhältnisse Konjunktur. Die damaligen Verhältnisse wurden als kontingent – als so oder auch anders möglich – gesehen. Dieser Tendenz zur Differenzierung und Entgrenzung – so hier die These – stellte sich die „Erfindung" der Stadtgesellschaft als eines Begriffs der Gegenwart entgegen. „Stadtgesellschaft" war ein Angebot zur Kontingenzschließung, zur Herstellung einer Übersichtlichkeit zwischen Staat und Markt. Mit dem Begriff Stadtgesellschaft (I) wird der vielfältig ungleichen Bevölkerung ein Zusammenhang auf der lokalen Ebene suggeriert und eine Decke über die Verschiedenheit gebreitet.

Diesem imaginären oder ideologischen Stadtgesellschaftsbegriff aber Leben einzuhauchen bedarf es mehrerer Voraussetzungen:

1.200 Jahre bürgerlicher Gemeinsinn. Geschichte des Stiftungswesens in Frankfurt am Main, in: Stiftung & Sponsoring 2/2010, S. 11.

47 *J. Habermas*, Die neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, Frankfurt a.M. 1985.

1. Es gibt solche Voraussetzungen, die im Bereich der Stadtpolitik selbst liegen, mit denen sie eine Bindung an die Stadt erzeugen kann. Dazu zählt ein Sprachbild wie das der „Stadtgesellschaft" zur Erzeugung einer Gemeinsamkeit, aber auch neue Raumbilder[48] zur Attraktivitäts- und Bedeutungssteigerung für die eigene Bevölkerung. Anerkennungsrituale und das Schaffen von begrenzten privilegierten Öffentlichkeiten sowie Beteiligungschancen in Planungsverfahren stellen eine direkte Beziehung zwischen den städtischen Subjekten und der Stadt her.
2. Die Entwicklung von persönlichen emotionalen Bindungen an die Stadt setzt ein Bedürfnis auf Seiten der Subjekte voraus. Erst mit der kulturellen Postmoderne wurden Emotionen als handlungsleitend anerkannt und in Wert gesetzt. Die Bindung an die eigene Stadt als Heimat bzw. ein Lokalpatriotismus finden heute gesellschaftliche Anerkennung und werden von den Subjekten nun auch deutlich von außen erkennbar artikuliert. Die Städte begriffen, dass diese Bindung vor dem Hintergrund der Globalisierung eine notwendige Ressource für die Stadt darstellte.
3. Eine weitere Voraussetzung waren die Veränderungen in den Subjekten selbst: von einer Haltung des demonstrativen Konsums als Differenzierungsmerkmal in der Moderne hin zu einer Haltung eines „demonstrativen Selbst", wie ich es nennen möchte. Andreas Reckwitz verwendet dafür den Begriff der expressiven Selbstoptimierung.[49] Das demonstrative Selbst ist eine heute weit verbreitete Subjektivierungsform, die Menschen – ob wohlhabend oder nicht – einen neuen im weitesten Sinn politischen Wirkungskreis entsprechend ihren eigenen moralischen Standards (ökologisch, feministisch, pazifistisch, antikapitalistisch, antirassistisch) suchen lässt. Die Stadt, aber nicht nur sie, bietet ein überschaubares Praxisfeld zur Demonstration des Selbst. Dies zeigt sich nicht nur am Protestverhalten. Das demonstrative Selbst zeigt sich ebenso am Beispiel des jetzt hervortretenden Typus der Stifterin oder des Stifters, d.h. der so genannte Gemeinsinn hat heute andere Grundlagen als in fordistischen Zeiten. Dieser Typus gibt sich öffentlich zu erkennen, hat eine expressive Orientierung, in der sich das Anliegen, die Motive deutlich mit der Person verbinden. Meistens sagt der Stiftungszweck etwas über die eigene Geschichte aus. Was der Person wichtig ist, sollen alle erfahren. Insofern ist die Stiftung eine bewusste und logische Fortschreibung der eigenen Biographie, eine Art Selbststilisierung. Dabei hat das lokale Element einer Stiftung in oder für die Stadt den Vorteil, dass in diesem Rahmen eine gesellschaftliche Verortung und Anerkennung geboten werden kann.
4. Schließlich ist es die Stadt selbst, die mit ihrer Geschichte im Baulichen und Sozialen heute als eine bedeutende Ressource für die Gestaltung der Zukunft anerkannt wird.

48 *D. Ipsen*, Raumbilder, Kultur und Ökonomie räumlicher Entwicklung, Pfaffenhofen 1997.
49 *A. Reckwitz*, Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie, Bielefeld 2008, S. 212.

Wenn diese Geschichte erinnert wird, kann sie sich als ein Bindungsfaktor für individuelles oder gemeinschaftliches stadtbezogenes Handeln erweisen.[50]

Die so erzeugte Loyalität und Identifikation mit der Stadt kann im Sinn einer Aufwärtsspirale immer mehr Leute in ihren Sog ziehen, denn in diesem Prozess verändern sich auch die Empfänger der privaten Ressourcen: Stadtplanung durch den politischen Protest; Schulen, Museen, Universität durch private finanzielle Ressourcen. Die Mittel dieser Institutionen, diese lokale Bindung hervorzulocken, sind vielfältig und häufig exklusiv. So bilden sich mehr oder weniger überlappende Personenkreise heraus, die bei öffentlichen Veranstaltungen wiederum als „Stadtgesellschaft" angesprochen wurden. Die machtpolitische Bedeutung dieser neuen Netzwerke für die Stadt ist bisher ebenso wenig untersucht wie die Frage, ob all dies etwas mit denen „am Rand der Stadtgesellschaft" (I) zu tun hat. Hier wären vor allem die „Bürgerstiftungen" zu untersuchen, da sie sich an der Behebung sozialer Defizite einer solidarischen Stadtgesellschaft (II) orientieren und besonders das Ehrenamt fördern und der Sozialintegration widmen. Doch der härteste Test für die Großstädte, die politisch auf eine Stadtgesellschaft hinarbeiten, ist derzeit die Frage, wie die Stadtpolitik im aktuellen Gentrifizierungsschub agiert. Themen wie die Wohnungsnot und die hohen Mieten treffen den „Nerv der Stadtgesellschaft".[51] Wie und ob sich die Stadtgesellschaft als soziale Praxis zwischen Staat und Markt schieben kann und sie damit ein Stück Autonomie gegenüber Land und Bund für die Kommune zurückgewinnen kann oder ob die „Stadtgesellschaft" nur ein schöner Traum einiger weniger Städte in einer Prosperitätsphase der postmodernen Gesellschaft in Deutschland war, wird sich auch daran erweisen.

5. RESÜMEE

Die Sprache hat mit dem differenzierten Gebrauch des Wortes „Stadtgesellschaft" manches über eine eher subtile politische Praxis von und in Städten offenbart, an der die Politik, Fachleute, die Medien und die Stadtforschung mitarbeiten. Eine Reflexion über das „Doing Stadtgesellschaft" hat in der wissenschaftlichen Stadtforschung bisher nicht stattgefunden. Stattdessen wird Stadtgesellschaft wie selbstverständlich genutzt und avancierte zum Modewort, mit dem Macht- und Herrschaftsphänomene in der Stadt in den Hintergrund geschoben werden.

Es ist anzunehmen, dass „Doing Stadtgesellschaft" nicht nur dort geschieht, wo der Begriff Stadtgesellschaft mit seinen Varianten in der lokalen Diskussion nachgewiesen

50 In Frankfurt ist ein solcher Bezugspunkt die konfliktreiche Auseinandersetzung um die teilweise Wiedererrichtung der im Zweiten Weltkrieg verlorenen Altstadt, aber auch die lange Stiftungstradition, die einen Anknüpfungspunkt für neue Bindungen bietet, so dass man sich auch in dieser Tradition sehen kann.

51 *FAZ* vom 11.03.2012 (FAZ.NET).

werden kann. Alle Städte müssen mit der Vielfalt und Spaltung ihrer Bevölkerung umgehen. Das Phänomen, die Bindung von Privaten an die Stadt zu verstärken, um an neue Ressourcen für die Gestaltung der Zukunft der Stadt zu kommen, wird auch dort vorhanden sein, wo man diesen Begriff nicht verwendet oder nicht in dem Umfang, in dem das in Frankfurt belegt ist. Denn, wenn es um Bindungsmöglichkeiten geht, haben Städte, wie ein Vergleich Frankfurts und Hamburgs aus der Perspektive ihrer Eigenlogik zeigte,[52] historisch unterschiedliche Ausgangslagen. In Hamburg besteht diese Bindung an die Stadt in einem starken Traditionsbewusstsein und Lokalstolz. Mag sein, dass daher der Begriff Stadtgesellschaft nur selten gebraucht wird. Frankfurt aber musste sein Selbstverständnis im Lauf der Geschichte häufig verändern und verstand es lange Zeit nicht, die eigene Geschichte zur Reproduktion von Bindungen an die Stadt einzusetzen, weil sie sich den Wirtschaftserfolg auf die Fahnen geschrieben hatte. So teilt der in Frankfurt festzustellende besonders häufige politische und mediale Gebrauch des Begriffs Stadtgesellschaft etwas darüber mit, wie ein Bindungsdefizit verbal bearbeitet wird.

Die Begriffsanalyse des Wortes Stadtgesellschaft hat uns auf die Spur eines in der Stadtsoziologie zur Zeit nicht untersuchten Phänomens geführt: auf eine Praxis der imaginären und realen Kohärenzproduktion. Es sind neue Bindungskräfte, die zahlreichen Städten, nicht zuletzt durch Zunahme der Subjektivierungsform des demonstrativen Selbst, zugewachsen sind. Das hat den Zugang zu neuen Ressourcen und zur Bildung neuer lokaler Machtkonstellationen eröffnet. Zahlreiche Diskurse berühren dieses Thema am Rande: Diskurse über die neoliberale Stadtpolitik, über Governance, über den aktivierenden Staat oder die Kommune, über Partizipation, über Zivil- oder Bürgergesellschaft, die „neue Bürgerlichkeit" oder das Stiftungswesen. Keiner der Diskurse erzählt jedoch etwas über die Praxis des „Doing Stadtgesellschaft", die vielfältigen Facetten der Bindungsmöglichkeiten an die Stadt und damit der Produktion von Kohärenz.

52 *M. Rodenstein*, Die Eigenart der Städte – Frankfurt und Hamburg im Vergleich, in: *H. Berking/M. Löw* (Hrsg.),Die Eigenlogik der Städte, Frankfurt a.M./New York 2008, S. 261-312.

Stefan Lang

DIE REICHSSTADT ULM UND IHRE PATRIZIER

1. EINFÜHRUNG

Betritt man den gewaltigen Innenraum des Ulmer Münsters, so fallen bereits nach einigen Metern die bunten und wappenreichen Totenschilde auf, die an den Wänden der Langschiffe, den mächtigen Pfeilern, im Chor und in den Kapellen des Kirchenbaus hängen. Mit diesen Schilden, von denen heute noch etwa 140 Exemplare erhalten sind, verewigte sich der Ulmer Stadtadel, die „Geschlechter" oder später „Patrizier", vom 14. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts im Wahrzeichen der Stadt.[1] Die Gestaltung variiert dabei von den schmalen hochformatigen Holztafeln des Spätmittelalters über die kreisrunden Schilde des 16. Jahrhunderts bis hin zu den figuren- und dekorreichen Exemplaren der Barockzeit. Neben dem Wappen und dem Todesdatum des jeweiligen Verstorbenen wurden in der Regel seine Ämter im Ulmer Stadtstaat aufgeführt, etwas kleiner oft auch das Wappen der Ehefrau angehängt. Den letzten Totenschild erhielt übrigens der 1738 von seinem gekränk-

Abb. 1: Blick durch den Innenraum des Ulmer Münsters in Richtung Chor und Neithardtkapelle. Zentral der Pfeiler mit dem Gründungsrelief, an dem bis zur Reformation der Altar der Patrizierfamilie Krafft stand. An Pfeilern und Wänden Totenschilde des Patriziats; Foto: *St. Lang*.

1 Zum Ulmer Patriziat: *A. Rieber*, Das Patriziat von Ulm, Augsburg, Ravensburg, Memmingen, Biberach, in: *H. Rößler* (Hrsg.), Deutsches Patriziat 1430-1740 (Büdinger Vorträge 3), Limburg/Lahn 1968, S. 299-351; *A. Schaefer*, Zur Geschichte des mittelalterlichen Ulmer Patriziats, in: Ulm und Oberschwaben 32 (1951), S. 71-89; *M. Koschig*, Das Patriziat der freien Reichsstadt Ulm in der frühen Neuzeit, 2 Bde., Diss. phil. Tübingen (masch.) 2000; *O. Fieg*, Das Ulmer Patriziat zwischen Zunftbürgertum und Landadel, in: Adel im Wandel. 200 Jahre Mediatisierung in Oberschwaben. Katalog zur Ausstellung im Prinzenbau und Landeshaus Sigmaringen vom 13.05-29.10. 2006, Bd. 2: Oberschwaben von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Ostfildern 2006, S. 631–642; *St. Lang*, Stadtherren, Gutsbesitzer und Mäzene. Die Patrizier der Reichsstadt Ulm, Ulm 2011.

Abb. 2, 3: Lutz Krafft und seine Frau Elisabeth Ehinger bürden dem Baumeister das Modell des Münsters auf (li.); Johannes „Habfast" Ehinger, der Stifter des ersten Sakramenthauses im Münster (re.); Fotos: *St. Lang.*

ten Amtskollegen Albrecht Harsdörffer am Schreibtisch erschossene Bürgermeister Marx Christoph Besserer – das wohl prominenteste Mordopfer des reichsstädtischen Ulms.[2]

Doch nicht nur die Totenschilde und einige stattliche Grabsteine zeugen von der Bedeutung des Patriziats für die Reichsstadt, auch zwei zentrale „Gründerväter" des Münsters haben sich bildlich verewigen lassen: Lutz Krafft, die unumstrittene Führungsfigur der Ulmer Politik im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts, der an einem Langhauspfeiler zusammen mit seiner Frau Elisabeth Ehinger dem Münsterbaumeister das Modell der Kirche auf die Schultern setzt, und sein Verwandter Johannes „Habfast" Ehinger, der sich als Stifterfigur neben dem Sakramenthaus am Choreingang darstellen ließ. Beide spielten auch bei der Grundsteinlegung der gigantischen Bürgerkirche, die das Doppelte der damaligen Stadtbevölkerung fassen sollte, elementare Rollen. Lutz Krafft war es dabei aufgrund seines hohen Ansehens vorbehalten, den Grundstein zu legen, obwohl er damals gar nicht amtierender Bürgermeister war. Auch als Münsterpfarrer und Kirchenbaupfleger gestalteten Angehörige des Patriziats das große Bauprojekt entscheidend mit.[3] Zum Rang der Geschlechter innerhalb des Kirchenraums gehörten früher außerdem die entsprechenden wappengeschmückten Gestühle, die neben dem Münster auch in den anderen wichtigen Ulmer Kirchen, der Barfüßer-, Prediger- und ab 1621 auch der Dreifaltigkeitskirche, aufgestellt waren.

2 *St. Lang* (s. A 1), S. 161.
3 Ebda., S. 152 f.

Nicht zuletzt vermitteln die drei erhaltenen Familienkapellen im und am Münster den hervorgehobenen Status der Patrizierfamilien: Nördlich des Chores unter dem Turm befindet sich die ab 1437 errichtete große Kapelle der Neithardt, die als Münsterpfarrer, Bürgermeister und Stadtschreiber vor allem das 15. sowie das frühe 16. Jahrhundert mitprägten und für ihre hohe Bildung weit über die Stadtgrenzen hinaus berühmt waren. Auf eine hochwertige Ausstattung legte die Familie, deren Wappen mit dem Kleeblatt sich auch in den dekorativen Architekturelementen wiederfindet, größten Wert und ließ eigens Bausteine aus Isny auf dem Wasserweg der Iller nach Ulm transportieren. Über der Kapelle ließ Münsterpfarrer Heinrich Neithardt übrigens die erste zumindest teilweise öffentliche Bibliothek Ulms einrichten, mit einem Grundbestand von rund 300 Handschriften und entsprechendem Stiftungskapital. Unter der Kapelle sollten die Familienmitglieder in einer Gruft ihre letzte Ruhe finden. Einige Meter südöstlich außerhalb des Münsters hat die freistehende Kapelle der Rembold (erbaut ab 1457) die Jahrhunderte überdauert – nach der Reformation zeitweilig als „Schmalzhäusle" zweckentfremdet. Komplett abgerissen wurde dagegen im Jahr 1817 die etwa in der Mitte des südlichen Seitenschiffes nach außen gebaute Kapelle der Familie Roth (erbaut ab 1447), an die noch einige Baureste und eine Tafel an der Außenwand des Münsters erinnern. Südlich des Chores gelangt man in die zierliche Kapelle der Familie Besserer, die zu den bedeutendsten Geschlechtern Ulms überhaupt zählten. Auch hier entdeckt man vielfältige Spuren einer jahrhundertealten Familiengeschichte und dazu einige der ältesten Glasmalereien der Kirche.[4]

1. HERRSCHAFTSKONTINUITÄT FÜHRENDER GESCHLECHTER ÜBER JAHRHUNDERTE

Den Besserer und den Krafft gelang es übrigens, vom 14. Jahrhundert bis zum Ende der reichsstädtischen Zeit 1803 in jedem Jahrhundert regierende Bürgermeister aus ihren Reihen zu stellen – eine überaus beeindruckende Machtkontinuität. Generell kamen sämtliche Bürgermeister Ulms während der Zeit als Reichsstadt aus dem Patriziat. Das Amt des regierenden Bürgermeisters kann sehr deutlich als ein Indikator für Ansehen und Macht einer Familie gesehen werden. Beispielsweise teilten sich im Zeitraum von 1348 bis 1548 nur zwölf Familien dieses Amt auf – hierbei ist außerdem zu betonen, dass allein die Familien Ehinger, Besserer, Krafft und Neithardt in 147 von diesen 200 Jahren die Bürgermeister stellten. Im 15. Jahrhundert beanspruchten die Ehinger gar mit 41 Jahren nahezu die Hälfte für sich, wogegen die Krafft speziell die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts prägten und die Besserer wiederum vom späten 15. Jahrhundert aus ihre Stellung massiv ausbauen konnten. Nach 1558 entwickelten sich dann die Schad und Baldinger zu dauerhaften und dominanten Machtfaktoren. Insgesamt hatten in den über 500 Jahren (1292-

4 Ebda., S. 154-157.

Abb. 4, 5, 6: Drei Altersgenossen – drei Lebenswege: v.l.n.r.: Erhard Schad (1604-1681), jahrzehntelang Obervogt in Leipheim und Geislingen; Marx Konrad Besserer (1598-1684), Offizier im 30jährigen Krieg und 1661 Bürgermeister; Anton Schermar (1604-1681), nach zehn Jahren Studium und Kulturreisen hohe Verwaltungsämter in Ulm – und wie Erhard Schad passionierter Büchersammler; Quelle: *Ulmer Museum*.

1802), in denen die Patrizier die regierenden Bürgermeister Ulms stellten, nur ganze 18 Familien überhaupt diese Ehre.[5] Die Reformation in Ulm ab 1530 änderte an der Vorherrschaft bestimmter Geschlechter nichts, auch wenn einige Familien oder Familienzweige beim alten Glauben verblieben.

Dennoch konnten die Bürgermeister die Geschicke der Donaumetropole, eine der mittelalterlichen Großstädte im Südwesten des Reichs, nicht alleine lenken. Die mächtigen Handwerkerzünfte, die die Basis für die wirtschaftliche Stärke der Kommune in ihrer Blütezeit legten, besaßen durch die beiden Schwörbriefe des 14. Jahrhunderts lange Zeit die Mehrheit im Rat, wenn auch die vornehmsten Ämter – neben dem jährlich zu wählenden Bürgermeister vor allem die Herrschaftspfleger für das große Ulmer Landgebiet – stets allein den Angehörigen der Geschlechter reserviert waren, obwohl diese meistens nur zwei bis drei Prozent der städtischen Bevölkerung stellten.[6]

Erst nach der Verfassungsänderung durch Kaiser Karl V. erhielten die Patrizier 1558 durch einen neuen Schwörbrief die fortan unangefochtene Mehrheit im Rat. Im Oktober 1552 war den damals 17 Familien bereits durch ein kaiserliches Privileg kollektiv der erbliche Adel verliehen worden – als „recht edelgepornen turniers-, lehensgenoß- und rit-

5 Ebda., S. 15 ff.

6 *Chr. Keitel*, Städtische Bevölkerung und Stadtregiment bis 1397, in: *H.E. Specker* (Hrsg.), Ulmer Bürgerschaft auf dem Weg zur Demokratie, Ulm 1997, S. 87-118.

termessigen leuthen". Hierzu gehörte auch die Führung adelsgleicher Wappen, Helme und Siegel. Über diese Qualität hatten bis dahin durchaus nicht alle Geschlechter verfügt. Einige wie die Ehinger, Roth oder Neithardt hatten zwar entsprechende Privilegien und Wappenbriefe besessen, andere wie die im 15. Jahrhundert aus Memmingen zugezogenen Schermar indes eine eher kaufmännische Vergangenheit. Aber auch nach 1552 zeigt sich eine inoffizielle Rangordnung bei der Vergabe führender Verwaltungsämter, die über Jahrhunderte hinweg von einer Gruppe von etwa fünf bis zehn Familien dominiert wurde. Seit dem späten 16. Jahrhundert waren dies vor allem die Besserer, Schad, Baldinger, Krafft und Ehinger. Zur Mitte des 17. Jahrhunderts sollten hingegen einige einstmals große Geschlechter wie die Neithardt, Strölin oder Löw ausgestorben oder weggezogen sein. Einige Familien verblieben indes auch nur über ein bis zwei Generationen in Ulm, wie beispielsweise ein Zweig der Augsburger Rehlinger. Andere, wie die Baldinger oder Welser, integrierten sich dauerhaft in den Kreis der Geschlechter.[7]

So gesehen stellten die Ulmer Patrizier keine homogene Schicht dar; ihre Herkunft und materielle Basis variierte oft stark: alte Geschlechter konnten ihren Ursprung in der herrschaftlichen Dienstmannenschaft (Ministerialität) bis in die späte Stauferzeit, dem Ortsadel der weiteren städtischen Umgebung, in verdienten Kriegsmännern oder eben auch in der Kaufmannschaft haben. Daneben gab es zu jeder Zeit Zuzüge aus den Patriziaten anderer Reichsstädte, mit denen möglicherweise schon zuvor Eheverbindungen bestanden hatten. Bei einigen Geschlechtern ist zudem eine generelle Verteilung auf mehrere Kommunen festzustellen, so hatten Ulmer Patrizierfamilien Nebenlinien unter anderem in Augsburg, Nürnberg, Memmingen oder Konstanz.

Abb. 7: Bernhard Besserer (1470-1542) führte Ulm vielfach als Bürgermeister durch die Jahre der frühen Reformationszeit; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

Abb. 8: Porträt des Patriziers Eitel Besserer durch den berühmten Ulmer Stadtmaler Martin Schaffner, 1516; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

7 *St. Lang* (s. A 1), S. 16 f, 28 f.

3. DIE GESELLSCHAFT ZUR „OBEREN STUBE" – GESELLSCHAFTLICHER MITTELPUNKT DER PATRIZIER IN ULM

Einigendes Element der Patrizierfamilien in Ulm selbst war zuvorderst die elitäre Gesellschaft zur „Oberen Stube", wo man nur als Angehöriger der Geschlechter oder als Angeheirateter Zugang hatte.[8] Dort, nur einen Steinwurf vom Rathaus entfernt, traf man sich zu gemeinsamen Mahlzeiten, feierte Feste, frönte dem Spiel mit Würfeln, Karten oder später Billard und handelte sicher manche politische Entscheidung aus, bevor sie in den Rat kam.[9] Allerdings dokumentieren zeitgenössische Chronisten auch den einen oder anderen Totschlag, wenn ein Streit am Spieltisch eskaliert war oder private Konflikte sich gewalttätig Bahn brachen. Doch in der Regel hielt man sich an die Stubenordnung, die den Damen des Patriziats ebenfalls ihre eigenen Termine und Versammlungsmöglichkeiten einräumte. Obligatorisch war für alle Angehörigen der „Stube" ein jährlicher finanzieller Beitrag. Die Geschäfte führte ein gewählter Stubenmeister. Verbunden mit der Gesellschaft war im Spätmittelalter die Organisation und Durchführung von Turnieren sowie den „Geschlechtertänzen", zu denen nur Patriziatsangehörige zugelassen waren und die durch ihr starres Reglement auch eine visuelle Symbolik der städtischen Machtverhältnisse darstellten.[10] Der Tanzsaal der Patrizier im ersten Stock des Ulmer „Schuhhauses" in der Kramgasse, unweit von „Stube", Rathaus und Münster, ist heute noch zu besichtigen. Auch am Schwörtag, seit dem 14. Jahrhundert das traditionelle Fest Ulmer Eigenständigkeit und Stadtverfassung, zogen die Patrizier nach 1558 in geschlossener Prozession vorneweg und feierten schon einmal vor dem eigentlichen Schwörakt des Stadtoberhaupts mit dem sogenannten „Bürgermeistermahl" unter sich und setzten die standesinterne Festivität dann nach der Vereidigung in der „Stube" fort.[11]

Der Zugang zur geschlossenen Gesellschaft der „Oberen Stube" war deshalb sehr begehrt, vor allem bei den reichen Großkaufleuten Ulms, denen es nicht am Kapital, aber am adeligen Stand mangelte. Denn nur die Patrizier waren ab dem 17. Lebensjahr automatisch zugangsberechtigt, genauso wie sie von Geburt an die prinzipielle Ratsfähigkeit besaßen. Daher waren die Töchter des Patriziats bei den Kaufleutedynastien wie den Kiechel, Weickmann oder Neubronner sehr gefragt, erhielten sie mit der Braut doch zugleich den Zutritt zur „Stube" und zum inoffiziellen Machtzentrum. Gleichzeitig konnte man-

8 *G. Fouquet*, Trinkstuben und Bruderschaften – soziale Orte in den Städten des Spätmittelalters, in: *G. Fouquet / M. Steinbrink / G. Zeilinger,* Geschlechtergesellschaften, Zunft-Trinkstuben und Bruderschaften in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten, Ostfildern 2003, S. 9-30.

9 *St. Lang* (s. A 1), S. 68-73.

10 *S. Dünnebeil*, Umzug und Tanz als Formen der „bewegten" Repräsentation, in: *H.P. Becht / B. Roeck* (Hrsg.), Geschlechtergesellschaften, Zunft-Trinkstuben und Bruderschaften in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten, Ostfildern 2003, S. 129-146.

11 *W.-H. Petershagen*, Schwörpflicht und Volksvergnügen. Zur Verfassungswirklichkeit und städtischen Festkultur in Ulm, Ulm 1999, S. 99.

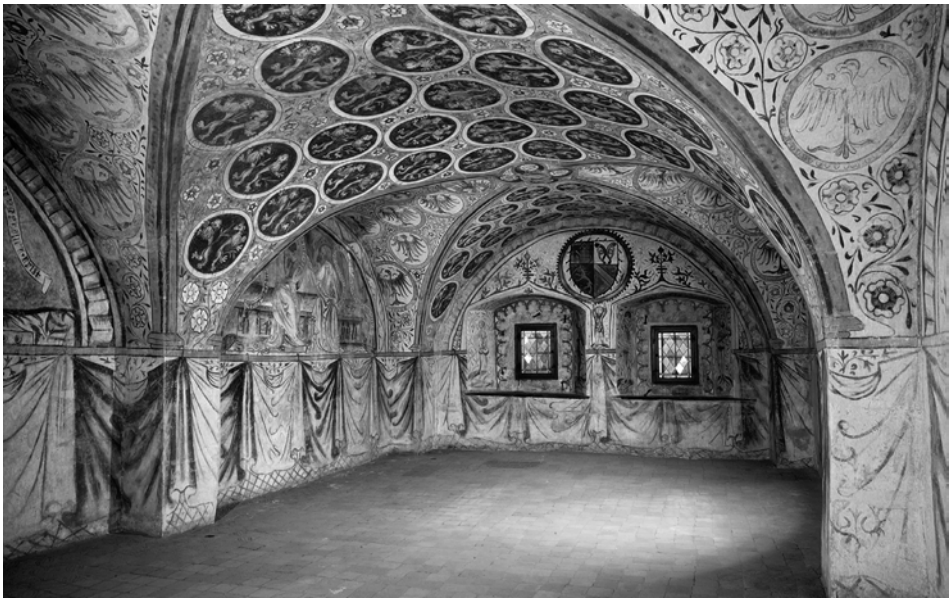

Abb. 9: Innenraum des „Ehinger Hofs" mit beeindruckenden säkularen Wandmalereien aus der Zeit um 1380; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

ches Patriziergeschlecht durch solche Verbindungen die etwas klamm gewordene Kasse wieder aufbessern. Denn in Sachen Einkünfte rangierten die Kaufleute häufig weit über den Stadtadeligen, die sich in der Regel – wie es sich für den Adel gehörte – vorrangig aus den Erträgen ihrer Landgüter aus der Ulmer Umgebung finanzieren sollten. Doch gerade in den Krisenzeiten des 17. und 18. Jahrhunderts fiel dies oft schwer und eine standesgemäße Lebensführung war auf diese Weise kaum zu gewährleisten. Daher waren gut bezahlte Posten in der Verwaltung von Stadt- und Landgebiet Ulm beim Patriziat sehr beliebt, beispielsweise als Obervögte in den Ulmer Landstädten wie Geislingen, Leipheim und Langenau oder als Forstmeister für die umfangreichen Ulmer Waldgebiete. Manche Obervögte aus dem Patriziat bestimmten über Jahrzehnte die Geschicke der Landstädte mit, teilweise sogar bis zu 30 oder 40 Jahren, so wie der Geislinger Obervogt und passionierte Büchersammler Erhard Schad (1604-1681), der von 1651-1681 in der Stadt am Albaufstieg wirkte – nachdem er zuvor 21 Jahre lang in Leipheim die schlimmsten Jahre des 30-jährigen Krieges zugebracht hatte.[12] In der Stadt Ulm selbst nahmen die Patrizier neben den Spitzenpositionen zahlreiche weitere Ämter wahr, bei denen sie auch mit Zunftangehörigen zusammenarbeiteten. Doch in manchen Bereichen wie im Militär oder der

12 *St. Lang* (s. A 1), S. 58-62.

Diplomatie griff man überwiegend auf die Patrizier zurück. So findet man sie als Ulmer Hauptleute in den Städtekriegen des 14. und 15. Jahrhunderts, als Führungsfiguren des Schwäbischen Bundes oder als Botschafter und Diplomaten im 30-jährigen Krieg und den Erbfolgekriegen, die das Ulmer Landgebiet teilweise schwer verheerten.

4. AUSBILDUNG, AUFGABEN UND STANDESGEMÄSSER LEBENSSTIL IN STADT UND LAND

Berufliche Alternativen jenseits der Heimat bot der Dienst im Sold auswärtiger Fürsten – als Räte, Soldaten oder Pagen. Vor der Reformation waren natürlich auch Karrieren als hochrangige Kleriker in Ulm, aber auch beispielsweise an den Domstiften in Augsburg und Konstanz oder als Äbte und Pröpste geistlicher Institutionen möglich. Die Betätigung im Handel der Tuchmetropole Ulm, im 15. Jahrhundert zumindest indirekt als Geldgeber oder Anteiler oft belegbar, war spätestens seit 1552 zunehmend verpönt, der Aufstieg aus der Kaufmannschaft in den Kreis der Geschlechter lange Zeit quasi ausgeschlossen. Erst 1692 gelang der reichen Kaufleutefamilie Neubronner dieser langersehnte Schritt, wohl auch, weil die Zahl der Patrizierfamilien sich durch Abschottung und Aussterben drastisch auf lediglich acht Geschlechter reduziert hatte. Geheiratet wurde bevorzugt untereinander oder in die Patriziate der übrigen Reichsstädte, wobei vor allem die Augsburger und Nürnberger Standesgenossen hoch angesehen waren. Weiter hinten rangierten Ehen mit den kleineren Reichsstädten Oberschwabens wie Memmingen oder Ravensburg und des Bodenseeraums. Bisweilen kamen auch Eheschließungen mit dem regionalen Landadel vor.[13]

Ähnlich wie der übrige Adel absolvierten die Söhne des Patriziats in der Frühen Neuzeit nach der Schulzeit in Ulm eine Art mehrjährige „Tour“ durch Deutschland und das übrige Europa, insbesondere Frankreich, England, die Niederlande und Italien. Dort wurden zwar auch die berühmten Universitäten und Rechtsschulen besucht; gerade in Bologna oder Padua findet man Ulmer Patrizier bereits im Spätmittelalter, doch stand der Erwerb von Sprachen, ökonomischen Kenntnissen sowie das Knüpfen von Kontakten zumeist im Vordergrund. So lassen sich in den damaligen Handelsmetropolen wie Venedig, Lyon oder London viele Spuren der jungen Ulmer nachweisen – nicht selten in den zeittypischen Stammbüchern, in denen sich Standesgenossen wie auch verehrte Lehrer verewigten. Bei der Rückkehr in die Heimat sollten diese praktischen Erfahrungen der Studienjahre dann der Verwaltung und der Politik Ulms zugute kommen.[14]

Die herrschaftlichen Ziele der Stadt dienten dabei als einigendes Element, auch wenn die meisten Patrizierfamilien selbst Landesherren im „Kleinformat“ waren. Denn genau wie der ritterschaftliche Adel des Reichs – einige Ulmer Patrizier organisierten sich ab

13 Ebda., S. 34-41.
14 Ebda., S. 44-52.

Abb. 10: Festmahl einer patrizischen Abendgesellschaft. Miniatur aus dem Stammbuch des Anton Schermar, 1620; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

dem 16. Jahrhundert in der Schwäbischen Reichsritterschaft – besaßen sie Ländereien mit Dörfern, Weilern, Bauernhöfen und auch die dazugehörigen Schlösser. Hinzu kamen oft zentrale Herrschaftsrechte über Land und Untertanen, sogar einige Reichslehen sind belegbar.

Die ländlichen Residenzorte wurden dann oft Bestandteil des Familiennamens. Ob Bernstadt, Talfingen, Böfingen, Reutti, Balzheim, Osterstetten, Holzschwang oder Hausen – speziell nördlich und im sogenannten „Ulmer Winkel" südöstlich der Stadt standen und stehen die teilweise sehr reizvollen Schlösser und Residenzen der vornehmsten Patrizierfamilien. Hier verbrachte man gern den Sommer, ging auf die Jagd oder saß bei Bedarf auch die eine oder andere politische Krisensituation aus.[15]

Auf dem Land konnte man vielleicht auch etwas ungenierter sein adeliges Standesgefühl ausleben als in der Stadt, wo insbesondere nach der Reformation auch für das Patriziat sowohl gewisse Reglementierungen in Sachen Prachtentfaltung als auch eine Art „Ehrenkodex" hinsichtlich Bescheidenheit und würdevollem Auftreten gegeben waren. Der Bürgermeister Konrad Besserer (1596-1684), als junger Offizier auf den frühen Schauplätzen des 30jährigen Krieges unterwegs, skizzierte um die Mitte des 17. Jahrhunderts in

15 Ebda., S. 86-93.

Erinnerung an seinen Vater Eitel Eberhard Besserer (†1626) den Idealtypus eines Ulmer Patriziers in der Öffentlichkeit – machtbewusst, aber kontrolliert und zurückhaltend:

> *„[...] weilen es aller verständigen meynung nach heißt, der wahre adel allein aus guten tugenden herfließt, so mag dieser mein lieber herr vater selig mit aller billichkeit und warheit vor [für] einen rechten edelmann gehalten und geachtet werden, der männiglich und allen, so mit ihme zu thun gehabt, wissend ist, daß er von hertzen gottesfürchtig, fromm und eines redlichen gemüths und seiner kräfften halber nicht stolz, neidisch, aufgeblasen, sonder gegen männiglich fast gerecht, freundtlich, freygebig und mild gewesen.“*[16]

Abb. 11: Almosentafel im Ulmer Münster (1564): Patrizier teilen milde Gaben an Bedürftige aus; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

Zu große Üppigkeit in Haushaltung wie auch in der Garderobe wurde ohnehin von der städtischen Öffentlichkeit genauestens beobachtet, und Verstöße gegen die städtischen Kleiderordnungen wurden unnachgiebig dokumentiert, wovon manche zeitgenössische Chronik berichtet.[17]

Die Stadtresidenzen des Patriziats bestanden meist aus einem Häuserkomplex um einen Innenhof, im Renaissancezeitalter nicht selten mit Arkaden gestaltet, der durch ein Tor zur Straße hin abgeschlossen werden konnte und Zugänge zu den verschiedenen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden bot. Bevorzugte Wohngebiete waren der Münster- und der Marktplatz, am Kornhaus, der nördliche Weinhof, die ehemalige Lange Gasse und vor allem auch die Frauenstraße, die große Nord-Süd-Achse der Stadt. Hier fuhren die Patrizier im 17. und 18. Jahrhundert gern zur Winterszeit in teuren Holzschlitten vor ihren unadligen Mitbürgern auf und ab, begleitet von Musikanten und Fackelschein – den Endpunkt der Parade bildete oftmals ein festliches Mahl in der „Oberen Stube“. Die Nähe zu den weltlichen und geistlichen Fixpunkten der Stadt sowie zu den zentralen Straßen ist als Hintergrund für die Wahl der patrizischen Wohngebiete sehr eindeutig und lässt sich auch anhand des berühmten Ulmer Vogelschauplans von 1597 gut verifizieren, der die hochwertig gebauten Residenzen der Geschlechter mit den umfangreichen Glasfenstern, Innenhöfen, Brunnen, Steinsockelgeschossen und großen Toren leicht entdecken lässt.[18]

16 *StA Ulm* A 3845, S. 213.

17 *H. Bock*, Goldene Ketten und Wappenhelme: Zur Unterscheidung zwischen Patriziat und Adel in der Frühen Neuzeit, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 97 (2004), S. 59-120.

18 *St. Lang* (s. A 1), S. 116-139.

Abb. 12: Innenhof des „Hauses Bürglen" beim Kornhausplatz. Eines der ehemals größten Patrizier-Anwesen in Ulm, erbaut von der Familie Roth. Der nach dem Zweiten Weltkrieg trotz Beschädigungen erhaltene Hof wurde zugunsten eines Schulbaus gesprengt; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

5. PRÄGENDE MITGESTALTUNG VON STADTBILD UND KULTUR DER REICHSSTADT

Der schwere Luftangriff auf Ulm am 17. Dezember 1944, der große Teile der Altstadt in Schutt und Asche legte, dezimierte auch die Zahl der Patrizierhäuser in drastischer Weise. Das wenig denkmalpflegerische Bewusstsein der 1950er Jahre tat das Übrige. Glücklicherweise blieben wenigstens einige markante Gebäude erhalten, wie der Grüne Hof Nr. 2, auch als „Ehinger Hof" bekannt, wo Kaiser Karl V. Mitte des 16. Jahrhunderts mehrfach zu Gast war und auch später hochrangige Besucher empfangen wurden. Besonders sehenswert sind hier die profanen Fresken aus der Zeit der Münstergründung – Hausherr war damals niemand anders als der oben genannte Lutz Krafft, später erbte die Familie Ehinger das Anwesen. Wechselnde Besitzer sah auch das heutige Ulmer Stadtmuseum im „Kiechelhaus". Dieses stolze Anwesen gehörte abwechselnd der Patrizierfamilie Ehinger, der reichen Kaufmannssippe Kiechel und danach wiederum dem Geschlecht der Schad von Mittelbiberach. Die prächtig gestalteten Innenräume sowie die integrierte Kapelle vermitteln einen lebendigen Eindruck von der Haushaltung reicher Ulmer Patrizier und Großkaufleute.

Neben ihren Privathäusern gestalteten die Patrizier auch als Stifter wie Politiker und Amtsträger den öffentlichen Raum mit, wie eingangs am Beispiel des Münsters und anderer Ulmer Kirchen gezeigt wurde. Außerdem ist die enorme langfristige Bedeutung

Abb. 13, 14: li: Östliche Seite der Frauenstraße mit dem Baldingerhaus (Wellengiebel) und dem Dreigiebelhaus der Ehinger; beide Gebäude wurden 1944 zerstört; re: Das „Schuhhaus" in der Kramgasse, erbaut 1537; im 1. OG befindet sich der Tanzsaal der Ulmer Patrizier; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

der Patrizier als Förderer von Kunst und Kultur in Ulm hervorzuheben, zunächst vor allem als Auftraggeber von Altären und weiterem Kirchenschmuck, dann ab dem 16. Jahrhundert zunehmend von Porträts, aber genauso von Kunsthandwerk und Interieur. Auch die größten Ulmer Privatbibliotheken gehen auf bibliophile Patrizier zurück, speziell die reichhaltigen Sammlungen des Erhard Schad und des Anton Schermar aus dem 17. Jahrhundert sind bis in die Gegenwart wahre Glanzstücke der Ulmer Stadtbibliothek.[19]

Kamen und kommen die Bibliotheken dem Bildungshunger der Ulmer zugute, zeigten sich einige Patrizier – freilich auch als Teil eines standesgemäßen Auftretens – als öffentliche Wohltäter für ihre weniger betuchten Mitbürger. Früh zählten sie zu den Unterstützern der Ulmer Spitäler und des Waisenhauses, wo zu bestimmten Anlässen Mahlzeiten für die Armen und Kranken ausgegeben wurden. Als Gegenleistung erhielten die Stifter ein Gebet zu ihrem Seelenheil. Einige Mess- und Altarstiftungen der vorreformatorischen Zeit wandelte man später in Familienstiftungen um, die gleichsam karitativ und regelmäßig in Ulm wirkten. Einige dieser Stiftungen mit Ursprung im Spätmittelalter kommen dabei bis zum heutigen Tag sozialen Zwecken der Stadt zugute. Gerade wohlhabende und fromme Damen aus dem Patriziat richteten Studienstipendien für Theolo-

19 *St. Lang*, Bibliotheksstifter, Patriot und Kulturreisender: Anton Schermar (1604-1681), ein Ulmer Patrizier des 17. Jahrhunderts, in: Ulm und Oberschwaben 57 (2011) S. 169-199.

giestudenten aus der Stadt ein. Und in den Kirchen des ehemaligen Ulmer Landgebiets sieht man noch heute nicht selten Taufsteine, Kanzeln oder Orgeln mit den einschlägigen Wappen der Besserer, Krafft oder Schad – ebenfalls Stiftungen dieser Familien.[20]

6. NACHLEBEN DER PATRIZIERFAMILIEN IN ULM

Die Aufhebung des Status Ulms als freie Reichsstadt sowie der Übergang von Stadt und Herrschaftsgebiet an die neuen Königreiche Bayern (1802) und Württemberg (1810) beendete auch die Privilegien des Patriziats. Trotz des politischen Machtverlusts spielten Angehörige des einstigen Stadtadels vorläufig noch häufig wichtige Rollen im gesellschaftlichen Leben der Donaustadt.[21] Doch nach und nach verlor Ulm seine vorher unumstrittene Bedeutung als Lebensmittelpunkt der Familien. Die Familienmitglieder der Krafft beispielsweise verkauften den Großteil ihrer städtischen Immobilien und verließen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ihre alte Heimat, um meist in königlich-bayerische Dienste zu treten. Andere Familien folgten in den nächsten Jahrzehnten, andere starben aus, am längsten verblieben noch die Schad und Besserer in Ulm. Auch die „Obere Stube", einstmals exklusiver Versammlungsort der Patrizier, wurde 1815 verkauft und als Räumlichkeit für die bürgerliche Lesegesellschaft genutzt. Ihr Grundbesitz auf dem Land blieb den Patriziern erhalten, doch wurden auch hier im Verlauf des 19. Jahrhunderts viele Höfe, Äcker und Zehnten veräußert – oft an die früheren Pächter. Die Herrschaftsrechte über die Untertanen, die früher teilweise sogar die Blutgerichtsbarkeit umfasst hatten, gingen sukzessive auf den jeweiligen Nachfolgestaat über. Die Berufsfelder, in denen die Mitglieder der Geschlechter tätig waren, veränderten sich jedoch zunächst nicht grundlegend. Immer wieder findet man während des 19. Jahrhunderts Angehörige der ehemaligen Patrizierfamilien als kommunale Verwaltungsfachleute sowie häufig im Forstbereich und vor allem als Offiziere der bayerischen und württembergischen Armeen. Erst allmählich glich sich die Berufsstruktur der Familien an allgemeine gesellschaftliche Entwicklungsprozesse an, wenn auch das Militär bis ins 20. Jahrhundert ein bevorzugtes Tätigkeitsgebiet blieb.[22]

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts lebt inzwischen keines der einstigen Geschlechter mehr in Ulm, einzig ihre Fahnen wehen am Schwörtag noch von den Fenstern des Rathauses. Nur wenige Familien existieren überhaupt noch, im Wesentlichen die Familien Baldinger, Krafft und Neubronner. Die engste Verbindung zu ihrer früheren Heimat pflegt die Familie Krafft von Dellmensingen, deren Mitglieder sich regelmäßig zu Familientreffen in Ulm einfinden und die ihr Familienarchiv als Depositum an das Ulmer Stadtarchiv

20 Ebda., S. 96-101.

21 *S. Palaoro*, Politische Identitäten des Ulmer Patriziats: zwischen dem Ende der reichsstädtischen Epoche und dem Neubeginn im Kurfürstentum Bayern, in Adel im Wandel, Bd. 2, Ostfildern 2006, S. 643-656.

22 *St. Lang* (s. A 1), S. 30-33.

Abb. 15: „Venus und ir kint Martem überwint". Stammbuchminiatur von 1621, gewidmet von Marx Konrad Besserer, der damals schon die ersten Schlachten des 30-jährigen Krieges miterlebt hatte, an den damals 17-jährigen Anton Schermar (vgl. Abb. 5 und 6). Die kunstvollen Miniaturen kosteten häufig ein kleines Vermögen; Quelle: *Stadtarchiv Ulm*.

abgegeben hat. Dort bildet es zusammen mit den in den letzten Jahren durch Unterstützung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg erschlossenen Privat- und Stiftungsarchive der Besserer, Schad, Neithardt, Gassold, Karg und Schermar eine überaus wichtige Ergänzung zur amtlichen Überlieferung der Reichsstadt und gehört zu den historisch wertvollsten Beständen des Archivs im Allgemeinen.[23] Denn wie man die jahrhundertelange Oligarchie der Patrizier in Ulm auch bewerten mag, hierzu gibt es ambivalente Möglichkeiten – tief geprägt haben sie die Politik, das Stadtbild und die Geschichte der Donaustadt in jedem Fall über ein halbes Jahrtausend.

23 *H.E. Specker* (Hrsg.), Die Bestände des Stadtarchivs Ulm. Kommentierte Gesamtübersicht, Ulm 2002. Zu den Beständen der Patrizierfamilien (Beständegruppe E) sind nun unter www.stadtarchiv.ulm.de detaillierte Findmittel benutzbar.

Hans-Rudolf Meier

DENKMALSCHUTZ ALS LEITINSTRUMENT DER STADTENTWICKLUNG?[1]

1. EINFÜHRUNG

Die historische Altstadt und ihre Denkmale sind heute wesentliche Faktoren der Stadtentwicklung. Sie sollen Bewohnern und Gästen – entgegen dem Trend zu globaler Ubiquität – Erkennbarkeit und Vertrautheit vermitteln und die Ortstradition anschaulich bezeugen. Entsprechend setzt auch das Stadtmarketing auf historisches Flair mit gut gepflegten Denkmalen. So wirbt ein Flyer für Schwäbisch Gmünd mit „Staufischem Glanz und architektonischen Schätzen", verspricht Geschichte zum Anfassen und Erleben und preist zu Recht die zahlreichen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Baudenkmale, die in der historischen Altstadt den Besucher erwarten, die aber auch die Folie bilden, vor der sich in der „Stauferstadt" die im Flyer ebenfalls gepriesene bedeutende Kreativwirtschaft entfalten kann.

Der Denkmalschutz als wesentliche Komponente der Stadtentwicklung erscheint in diesem Kontext so selbstverständlich, dass die Frage danach nur mehr rhetorisch wirkt. In der historischen Entwicklung der Disziplinen Stadtentwicklung und Denkmalpflege ist diese heute evidente Verknüpfung allerdings keineswegs selbstverständlich. Daher soll im ersten Teil meines Beitrags ausgeführt werden, wie in europäischer Perspektive der Denkmalschutz zu einem Instrument der Stadtentwicklung geworden ist; danach sei der Frage nachgegangen, ob Denkmalpflege tatsächlich ein Leitinstrument der Entwicklung sein kann. Dazu ist zu fragen, welche Rolle(n) die Denkmalpflege heute in Stadtentwicklungsprozessen einzunehmen hat, wenn sie ihren gesellschaftlichen Auftrag ernst nimmt und nicht einfach Zuarbeit für das Stadtmarketing leisten oder ein Instrument der Stadtverschönerung sein soll.

1 Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag, der anlässlich eines Kolloquiums zur 850. Wiederkehr der Gründung der Stauferstadt Schwäbisch Gmünd im Oktober 2012 gehalten wurde. Teile meiner Überlegungen konnte ich im März 2013 an einem Vortrag am Hamburger Städtebauseminar zum Thema „Städtebau und Denkmalpflege – eine wechselvolle Beziehung" zur Diskussion stellen. Der Beitrag ist auch eine Hommage an Hardt-Waltherr Hämer, den am 27.09.2012 verstorbenen „Vater der behutsamen Stadterneuerung".

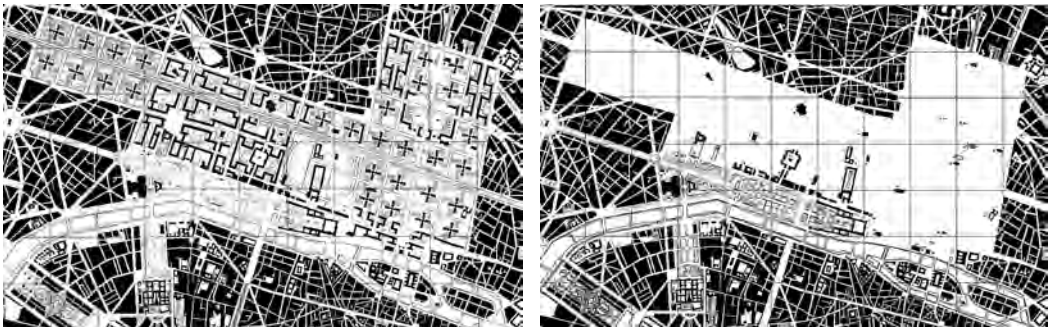

Abb. 1: In Le Corbusiers Plan Voisin für das Zentrum von Paris von 1924 entgehen nur ein paar Denkmale als schmückendes Beiwerk für die neue Stadt der Tabula Rasa; links: Baumassenplan des Plan Voisin, rechts: die dabei übrig bleibenden Denkmale. Idee und Umzeichnung: *Thomas Will*.

2. DENKMALPFLEGE UND STADTENTWICKLUNG – EINE WECHSELVOLLE BEZIEHUNG

Blickt man zurück auf die Geschichte der Beziehung der Disziplinen Denkmalpflege und Städtebau / Stadtplanung, so verbindet beide ihre Genese als ursächlich aus der Entwicklung der Moderne erklärbare wissenschaftliche Disziplinen im 19. Jahrhundert. Denkmalpflege und die unter dem Begriff der Stadtentwicklung subsumierte Stadtplanung und Städtebau gründen freilich auf einer fundamentalen Differenz: Die Denkmalpflege geht von dem aus, was gerade noch besteht, aber gefährdet erscheint, die Planungsdisziplinen dagegen von Vorstellungen, wie etwas sein oder werden soll. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied, der auf die Tradition und Genese der beiden Fachbereiche zurück verweist. Die Denkmalpflege hat eine ihrer wesentlichen Wurzeln in der Romantik mit deren Hinwendung zum Mittelalter, dem Blick auf die Vergangenheit als Projektionsfläche eigener Existenz und Wünsche und der engen Verbindung von Natur und Kunst. Dagegen wurzeln Städtebau und Stadtplanung in den Utopien idealer Städte und Gemeinschaften, die gewissermaßen säkulare Versionen des Himmlischen Jerusalem darstellen. Die Anfänge dafür liegen in der Renaissance; berühmt sind etwa die Idealplanungen des unter dem Namen Filarete bekannten Architekten Antonio Averlino für das nach seinem Mailänder Herzog benannte „Sforzinda“ oder das Hauptwerk des englischen Staatsmanns und Humanisten Thomas Morus, dessen Titelort „Utopia“ in der Folge als Bezeichnung für die ganze literarische Gattung der idealen Stadt- und Gesellschaftsmodelle übernommen wurde.[2] Diese Tradition setzte sich fort in den Idealplanungen der Aufklärung –

2 Dazu: *E.M. Seng / R. Saage*, Utopie und Architektur, in: *W. Nerdinger* in Zusammenarbeit mit *M. Eisen* und *H. Strobl* (Hrsg), L'architecture engagée. Manifeste zur Veränderung der Gesellschaft, München 2012, S. 10-37.

etwa der so genannten Revolutionsarchitektur in Frankreich – und den Idealstädten der frühen Sozialisten und führt hin zu den radikal neuen Stadtkonzepten der Avantgarde, in denen den Resten der historischen Stadt – sofern sie überhaupt bedacht wurden – höchstens eine akzidentielle Rolle zukam (vgl. Abb. 1).[3] Alle diese Konzepte waren Versuche, auf die Industrialisierung und die mit ihr einhergehenden gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen, inbesondere auf das enorme Wachstum der Städte, baulich-planerisch zu reagieren, indem man neue Städte für eine neue Gesellschaft entwarf.

a) um 1900: Stadtdenkmal, Städtebau und Heimatschutz

Die entgegengesetzte Reaktion auf die rasanten Veränderungen der gesellschaftlichen Moderne war die kulturkritische Verklärung der Vergangenheit, wie sie besonders anschaulich der englische Architekt und Theoretiker der Neugotik, Augustus Welby Northmore Pugin, mit seinen erstmals 1836 publizierten „Contrasts" artikulierte. Als Novum setzte er auf die inzwischen alltäglich gewordene Bildrhetorik der „Vorher-/Nachher"-Gegenüberstellungen: Die zeitgenössische Industriestadt von 1840 kontrastierte er der mittelalterlichen „Catholic town in 1440", um etwa durch die nun alles überragenden Fabrikschlote gegenüber den früher die Vertikale dominierenden Kirchtürmen den „Present Decay of Taste" zu veranschaulichen.[4] Aufgegriffen wurde dieses Darstellungskonzept um 1900 von der aufkommenden Heimatschutzbewegung. Besonders wirkungsmächtig waren dabei die „Kulturarbeiten" des Malers, Architekten und Publizisten Paul Schultze-Naumburg, der die Architektur des Historismus als erklärte „Gegenbeispiele" der von ihm als gut und richtig propagierten Baukunst der Vormoderne entgegensetzte.[5] Dieses Konzept fand sowohl in heimatschutznahen Schriften zum Städtebau wie in ebensolchen zur Denkmalpflege rasche Nachfolge. Auch für den Wiener Architekturpublizisten und Sozialreformer Joseph August Lux war in seiner 1908 veröffentlichten Schrift „Der Städtebau und die Grundpfeiler der heimischen Bauweise" die Gegenüberstellung von vorher und nachher gleichbedeutend mit gut und schlecht, auch wenn er – anders als Schultze-Naumburg – den Traditionsbruch der Moderne als nicht umkehrbar anerkannte.[6] Das

3 Zur Funktion von Altstadtfragmenten in den Planungen der Avantgarde vgl. *T. Will*, Düsterer Hintergrund und reizende Reste. Zum Bild der alten Stadt in den Projekten der Avantgarde, in: *S. Brandt / H.R. Meier* (Hrsg.), StadtBild und Denkmalpflege. Konstruktion und Rezeption von Bildern der Stadt. Stadtentwicklung und Denkmalpflege, Bd. 11, Berlin 2008, S. 176-195.

4 *A.W. Pugin*, Contrasts, or a Parallel between the Noble Edifices of the Fourteenth and Fifteenth Centuries and Similar Buildings of the Present Day. Shewing the Present Decay of Taste, 2. Aufl. London 1841 (Reprint Leicester 1969); dazu: *M. Noell*, „Standards of taste" – Augustus Charles Pugin und die Specimens of the Architectural Antiquities of Normandy, in: *B. Carqué / D. Mondini / M. Noell* (Hrsg.), Visualisierung und Imagination. Mittelalterliche Artefakte in bildlichen Darstellungen der Neuzeit und Moderne, Göttingen 2006, Bd. 2, S. 417-464.

5 *P. Schultze-Naumburg*, Kulturarbeiten, Bd. IV: Städtebau, München 1906.

6 *J.A. Lux*, Der Städtebau und die Grundpfeiler der heimischen Bauweise. Zum Verständnis für die ge-

gilt auch für den ebenfalls in Wien tätigen Kunsthistoriker Max Dvořák, dessen „Katechismus der Denkmalpflege", was die Bildstrategie angeht, ebenfalls in der Nachfolge Schultze-Naumburgs steht.[7] Die Bildpaare visualisieren den Verlust an urbaner Qualität durch modernebedingte Abbrüche oder Zufügungen (vgl. Abb. 2) sowie die „Folgen falscher Verschönerungssucht" und die „Wertlosigkeit der Rekonstruktionen". Dvořáks als „Marseillaise der Denkmalpflege"[8] bezeichnete Schrift veranschaulicht zugleich, wie sehr die sich ebenfalls im frühen 20. Jahrhundert entwickelten Grundsätze der modernen Denkmalpflege mit der Hinwendung zur Stadt als Denkmal verbunden waren. Erstmals standen nicht mehr nur die herausragenden Monumente im Fokus denkmalpflegerischen Interesses, sondern richtete sich die Aufmerksamkeit auf ganze Stadtensembles und Städtebilder. Explizit dazu erklärte Georg Dehio in seinem Kunstdenkmäler-Eintrag zu Rothenburg ob der Tauber von 1908: „Die Stadt als Ganzes ist Denkmal."[9] Wenn Dehio allerdings im konkreten Fall als Begründung insbesondere die „Erhaltung des alten Zustandes in unerreichter Vollständigkeit und Dissonanzfreiheit" anführt, bleibt er hinter dem damaligen Stand der Diskussion zurück. Es ging damals auch und gerade im städtebaulichen Zusammenhang nicht mehr darum, Stilreinheit zu erzielen und einen vermeintlichen Urzustand zu bewahren oder wieder herzustellen. Vielmehr sollten die historischen Bauten und Ensembles in ihrer anschaulichen Sichtbarkeit erhalten werden, d.h. mit den wichtigen Spuren der Veränderungen, die sie im Laufe ihrer Geschichte erfahren hatten.

Voraussetzung dafür war, dass „die Stadt erst einmal Geschichte werden" musste, ein Prozess, der etwa ein Jahrhundert davor eingesetzt hatte.[10] Die vom Primat der Einheit und von normativen Ordnungsvorstellungen dominierten Städtebaukonzepte des 17. und 18. Jahrhunderts wurden um 1800 von einer weniger am Deskriptiven denn am gefühlsmäßigen Erfassen orientierten Sichtweise abgelöst, in der das „Charakteristische" zu einer zentralen ästhetischen Kategorie wurde.[11] Zu den ersten, die in der „malerischen Zusammenstellung" von Ensembles einen Denkmalwert zu erkennen vermochten, gehörte

bildeten aller Stände namentlich aber für Stadtverordnete, Baumeister, Architekten, Bauherren, etc., Dresden 1908; dazu: *R. Hanisch*, Joseph August Lux und die Internationale der Heimatkunst, in: *K. Krauskopf/H.G. Lippert/K. Zaschke* (Hrsg.), Neue Tradition 3. Europäische Architektur im Zeichen von Traditionalismus und Regionalismus, Dresden 2012, S. 87-106, bes. S. 97 f.

7 *M. Dvořák*, Katechismus der Denkmalpflege, Wien 1916; Reprint in: *M. Dvořák*, Schriften zur Denkmalpflege, gesammelt und kommentiert von *S. Scarrocchia*, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 521-720.

8 *E. Frodl-Kraft*, Max Dvořák 1874-1921, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege 28 (1974), S. 73; *S. Scarrocchia* (s. A 7), S. 133 f.

9 Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler. Im Auftrag des Tages für Denkmalpflege bearbeitet von *G. Dehio*, Bd. 3: Süddeutschland, Berlin 1908, S. 436.

10 *M. Bisping*, Die Stadt wird Geschichte. Das Ensemble in Panorama, Denkmalpflege und Städtebau bei Karl Friedrich Schinkel, in: *H. Tausch* (Hrsg.), Gehäuse der Mnemosyne. Architektur als Schriftform der Erinnerung, Göttingen 2003, S. 233-259, hier: S. 234.

11 Ebda., S. 249 f.; *T. Bremer*, Charakter/charakteristisch, in: *K. Barck et al.* (Hrsg.), Ästhetische Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch in 7 Bänden, Bd. 1, Stuttgart 2000, S. 772-794.

Abb. 37. Beispiel. — Das einstige Linzertor in Salzburg, ein hervorragendes Werk der Monumentalarchitektur des XVII. Jhs. und zugleich einst nicht nur die Dominante einer prächtigen Platzgestaltung, sondern auch ein wertvoller und unersetzlicher Teil des ganzen so einheitlichen, obwohl in verschiedenen Zeiten entstandenen alten künstlerischen Stadtbildes von Salzburg.

Abb. 38. Gegenbeispiel. — Der Platz nach der Demolierung des Linzertores.
Die Abtragung des Tores hatte ohne jeden praktischen Nutzen nebst Verlustes eines wertvollen Baudenkmales die künstlerische Zerstörung eines ganzen Stadtteiles zur Folge.

Abb. 2: Beispiel und Gegenbeispiel im Katechismus der Denkmalpflege von Max Dvořák: Das einstige Linzertor in Salzburg vor und nach dem Abbruch; aus: *M. Dvořák* (s. A 7), Abb. 37 f.

Karl Friedrich Schinkel.[12] Im Malerischen angelegt ist die Wandelbarkeit der Dinge, ihr Wachsen und Vergehen und damit ihre Geschichtlichkeit. Wie die Erkenntnis der historischen Dimension mit der Relativierung normativer Vorstellungen einher geht, belegt Schinkels Äußerung in einem Gutachten zur Reparatur der Treppe der Berliner Hedwigskirche aus dem Jahre 1819: „Bei Betrachtung der Städte in ihren Anlagen und äußeren Formen bleibt ein großes Hauptinteresse: die historische Übersicht ihrer Entstehung und ihres Fortgangs, welcher sich an den Monumenten und Bauwerken, die aus verschiedenen Epochen übriggeblieben sind, durch unmittelbare Anschauung ergibt [...]. Selbst das Fehlerhafte, wenn es aus einem besonderen Geschmack der Zeit hervorgegangen ist, wird in der historischen Reihe ein interessantes Glied sein und, an seinem Platze, man-

12 So in einem Brief von 1804 an David Gilly, in dem Schinkel berichtet, dass ihn die „Denkmäler alter Baukunst" in Rom, die ihm (durch Stichwerke) von Jugend auf bekannt waren, auch nicht wegen der Größe, sondern vor allem wegen dieser „malerischen Zusammenstellung" beeindruckt hätten: *K.F. Schinkel*, Reisen nach Italien. Tagebücher, Briefe, Zeichnungen, Aquarelle, hrsg. von *G. Riemann*, 3. Auflage, Berlin 1988, S. 120.

chen Wink und Aufschluß geben."[13] Schinkel erkannte also den Wert des städtischen Ensembles gerade als Spur der Veränderungen. Hier setzten in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts die Modernen mit der Abkehr vom Prinzip der Stilreinheit, der Priorisierung des Alterswerts und der Anerkennung der Prozesshaftigkeit eines Denkmals an. Exemplarisch wird das zum Erhaltungsargument für städtische Ensembles in den Stellungsnahmen der Hauptprotagonisten der modernen Denkmalpflege im Streit um die Stadterhaltung von Split / Spalato in Dalmatien. Den Bestrebungen vor allem lokaler Antikenforscher, die Reste des Diokletianspalastes freizustellen und dafür Teile der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtbebauung zu opfern, entgegneten Alois Riegl und Max Dvořák mit Gutachten im Auftrag der Wiener Zentralbehörden sowie Cornelius Gurlitt und andere in Presseartikeln, in denen sie den modernen Denkmalbegriff im urbanistischen Maßstab erprobten und mit dem Malerischen als anschaulichem Ausdruck der Geschichtlichkeit argumentierten.[14]

Wenn aber Spuren vergangener Veränderungen Teil des Denkmals sein konnten, so war logischerweise das Denkmal – und insbesondere das Stadtdenkmal – auch offen für weitere Entwicklungen.[15] Damit waren die denkmaltheoretischen Grundlagen für das Zusammenkommen von Denkmalpflege und Stadtentwicklung gelegt. Tatsächlich finden sich in dieser Zeit auch Ansätze zu einem fruchtbaren Miteinander. Zu nennen wären etwa die „Grundsätze des Städtebaus" des Deutschen Architekten- und Ingenieurvereins von 1906, in denen es einleitend heißt, es seien im Städtebau technische, ästhetische, gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Rücksichtnahmen zu vereinigen, und in denen dann sogleich konkretisiert wird: „In ästhetischer Beziehung handelt es sich um die architektonische Raumgestaltung und um die landschaftliche Wirkung, dabei inbesonderheit auch um Denkmalpflege und Heimatschutz."[16] Ein Jahr später beschloss Preußen (und 1909 dann auch Sachsen) ein Gesetz gegen die Verunstaltung von historisch bedeutenden Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gebieten (Verunstaltungsgesetz), das es den Kommunen ermöglichte, Satzungen zum besonderen Schutz von Denkmalen

13 *P.O. Rave*, Karl Friedrich Schinkel, Lebenswerk, Berlin 1: Bauten für die Kunst und Kirchen, Denkmalpflege, Berlin 1941, S. 366.

14 *A. Riegl*, Bericht über eine im Auftrag des Präsidiums der k.k. Zentral-Kommission zur Wahrung der Interessen der mittelalterlichen und neuzeitlichen Denkmale innerhalb des ehemaligen diokletianischen Palastes zu Spalato durchgeführten Untersuchung, in: Mitteilung der k.k. Zentral-Kommission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale, 3. Folge, 2. Bd., Wien 1903, Sp. 333-341; *C. Gurlitt*, Der Kaiserpalast in Spalato. Ein Warnruf, in: Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 168, 1. Morgenblatt, 19. Juni 1909, S. 1 f.; die entsprechenden Schriften Dvořáks nun in *M. Dvořák* (s. A 7), S. 361 ff.; dazu *S. Scarrocchia*, ebda, S. 55 ff.

15 Zum Werden und Vergehen von Denkmalen grundlegend *A. Riegl*, Wesen und Entstehung des modernen Denkmalkultus, in: *ders.*, Kunstwerk oder Denkmal? Alois Riegls Schriften zur Denkmalpflege, hrsg. von *Ernst Bacher*, Wien / Köln / Weimar 1995, S. 53 ff.

16 Deutsche Bauzeitung 40 (1906), Heft 50, S. 348.

und Denkmalbereichen zu erlassen.[17] So wurde etwa in Erfurt 1910 ein „Verunstaltungs-Ortsstatut" erlassen, in dem neben den geschützten Gebäuden erstmals auch gleich die schon im ersten Paragraphen genannten „Straßen- und Platzbilder" der Altstadt vor „geschmacklosen Neubauten" geschützt werden sollten.[18] Bemerkenswertes Zeugnis für das frühe Miteinander von Städtebau und Denkmalpflege ist auch der in den „Städtebaulichen Vorträgen" der Berliner Technischen Hochschule erschienene Aufsatz des preußischen Provinzialkonservators Erich Blunck zum Thema „Denkmalpflege und Städtebau", in dem dieser drei bedeutungsvolle Aufgaben für den „Konservator im Städtebau" formulierte: „Erstens die Erhaltung des alten Straßennetzes und der alten Umrißlinie im Grundplan, zweitens die Sicherung der einzelnen wertvollen Baudenkmäler und drittens die Erhaltung respektive Weiterentwicklung architektonischer Wirkungen, welche auf dem harmonischen Verhältnis einer Reihe von Bauten zueinander beruhen oder auf dem Zusammenklang aller Bauten zu einem Stadtbilde".[19] Die beiden Weltkriege, die nicht nur die Städte samt ihren Bewohnern zerstörten, sondern in Deutschland auch die Denkmalpflege auf Positionen und Ideologien des 19. Jahrhunderts zurückwarfen und die zugleich die Stadtplanung vor ganz andere Aufgaben stellte, machten solche Ansätze eines Miteinander von Denkmalpflege und Stadtentwicklung allerdings vorerst zunichte.

b) Europäische Perspektiven: vom „Patrimonio urbanistico" zur Lex Malraux

Im europäischen Horizont waren vergleichbare Bemühungen früher erfolgreich. Wichtig in diesem Zusammenhang ist das schmale Bändchen „Ésthétique des villes", das der Brüsseler Bürgermeister Charles Buls (1837-1914) im Jahre 1893 publizierte, um, wie er schrieb, „die Forderungen des Schönen und die Achtung vor dem Alten mit den Erfordernissen des modernen Lebens in Übereinstimmung zu bringen."[20] Buls forderte insbesondere, die Monumente nicht isoliert zu betrachten, sondern auch ihren städtebaulichen Zusammenhang zu bewahren, ein Postulat, das sich mit der Klage des Wiener Architekten und Kulturtheoretikers Camillo Sitte gegen den „Freilegungswahn" deckte.[21] Sittes Schrift

17 *S. Mieth*, Die Entwicklung des Denkmalrechts in Preußen 1701-1947. Rechtshistorische Reihe Bd. 309, Frankfurt a.M. 2005, S. 100 ff.

18 *Stadtarchiv Erfurt*, 3/032-23, Ortstatut gegen die Verunstaltung von Straßen und Plätzen, 1910; zitiert nach *M. Escherich*, Heimatschutz und Mittelalter-Selbstbild. Die Altstadt von Erfurt 1910-1930, in: *K. Krauskopf/H.G. Lippert/K. Zaschke* (s. A 6), S. 133.

19 *E. Blunck*, Denkmalpflege und Städtebau, in: *J. Brix/F. Genzmer* (Hrsg.), Städtebauliche Vorträge aus dem Seminar für Städtebau an der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin Bd. 6, Heft 2 (1913), S. 6.

20 *C. Buls*, Ästhetik der Städte, 2. Aufl., Gießen 1898, S. X.

21 *C. Sitte*, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889; S. 34; programmatisch übernommen in der Gründungsausgabe des zentralen Fachorgans der deutschen Denkmalpflege: *O. Sarrazin/O. Hofsfeld*, Zur Einführung, in: Die Denkmalpflege 1, Heft 1 (1899), S. 1.

Abb. 3: Görlitz, Peterskirchviertel, Bestandsaufnahme und Sanierungsplan, der das Entkernen „der licht- und luftlosen Hinterhöfe und Einstreuen von Grünflächen" vorsah; aus: Ausstellungskatalog „Altstadterneuerung in Görlitz. 10 Jahre Denkmalpflegearbeit", Görlitz 1959.

zum „Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen", in dem auch der Begriff des städtebaulichen Ensembles auftaucht, gilt zu recht als Grundlagentext des historisch bewussten Städtebaus. Aus solchen Ansätzen entwickelte 1913 der Architekt, Denkmalpfleger, Stadtplaner und Hochschullehrer Gustavo Giovannoni die Idee des „ambientismo".[22]

Giovannoni, der als erster explizit von einem „städtebaulichen Erbe" („patrimonio urbanistico") sprach, hebt den Wert des historischen Ensembles für den Weiterbau der Stadt hervor. Im Sinne einer behutsamen Stadtentwicklung sollten die das Ambiente prägenden Strukturen und Fassaden bewahrt, durch die Technik des „diradamento" (d.h. der „Lichtung") aber das Innere von Blocks und Quartieren partiell entkernt werden, um so Modernisierungen zu ermöglichen. Bei der Stadterweiterung von Rom Richtung Süden zum Hafen von Ostia hin entwickelte Giovannoni dann in den 1920er Jahren aus Erkenntnissen aus der historischen Stadt Grundsätze für den Neubau des Quartiers Garbatella.

Ist dieses Viertel als Stadtentwicklung im Sinne eines Fortschreibens historischer Muster und Figuren zu verstehen (und hat damit mit Denkmalpflege vorerst nichts zu tun), so gab es dann nach dem Zweiten Weltkrieg Versuche, tatsächlich Stadtsanierung und Stadtentwicklung aus den Grundsätzen der Denkmalpflege zu betreiben. Bemerkenswerterweise kommt dabei der DDR, wo 1949 an der Hochschule für Bauwesen und Bildende Künste in Weimar auch erstmals im deutschsprachigen Raum eine Professur mit der Denomination Denkmalpflege eingerichtet wurde, eine Pionierrolle zu. In Görlitz regte Mitte der 1950er Jahre das sächsische Landesamt unter Hans Nadler ein Forschungs- und Sanierungsprojekt für das Peterskirchviertel an, das von der Techni-

22 *G. Giovannoni*, Vecchie città ed edilizia nuova, in: Nuova Antologia 48, Nr. 995 (1913), S. 449-472; *ders.*, Il „diradamento edilizio" dei vecchi centri, in: Nuova Antologia 48, Nr. 997 (1913), S. 53-76.

schen Hochschule Dresden durchgeführt wurde und in dem Grundsätze, wie sie Giovannoni mit dem „diradamento" entwickelt hatte, Anwendung fanden (vgl. Abb. 3).[23] Geleitet wurde das Projekt vom Bernhard Klemm, einem von der Stuttgarter Schule geprägten Architekten.[24] Sehr früh schon hat man damit in der DDR Alternativen zur Kahlschlag-Sanierung erprobt; in Berlin und der Bundesrepublik fanden solche Bestrebungen erst mehr als zehn Jahre später Parallelen und Weiterentwicklungen. Allerdings blieben diese vielversprechenden Ansätze Episode, für die es in der DDR seit der Hinwendung zum industriellen Bauen ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre keine Fortsetzung mehr gab.

Die Jahre und Jahrzehnte des Wiederaufbaus und des allmählichen „Wirtschaftswunders" waren ansonsten wohl jene Zeit, in welcher Stadtentwicklung nicht nur frei von denkmalpflegerischen Überlegungen betrieben, sondern Planungen auch dezidiert in Opposition zur historischen Stadt gedacht und entwickelt wurden. Die alte Stadt machte man für die Katastrophen des Zweiten Weltkriegs mitverantwortlich. Die dicht besiedelten Innenstädte waren soziale Brennpunkte, und die engen Straßen und Gassen hatten die Feuerbrünste des Bombenkriegs zweifellos begünstigt. Was in den 1920er Jahren in den Konzepten der funktionsgetrennten Stadt Planerwunsch blieb, wurde angesichts der zerstörten Städte zu realistischen Perspektiven (vgl. Abb. 4). Licht, Luft und optimale autogerechte Verkehrsführung waren nun die Paradigmen der Zeit. Diese galten bis zur ersten Wirtschafts- und Erdölkrise anfangs der 1970er Jahre, wenn auch bereits in den 1960er Jahren die Kritik daran eingesetzt hatte. Kulturkritiker, Gesellschaftswissenschaftler und – blickt man über Deutschland hinaus – auch Architekten waren die ersten Fundamentalkritiker der modernen Planungsparadigmen.[25] Schon 1966 forderte aber auch der Deutsche Städtetag, dass Stadtgrundriss, Baugruppen und einheitlich gestaltete Quartiere in gleicher Weise gepflegt werden sollen wie Einzeldenkmale, da nicht nur wertvolle und interessante Einzelbauten aus Vergangenheit und Gegenwart den Charakter der Stadt bestimmten, sondern jene Komplexe auch dann, wenn ihre Einzelbauten nicht von besonderer Bedeutung und architektonischer Qualität sind, ihre Ensemble-

23 Altstadterneuerung in Görlitz. 10 Jahre Denkmalpflegearbeit, Görlitz 1959; dazu *S. Brandt*, Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, dargestellt an Beispielen aus dem sächsischen Raum 1945-1961, Berlin 2003, S. 132 ff.

24 Zur Bedeutung der Stuttgarter Schule in der DDR: *M. Escherich*, Zwischen Heimatschutzarchitektur und Nationaler Tradition? Einflüsse der Stuttgarter Schule in Ostdeutschland nach 1945, in: *B. Szmygin/J. Haspel* (Hrsg.), Zabytki drugiej polowy XX wieku? waloryzacja, ochrona, konserwacja. Das Erbe der Nachkriegsmoderne erhalten und erneuern? Denkmale der Moderne und Gegenmoderne, Warschau/Berlin 2010 (2012), S. 52-63.

25 *W.J. Siedler/E. Niggemeyer/G. Angreß*, Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum, Berlin 1964; *A. Mitscherlich*, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a.M. 1965; früh auch schon die deutsche Übersetzung von *J. Jacobs*, The Death and Life of great American Cities, Harmondsworth 1961: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin/Frankfurt a.M./Wien 1963; *A. Rossi,* L'architettura della città, Padua 1966; *R. Venturi*, Complexity and Contradiction in Architecture, New York 1966.

Abb. 4: Marcel Lods Propagierung der Stadtplanungsgrundsätze der Avantgarde als Gegenbild zur historischen Stadt beim Wiederaufbau von Mainz nach dem Zweiten Weltkrieg; aus: *W. Durth/N. Gutschow*, Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre, 2. Aufl., Bonn 1998, S. 28.

wirkung jedoch ein lebendiges Bild einer bestimmten Epoche oder einer für die Stadt charakteristischen Bauweise vermittelt.[26]

In Frankreich war bereits im August 1962 die nach dem damaligen Kulturminister, dem Schriftsteller André Malraux, benannte Lex Malraux erlassen worden, mit der „secteurs sauvegardés" als so genannte „Zonen bevorzugter Urbanisierung" ausgewiesen werden konnten.[27] Es ging nicht mehr allein um die Erhaltung von Einzelgebäuden, son-

26 Der Städtetag 19 (1966), Heft 2, S. 585 f., hier zitiert nach *T. Breuer*, Ensemble – Konzeption und Problematik eines Begriffs des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes, in: *W. Lipp* (Hrsg.), Denkmal – Werte – Gesellschaft. Zur Pluralität des Denkmalbegriffs, Frankfurt a.M. 1993, S. 175 f.

27 Loi No. 62-903 du 4.8.62 complétant la legislation sur la protection du patrimoine historique et esthétique de la France; deutsch in: *H. Hingst/A. Lipowschek*, Europäische Denkmalschutzgesetze in deutscher Übersetzung, Neumünster 1975, S. 145 f.; dazu *R. Baudouï*, André Malraux et l'invention du patrimoine sous la Ve République, in: *D.J. Grange/D. Poulot* (Hrsg.), L'Esprit des lieux. Le patrimoine et la cité, Grenoble 1997, S. 47-61.

dern darum, in komplexeren Prozessen soziale und ökonomische Faktoren in partizipativer Weise mit zu berücksichtigen. Ein vielbeachtetes Beispiel war die ab 1968 erfolgte Sanierung des „Quartiers des tanneurs" in Colmar: Wie andernorts war auch dort das zwingend am Wasser gelegene Gerberquartier als Ort ehemals übelriechender Arbeit und enger Gassen besonders heruntergekommen. Es sollte flächensaniert, d.h. weitgehend abgebrochen werden; stattdessen erfolgte dann eine denkmalpflegerische Instandsetzung, die das Viertel zu einem Vorzeigebeispiel gelungener Sanierung und aufgrund der Fachwerkbauten am Wasser zu einer bis heute zentralen touristischen Attraktion der elsässischen Stadt machte und macht.

c) Die „Dekade der Denkmalpflege" und die Etablierung der städtebaulichen Denkmalpflege

Generell brachten die 1970er Jahre europaweit einen Umschwung. Mit dem, was schlagwortartig mit „Krise der Moderne" zusammengefasst wird und etwa im Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums" beredten Ausdruck fand, waren der Glaube an den ungebrochenen Fortschritt und die Planbarkeit der Welt erschüttert. Im Zeichen einer neuen Wertschätzung des Historischen verzeichnete man in ganz Europa einen Übergang vom Flächenabbruch zur erhaltenden Erneuerung historischer Stadtquartiere. Kritisierte noch 1973/74 eine Studie der deutschen UNESCO-Kommission zur Sanierung historischer Stadtkerne in mehreren europäischen Ländern die damalige Fixierung der Denkmalpflege auf Einzelbauten, erfolgte auch (aber nicht nur) in Deutschland mit dem „Europäischen Denkmalschutzjahr" 1975 die Hinwendung der Denkmalpflege zur städtebaulichen Denkmalpflege. Der Begriff war damals ebenso neu wie die Aufgabe; er ist, wie Volkmar Eidloth in einem konzisen Überblick zum Thema in Erinnerung gerufen hat, 1970 erstmals nachweisbar und findet dann in der Folge des Denkmalschutzjahres größere Verbreitung.[28]

Schon vor dem Wort war die Tat, vor der Denkmalpflege die Planer. Damit ist an den jüngst verstorbenen Hardt-Waltherr Hämer zu erinnern, der sich ab 1968 zuerst in Berlin-Gesundbrunnen mit der „Modellsanierung Putbusser Straße", dann am Klausener Platz in Charlottenburg gegen den anfänglichen Widerstand von Planungsbehörden und Bauträgern für Alternativen zur üblichen Kahlschlagsanierung einsetzte und darum kämpfte, beweisen zu können, dass sanfte Sanierungen möglich, ökonomisch sinnvoll und für die Stadtentwicklung zuträglich seien (vgl. Abb. 5). Am Klausener Platz bildete sich 1973 eine Mieterinitiative gegen die geplante Flächensanierung und forderte „Bestandserhalt statt Abriss".[29] In dem dann nach Hämer benannten Wohnblock 118 erprobte man partizipa-

28 *V. Eidloth*, Städtebauliche Denkmalpflege – Denkmalpflege der besonderen Art, in: Unterwegs in Zwischenräumen: Stadt, Garten, Denkmalpflege. Denkmalpflege in Bremen, Bd. 9, Bremen 2012, S. 110-120.

29 *H.W. Hämer/J. Rosemann*, Stadterneuerung ohne Verdrängung – ein Versuch, in: arch+ 29 (1976), S.

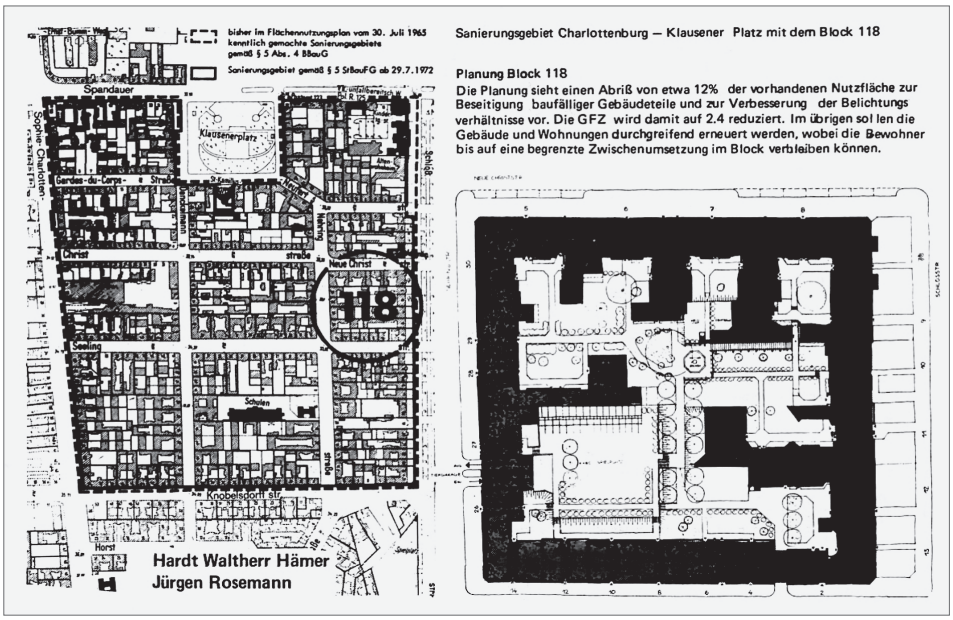

Abb. 5: Das Pilotprojekt Block 118 am Klausener Platz in Charlottenburg als Pionier der sanften Stadterneuerung in Berlin; aus: Bericht von *H.W. Hämer/J. Rosemann* in arch+ 1976 (s. A 29).

tive Planungs- und Beteiligungsverfahren, die es den Bewohnern der 450 Wohnungen erlaubten, in ihre sanierten Behausungen zurückzukehren.

Bald wurden auch andernorts ähnliche Projekte realisiert, und es formierte sich erfolgreicher Widerstand gegen die alten Planungskonzepte; der Umschwung in den 1970er Jahren wird damit als internationale Entwicklung deutlich. Erwähnt sei hier nur das Beispiel von Basel, wo die heute vielgepriesene und wirtschaftlich boomende Altstadt noch in den 1960er Jahren durch eine in den 1930er Jahren in Ansätzen begonnene, so genannte Talentlastungsstrasse „verkehrsgerecht" umgebaut werden sollte. Umgesetzt wurden diese Planungen nicht mehr; zu Beginn der 1970er Jahre beschloss der Große Rat die Aufhebung der entsprechenden Korrektionslinien. Zunehmend formierte sich gegen solche Planungen Widerstand, der sich in Aktionen wie Haus- und Baumbesetzungen artikulierte und wesentlich zur Herausbildung der neuen sozialen Bewegungen der Nach-68er-Ära beitrug. Den Umschwung und das endgültige Aus für die Paradigmen des „Bauwirtschaftsfunktionalismus" markierte in Basel schließlich 1976 eine Volksabstimmung, in

2-12; zur Geschichte der Berliner Stadterneuerung *H. Bodenschatz/H. Claussen*, Zum Teufel mit der Mietskasernenstadt?, in: Idee, Prozess, Ergebnis. Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt. Ausstellungskatalog zur IBA Berlin 1987, Berlin 1984, S. 61-69.

Abb. 6: Bildpaar aus „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit" zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975. Der Vergleich des Märkischen Viertels in Berlin mit dem Dorf Freudenberg im Siegerland erscheint überaus polemisch und unhistorisch; aus: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975, Abb. 19 und 20.

welcher die Bürgerinnen und Bürger die maßstabsprengende Neubebauung eines Einkaufzentrums zwischen Markplatz und Rheinufer verwarfen.[30]

Die Popularisierung der städtebaulichen Denkmalpflege in den 1970er Jahren wurde freilich erkauft mit dem propagandistischen Rückgriff auf die Bildrhetorik der erwähnten Manifeste des frühen 20. Jahrhunderts: Bild und Gegenbild schufen einen sehr simplen und eingängigen Antagonismus zwischen der zum Ideal stilisierten guten alten Stadt und der schlechten, unwirtlichen modernen Planung (Vgl. Abb. 6).[31] Das prägte eine zuweilen bis heute nachwirkende Vorstellung von Denkmalpflege als Stadtverschönerungsinstanz, die sich dem Alten, Harmonischen und Gefälligen widmet. Oft und zunehmend widerspricht das der eigentlichen gesellschaftlichen Aufgabe der Denkmalpflege: dem Schutz wichtiger baulicher Zeugnisse in ihrer historischen Entwicklung.

Dennoch: Die als „Dekade der Denkmalpflege" bezeichneten 1970er Jahre waren für die hier interessierende Frage von entscheidender Bedeutung. Denkmalpflege und Stadtentwicklung kamen zusammen und sind seither Partner jeder nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik. Wie in jeder Partnerschaft geht das Eine im Anderen nicht auf, und es

30 D. Schneller / G. Lassau, Das Denkmalschutzgesetz als Grundlage der Denkmalerhaltung und Archäologie im Kanton Basel-Stadt. Beilage zum Ratschlag „Revision des Denkmalschutzgesetzes", Basel 2011, S. 4 f; vgl. auch: www.denkmalpflege.bs.ch/pdf/denkmalschutzgesetz/denkmalschutzgesetz_grundlage.pdf [15.01.2013].

31 Vgl. dazu *H.R. Meier*, Perspektiven für die „Zukunft unserer Vergangenheit". 30 Jahre seit dem Europäischen Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz, in: NIKE Bulletin 20/3 (2005), S. 4-9; www.denkmaldebatten.de/engagement/buerger-gegen-abriss/europaeisches-denkmalschutzjahr [15.01.2013].

bestehen durchaus immer wieder Konflikte, die freilich Ausdruck objektiv unterschiedlicher öffentlicher Interessen sind. Den sichtbarsten Erfolg verzeichnet diese Partnerschaft nach der politischen Wende von 1989 in den Städten der ehemaligen DDR. So konnten etwa mit Mitteln des Bund-Länder-Programms Städtebaulicher Denkmalschutz zwischen 1991 und 2008 in 178 Städten der einstigen DDR über 6.500 stadtbildprägende Bauten gesichert, die Instandstellung von fast zehn mal so vielen Gebäuden unterstützt und für 740 Mio. Euro stadtdenkmalpflegerische Maßnahmen im öffentlichen Raum finanziert werden.[32] Mindestens zwei Drittel der historisch bedeutenden Innenstädte der ehemaligen DDR sind heute saniert, so dass man sich – bei aller berechtigten Kritik an manchen Aspekten der Förder- und Planungspolitik – heute gar nicht mehr vorstellen kann, dass zur Zeit der Wende ein großer Teil von ihnen kurz vor dem finalen Kollaps stand. Die Sorge um das bevorstehende Aus der Altstädte war vielenorts einer der Gründe für das bürgerschaftliche Engagement in der Wendezeit. Blickt man auf das seither Geleistete, ist zu konstatieren, dass in den Neuen Bundesländern während zwei Jahrzehnten das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz tatsächlich Motor und Leitinstrument der Stadtentwicklung war.

Doch auch in der internationalen Perspektive ist zu erkennen, dass in den letzten zwanzig Jahren die Bedeutung historischer Städte zunehmend erkannt worden ist: Vor allem über die Entschließungen zur Agenda 21 fanden seit 1992 die Ziele einer denkmalgerechten Stadtentwicklung unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit Eingang in die Dokumente der bedeutenden Rio-Konferenz UNCED (UN Conference on Environment and Development).[33] Auf europäischer Ebene ist die explizit dem Thema der integrierten Stadtentwicklungspolitik gewidmete Leipziger Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt zu nennen, die 2007 von einem Treffen der europäischen Fachminister verabschiedet worden ist.[34] Es wird erkannt und anerkannt, dass die historischen Städte wesentliche Qualitäten einer nachhaltigen Stadt aufweisen: effektiven Flächeneinsatz, Funktionsmischung, kurze Wege und oftmals eine quasi unvermeidliche Einschränkung des Verkehrsaufkommens. Sie sind außerdem kulturelle Ressource und nicht zuletzt auch materielle Ressource für ökonomische und energetische Gesamtbilanzen. Um diese Qualitäten historischer Städte zu erhalten und sie für die städtische Entwicklung nutzen zu können, sind sie zu schützen.

32 Evaluierung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz – 1991-2008. Abschlussbericht, Berlin 2012. Als erster der Erfolgsfaktoren nennt der Bericht (S. 74) die „Verknüpfung von Städtebau und Denkmalpflege".

33 Vgl: www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf [15.01.2013]. Vor allem zahlreiche lokale Agenden haben die Schnittstelle von Denkmalpflege und Stadtentwicklung thematisiert, allerdings fanden oft die denkmalpflegerischen Aspekte zu wenig Beachtung, dazu: *M. Wohlleben*, Die Krise als Chance – zur Einführung, in: *M. Wohlleben / H.R. Meier* (Hrsg.), Nachhaltigkeit und Denkmalpflege. Beiträge zu einer Kultur der Umsicht, Zürich 2002, S. 9-16.

34 Vgl: www.bmv.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/leipzig-charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-stadt.html?nn=35776 [15.01.2013].

3. DENKMALPFLEGERISCHE HANDLUNGSFELDER FÜR DIE ZUKUNFT

Kann und soll der Denkmalpflege damit die Rolle eines Leitinstruments der Stadtentwicklung zukommen? Mit dieser Frage verbunden ist jene nach der Definition bzw. den Handlungsfeldern von Denkmalpflege. Die städtebauliche Denkmalpflege ist dabei nicht nur durch den spezifischen Schutzgegenstand Stadt definiert, sondern auch durch den methodischen Arbeitsansatz: „die Vertretung denkmalpflegerischer Belange in Planungsprozessen und auf allen Planungsebenen."[35] In den Planungsdisziplinen ist, wie schon der kurze historische Überblick sichtbar werden ließ, seit den 1970er Jahren ein Grundthema die partizipative Planung, der Einbezug der Bewohner als Voraussetzung für erfolgreiche Planung und Entwicklung. Dementsprechend haben auch die Förderprogramme zum Städtebaulichen Denkmalschutz partizipative Aspekte, die Teilhabe von Bewohnern, Nutzern und anderen Akteuren, die Stärkung von Nutzergruppen etc. mit im Fokus.[36]

Demgegenüber ist die Denkmalpflege traditionellerweise objektzentriert. Sie bezieht ihre Argumente aus der Geschichte und der Form und Beschaffenheit der Objekte, beschäftigt sich in der praktischen denkmalpflegerischen Arbeit mit diesen und fokussiert ihre Anordnungen für den denkmalpflegerischen Umgang auf den materiellen Gegenstand. Allerdings gehört zu den zentralen Aufgabengebieten der Denkmalpflege immer schon neben dem denkmalkundlichen Erkennen und dem Erhalten auch das Vermitteln der Denkmale. Das kann heute nicht mehr nur bedeuten, dass die wissenden Fachleute dem unwissenden Publikum die Dinge erklären, sondern verlangt zunehmend und insbesondere im Bereich der städtebaulichen Denkmalpflege nach Verfahren der Teilhabe.[37] Wo hoheitliches Verfügen oft nicht die beabsichtigte Wirkung zeigt und die Subventionstöpfe politisch gewollt weitgehend leer sind, kommt der Moderation eine wachsende Bedeutung zu. Solche für die Denkmalpflege eher neuen Prozesse gehen einher mit einem grundlegenden Wandel denkmalpflegerischer Ansätze, der sich allmählich vollzieht und nicht zuletzt durch internationale Erfahrungen methodische Anregung erfährt. In anderen Weltregionen existieren andere Erbekonzepte, in denen den involvierten „Communities" (Bewohnern, Nutzern) eine der materiellen Substanz mindestens gleichgewichtige Bedeutung zukommt, was sich inzwischen in internationalen Konventionen der Denkmalpflege niederschlägt. Zu nennen ist hier insbesondere die sogenannte Burra-Charta,

35 *V. Eidloth* (s. A 27), S. 112.

36 2009 wurde das Programm auf Städte der westlichen Bundesländer ausgedehnt. Zur Frage der Akteursbeteiligung vgl. den Evaluierungsbericht (s. A 31), S. 80 f., und dort die Empfehlungen, S. 89 ff.

37 *H.R. Meier*, Vermittlungsdefizite – Ursache gegenwärtiger Akzeptanzprobleme der Denkmalpflege?, in: Kommunizieren – Partizipieren. Neue Wege der Denkmalvermittlung. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz Bd. 82, Rheinbach 2012, S. 39–48; *C. Moneke*, Partizipation in der Denkmalpflege? Bürger fordern Mitsprache, in: denkmaldebatten.de: www.denkmaldebatten.de/engagement/partizipation/partizipation-in-der-denkmalpflege/ [15.01.2013].

benannt nach der Stadt, in der sie 1979 von der australischen Sektion der internationalen Vereinigung der Denkmalpflegefachleute ICOMOS erstmals verabschiedet worden ist.[38] Die Burra-Charta versteht sich als Fortschreibung der Charta von Venedig, räumt aber den am Prozess der Denkmalwerdung und der späteren Denkmalnutzung beteiligten Akteuren wesentlich stärkere Aufmerksamkeit ein. Der enge Zusammenhang vom Ort (place) und der sie nutzenden Gemeinschaft (community) gerade für Wertsetzungsprozesse und Erhaltungskonzepte ist auch über die Burra-Charta hinaus ein verbindendes Charakteristikum jüngerer Ansätze der internationaler Denkmaltheorie. Auch eingedenk der notwendigen Anerkennung der kulturellen Differenzen ist somit zu konstatieren, dass sich weltweit ein Wandel von der rein dingbezogenen Denkmalpflege zur partizipativen, die Akteure einbeziehenden Denkmalpflege vollzieht. Die verstärkte Berücksichtigung der von denkmalpflegerischen Maßnahmen betroffenen sozialen Gruppen ist auch hierzulande schon angesichts der zunehmend ausdifferenzierten pluralen Gesellschaft notwendig. Die Hegemonie des bildungsbürgerlichen Kanons ist brüchig geworden; unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen haben ihre jeweils unterschiedliche Sichten auf die Zeugen der Vergangenheit. Dementsprechend wird nicht nur die Gesellschaft, sondern wird auch die Denkmalwelt bunter.

Das gilt für die Vielfalt an potentiellen Denkmalen und Denkmalgattungen, das gilt aber nicht zuletzt auch zeitlich: Denkmale als wichtige bauliche Zeugnisse abgeschlossener Epochen können in der schnelllebigen Gesellschaft der Gegenwart sehr jung sein (vgl. Abb. 7). Das birgt erhebliches Konfliktpotential, zumal die Denkmalpflege heute nicht selten für Objekte zu streiten hat, deren Errichtung sie vor dreißig oder vierzig Jahren (vergeblich) bekämpft hat. Das Problem dabei sind nicht so sehr mögliche persönliche Befindlichkeiten einstmals bereits beteiligter DenkmalpflegerInnen, problematisch ist vielmehr, dass manche dieser Strukturen sich als tatsächlich wenig stadtfreundlich und für positive Entwicklungen im Sinne von Stadtreparaturen hinderlich erwiesen haben, dennoch können sie wichtige Zeugnisse sein, deren Erhaltungswürdigkeit begründet werden kann.[39] Die Denkmalpflege hat sich für wichtige bauliche Zeugnisse der Vergangenheit auch dann einzusetzen, wenn diese unbequem sind. Die für die Denkmalpflege wie für die Stadtentwicklung heute zentrale Frage, wie man mit den Zeugnissen der jüngeren Geschichte umgeht, enthält daher Konfliktstoff, der zuweilen wie die Inversion früherer Konflikte erscheinen mag.

Für die städtebauliche Denkmalpflege heißt das, in allen Planungsprozessen die Stadt als Ganzes in ihrer historischen Schichtung inklusive ihren Brüchen im Auge zu haben.

38 Vgl.: www.australia.icomos.org/publications/charters/ [15.01.2013]; nicht autorisierte deutsche Übersetzung: www.dnk.de/media/7ba3194472eee60 [30.12.2012].

39 Dazu *B. Franz / H.R. Meier* (Hrsg.), Stadtplanung nach 1945. Zerstörung und Wiederaufbau. Denkmalpflegerische Probleme aus heutiger Sicht. Veröffentlichung des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V. Bd. 20, Holzminden 2011; zur Problematik von „Stadtreparaturen" vgl. *H.R. Meier*, Stadtreparatur und Denkmalpflege, in: Die Denkmalpflege 66 (2008), Heft 2, S. 105-117.

Abb. 7: Junges Denkmal: Die Mensa am Park der Bauhaus-Universität Weimar, vor 30 Jahren eröffnet, entging 2011 dank bürgerschaftlichem Engagement (vgl: www.mensadebatte.de) dem Abbruch und wurde stattdessen in die Denkmalliste aufgenommen; Foto: *Iris Engelmann*.

Um auf das Eingangsbeispiel zurückzukommen: Die Stauferstadt Schwäbisch Gmünd besteht evidenterweise nicht nur aus Bauten der Stauferzeit, doch lässt sich an den Strukturen und dem Bestand ablesen, wie man in 850 Jahren mit diesen Wurzeln umgegangen ist – und das ist das wertvolle städtebauliche Erbe, für deren sorgsamen Umgang und Weiterentwicklung Denkmalpflege und Stadtentwicklung gemeinsam verantwortlich sind. Das gilt, um ein anderes Beispiel zu nennen, ebenso für Dresden, das nicht nur eine Barockstadt ist. Die Stadtentwicklung mit den Mitteln eines neuen Historismus ist daher keine Option der (städtebaulichen) Denkmalpflege, sondern gewissermaßen eine Alternative zu dieser. Während manchenorts Konsum- und Wohlfühlwelten entstehen, welche die Sehnsüchte nach einer vergangenen bürgerlichen Gesellschaft bedienen, hat die Denkmalpflege sich für die Historizität der Städte einzusetzen, die nicht zuletzt durch die sichtbare Präsenz von Ungleichzeitigem und Widersprüchlichem geprägt ist. Denkmalpflege – auch und gerade im städtebaulichen Maßstab – hat den Erhalt von Diversität zum Ziel, einer Vielfalt, die sowohl formal-typologische Aspekte als auch jene der Nutzungen und der Nutzer einschließt.[40] So verstanden, kann Denkmalschutz vielleicht tatsächlich ein Leitinstrument der Stadtentwicklung sein.

40 *W. Lipp*, Der Mensch braucht Schutz. Geborgenheit und Differenz in der Globalisierung. Konservatorische Perspektiven einmal anders, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege 54. Jg. (2000), Heft 2/3, S. 183–188.

Julius Mihm / Sandra Böhringer

NUR REGELTREUE SICHERT ENSEMBLEQUALITÄT

STUDENTEN BLICKEN AUS DER VERGANGENHEIT IN DIE ZUKUNFT DER ALTSTADT VON SCHWÄBISCH GMÜND – STÄDTEBAULICHE ENTWÜRFE DES DORTMUNDER INSTITUTS FÜR STADTBAUKUNST

1. ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN DURCH STADTUMBAU UND LANDESGARTENSCHAU 2014

Schwäbisch Gmünd ist mit rund 60.000 Einwohnern Mittelzentrum im Remstal in der östlichen Metropolregion Stuttgart. Auf Grundlage des 2013 fertiggestellten B 29-Tunnels in Tallage, der um die Innenstadt herumführt, gewinnt der derzeitige umfangreiche Stadtumbau durch die Landesgartenschau 2014 große Entwicklungsperspektiven. Durch sie können wesentliche städtebauliche Missstände, wie das westliche Innenstadtentrée von Stuttgart her kommend, gelöst werden. Der Impuls bietet Chancen zur Neuordnung vom Bahnhof bis zum Marktplatz der historischen Altstadt: Mit dem Jugend- und Freizeitpark am ehemaligen Güterbahnhof, der Aufweitung des historischen Stadtgartens zum Remspark und der zusätzlichen Uferpromenade am Josefsbach gewinnt die Stadt hochwertige Freiflächen im Zentrum.

Als übergreifendes Planungsziel soll die Innenstadt als Wohn-, Einkaufs- und Freizeitstandort, als Kultur- und Dienstleistungszentrum wesentlich attraktiver werden. Hierfür entstehen entlang der Freiflächen teilweise ganz neue stadträumliche Ensembles, teilweise werden historische Stadträume wie die Ledergasse grundlegend umgestaltet und besondere *architektonische Akzente* gesetzt: Das Güterbahnhofsgebäude wird zur Wissenswerkstatt EULE in Modulbauweise nach Art der Überseecontainer ausgebaut; die bestehende Bahnsteigunterführung in einem außergewöhnlichen Design neu gestaltet und nach Norden durchgestoßen; das Forum Gold & Silber, das der Edelmetallverband mit einem privaten Investor realisiert, bildet als besondere Baugattung einen expressiven architektonischen Höhepunkt. Diese bemerkenswerten Einrichtungen verbinden eine Reihe von neuen, ganz unterschiedlichen Angeboten: a) Bereich Gleispark/Jugend- und Freizeitpark: Haus Lindenhof Werkstatt für Behinderte, b) Bereich Stadtgarten/Remspark: Erweiterung Congresscentrum Stadtgarten, Kulturvilla Hirzel, Hotel Park Inn, Hochschule für Gestaltung, Alte Post mit Regionalverband Ostwürttemberg, Regionalkundenzentrum Barmer GEK und Jobcenter sowie c) Bereich Ledergasse mit neuem Einkaufszentrum (vgl. Abb. 1).

Mit Investorenwettbewerben, städtebaulichen Ideen- und Gestaltungsgutachten sowie Planungswettbewerben wird die gestalterische Qualität eingefordert. Die öffentliche

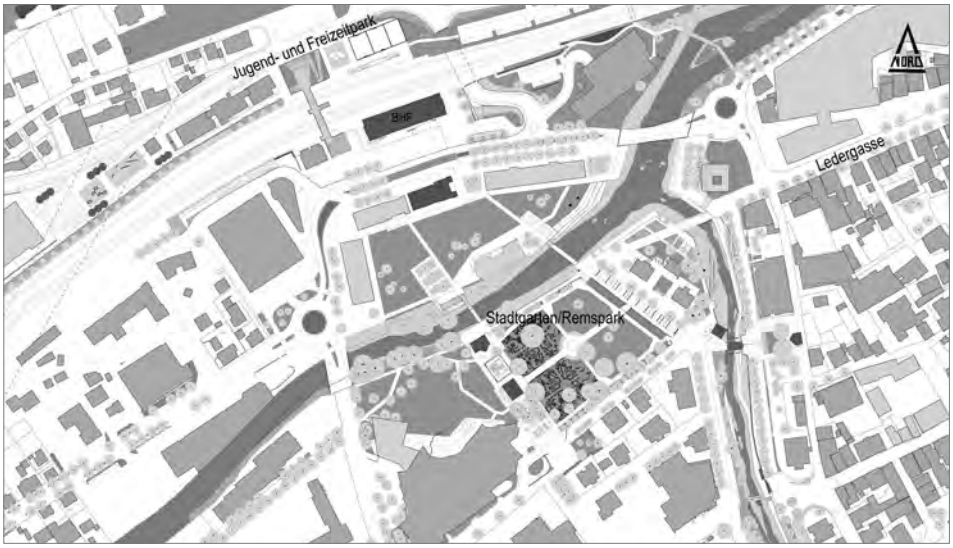

Abb. 1: Stadtumbaubereich und Herz der Landesgartenschau 2014 mit Gleispark, Bahnhofplatz, Stadtgarten / Remspark und Ledergasse; Entwurf: *A24-Landschaft*, Berlin 2012.

Initiative stößt auch viele private Investitionen in der Innenstadt an. Um eingefahrene Gleise zu verlassen und möglichst vielfältige Gestaltungsansätze für eine stimmige Entwicklung zu gewinnen, ist es notwendig, neue Impulse für die Gestaltung von Architektur und Stadtraum in Schwäbisch Gmünd zu bekommen. Die Veranstaltungsreihe „Stadt neu sehen" trägt in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Schwäbisch Gmünd diese Thematik in die öffentliche Diskussion. Die drei Bausteine „Stadt neu denken" – „Stadt erkunden" – „Stadt vergleichen" laden die Bürger auf unterschiedlichen Ebenen ein, sich mit ihrer Stadt zu beschäftigen, vermitteln eigene Ideen und neue Sichtweisen und regen zur öffentlichen Auseinandersetzung an. Im Rahmen des Bausteins „Stadt neu denken" entstanden Studienarbeiten des Instituts für Stadtbaukunst am Lehrstuhl Städtebau der Universität Dortmund.

2. FACETTEN DER GESCHICHTLICHEN STADTPERSÖNLICHKEIT [1]

2.1. Stadtgenetischer Code

Die Lage der Stadt Schwäbisch Gmünd ist durch politisch-strategische Impulse des Hochmittelalters bestimmt: Kein Ursprung aus einer römischen Vorgängersiedlung oder

1 Vgl. hierzu *R. Strobel*, Die Kunstdenkmäler der Stadt Schwäbisch Gmünd, hrsg. vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Bd. I Stadtbaugeschichte, Stadtbefestigung, Heiligkreuzmünster, München 2003; hierin insb. die Beiträge von Klaus Jürgen Herrmann, Ulrich Müller und Richard Strobel.

Abb. 2:
Die Urkarte von 1831 dokumentiert den stagnierenden Entwicklungszustand der Stadt seit dem 14. Jahrhundert. Deutlich sichtbar der frühstaufische Stadtkern mit Erweiterungen entlang den Straßenachsen und spätmittelalterlicher zweiter Umfassung; Zeichnung: *Stadt Schwäbisch Gmünd.*

einem frühmittelalterlichen Bauerndorf setzte erste Keime. Als traditionell wichtiges Amts- und Handelszentrum bildete die Stadt die für das Spätmittelalter typische hohe reichsstädtische Kultur heraus, mit der die Städte ihre politische Bedeutung unterstreichen mussten: Aus der Leonhardsvorstadt versorgten die Schmiede das Reich mit Sensen; die Baumeister Heinrich und Peter Parler, die Maler Jörg Ratgeb und Hans Baldung schufen neue bildnerische Ideen, mit denen die Bürgerschaft unter größtmöglichen Anstrengungen ihrem politischen Selbstverständnis Ausdruck verlieh. Davon kündet in Gmünd noch das Münster als größte Hallenkirche Süddeutschlands und Inkunabel der Spätgotik. Mit ihrer Treue zum katholischen Glauben steht die ehemalige Reichsstadt einzig dar; darauf bezieht sich auch die Entwicklung des überregional bedeutsamen Kunstgewerbes der Stadt, das eine Gold- und Silberwarenindustrie hervorbrachte.

2.2. Anfänge in karolingischer Zeit

Die Ursprünge Schwäbisch Gmünds liegen wahrscheinlich um eine Mönchszelle „Gamundias“ des Klosters St. Denis bei Paris, die in einer um 860 auf das Jahr 782 datierten Urkunde Karls des Großen das erste Mal urkundlich erwähnt wurde und die im Bereich der heutigen Johanniskirche und ihrer Vorgängerbauten vermutet werden kann. Das Gebiet gehörte wahrscheinlich zu den Besitzungen dieses Klosters im Herzogtum Alamannien. Mit der Eigenkirche (eigenes Begräbnisrecht) waren ein Freihof im Bereich des heutigen „Predigers“ und ein kleiner Markt verbunden (vgl. Abb. 2).

2.3. Erste nachweisbare Stadtgründung der Staufer

Kaiser Heinrich IV. versicherte sich in politisch unruhigen Zeiten (Investiturstreit) treuer Vasallen: Im Jahr 1079 erfuhr Friedrich I. seine Erhebung zum Herzog von Schwaben; spätestens dann benötigte er für seine neue, mächtige Höhenburg auf dem Hohenstaufen

Abb. 3: Spätmittelalterliche Stadtansicht von Süden; Ausschnitt mit dem Bearbeitungsgebiet zwischen Rathaus (links) und Königsturm (rechts); *M. Merian*, um 1643.

einen leistungsfähigen Marktort. Schwäbisch Gmünd hatte einfach im nahen Umfeld der Burg die beste territorialstrategische Lage. Im Jahr 1162 besaß das Gemeinwesen bereits Stadtrechte, die ihm vermutlich spätestens schon durch den Stauferkönig Konrad III. (1138-1152) gewährt wurden. Damit gilt Schwäbisch Gmünd als die erste nachweisbare Stadtgründung der Staufer: Die Lage im Remstal an der im Mittelalter wichtigen Verkehrsstraße von Cannstatt über Nördlingen nach Augsburg bzw. Nürnberg machte die Stadt zu einem bedeutenden Handelsplatz. Die in staufischer Zeit errichtete innere Stadtmauer erweiterte die Keimzelle um die Johanniskirche nach Osten und akzentuierte mit ihren fünf Wehr-Tor-Türmen auf einer Fläche von ca. 16 ha den heutigen inneren Stadtkern, der eine Anzahl befestigter älterer Steinhäuser enthielt, die für die Bedeutung des Ortes für den Adel zeugen; der sehr große Marktplatz (0,5 ha), ausgerichtet von Norden nach Süden entlang dem bisher unbebauten ehemaligen Lauf der Tierach, wurde mit rippenförmig abzweigenden Straßen planmäßig östlich der vorhandenen vorstaufischen Siedlung angelegt. Die Reichssteuerliste von 1241 belegt die Wirtschaftskraft eines mehr als durchschnittlichen Handelsplatzes: Schon seit Anfang des 13. Jahrhunderts breiteten sich das Spital und Klöster im inneren Stadtkern auf den freien Besitzungen von Kirche und Adel aus, und schon bald siedelte die Hälfte der Bevölkerung außerhalb der ersten Befestigung entlang der aus dem Stadtkörper herausgeführten Straßenachsen, was bis spätestens zu Beginn des 14. Jahrhunderts einen weiteren Stadtmauerring (von ca. 2,5 km Länge) als gestalterische und funktionale Einfassung der Stadt notwendig machte, so dass die heute noch teilweise ablesbare Gestalt der Stadt mit Zwinger, Tor-, Wacht- und Wehrtürmen entstand. Diese Maßnahme vervielfachte die gesicherte Siedlungsfläche auf rund 44 ha – ausreichend bis in das 19. Jahrhundert (vgl. Abb 3).

2.4. Von der unabhängigen Reichsstadt zur württembergischen Oberamtsstadt

Nach dem Untergang der Staufer gelang es der Stadt, über mehrere Etappen bis 1373 den Status einer unabhängigen Reichsstadt zu erlangen. Vor allem im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit durch Zwischenhandel mit Korn, Tüchern und Wein und der Produktion und dem Vertrieb von Sensen in ganz Europa relativ wohlhabend geworden, gelang

es, über den Besitz des städtischen Spitals und der Klöster sowie Erwerbungen ein kleines Staatsgebiet mit schließlich 160 km² Fläche und 15.000 Einwohnern, davon ca. 5.000 in der Stadt, zu schaffen. Ab dem 17. Jahrhundert wurde das Gold- und Silberhandwerk die vorherrschende Zunft. Reformationsversuche wurden gewaltsam bekämpft und die Stadt blieb altgläubig bis zum Ende der Reichsstadt 1802. Die Stadt assoziierte sich kurz nach Beginn des Dreißigjährigen Kriegs 1619 offiziell mit der katholischen Liga und dem Kaiser. Und bereits direkt nach dem Westfälischen Frieden 1648 war anhand reger Bautätigkeit wieder ein allgemeiner Aufschwung zu verzeichnen. In der Mitte des 18. Jahrhunderts (ca. 1730-1790) erlebte die Stadt noch einmal eine große kulturelle Blüte: Die durch Stadtbaumeister Johann Michael Keller neu- und umgebauten Patrizierhäuser, der durch ihn umgestaltete Marktplatz und sein Schlösschen mit Garten nach französischem Vorbild (heute Stadtgarten) sowie die prunkvolle Ausstattung der Kirchen zeugen noch heute vom barocken Wohlstand der Stadt und kontrastieren ihre spätgotische Erhabenheit mit einem heiteren Flair.

In der folgenden Zeit wurde jedoch die wirtschaftliche Kraft der Stadt durch die Koalitionskriege des Reichs gegen die Französische Republik ausgehöhlt und Schwäbisch Gmünd war spätestens 1797 bankrott. Der Reichsdeputationshauptschluss 1803 besiegelte das Ende der Reichsstadt. Schwäbisch Gmünd und sein Territorium wurden 1802 integraler Bestandteil des Herzogtums Württemberg. Gegen den Geist der Aufklärung und der Rationalisierung regte sich auch in der Bevölkerung kein Widerstand.

2.5. Stadtwachstum im industriellen Zeitalter

Von den Gründerjahren des Deutschen Reichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs erlebte die Oberamtsstadt dann einen stetigen wirtschaftlichen Aufschwung der Gold- und Silberwarenverarbeitung: 1870 wurden 36 Fabriken, 65 Handwerksbetriebe und ca. 40 Hilfsbetriebe gezählt, die sich innerhalb der frei gebliebenen Siedlungsbereiche der mittelalterlichen Umwehrung gut ausbreiten konnten. Die 1861 eröffnete Remstaleisenbahn ermöglichte zudem neue wirtschaftliche und städtebauliche Initiativen und brachte weiteren Wohlstand. Im Jahr 1907 wurde die kunstgewerbliche Abteilung der gewerblichen Fortbildungsschule als „Höhere Fachschule der Edelmetallindustrie“ verstaatlicht – ein Vorgänger der heutigen namhaften Hochschule für Gestaltung.

Tore und Mauern der als mittelalterlich-eng empfundenen Stadtumwehrung ließ bereits zum großen Teil Stadtschultheiß Mühleisen (1818-1841) niederlegen, um Gmünd der „modernen Lebensweise“ zu öffnen. Im Westen wuchs die mittelalterliche Stadt seit Mitte des 19. Jahrhunderts über die natürliche Begrenzung des Josefbaches hinaus: Mit der klassizistischen Villa Forster am Ausgang der Bocksgasse hatte 1843 die Überbauung des westlichen Stadtgrabens begonnen; der Stadtbauplan von 1863 hatte im westlichen Grabenbereich vor der abgebrochenen Stadtmauer dem Stadtkörper eine Reihe längsrechteckiger Baufelder mit abgerundeten Schmalseiten für repräsentative Villen angelagert. Dieses Gestaltungsprinzip der Baufelder setzte sich im ehemaligen südöstlichen Graben in der

neuangelegten Königsturmstraße, wo ortstypische Wohn-Fabrik-Gebäude einer weniger anspruchsvollen Klientel entstanden, sowie in der Oberen und Unteren Zeiselbergstraße fort. Der Mauerring wurde im Neuordnungsbereich bis 1870 ganz beseitigt und die heutige Uferstraße mit Villen und Promenadenband jenseits des Josefsbachs angelegt. Der 1874 aufgrund konkreter Bauvorhaben genehmigte Stadterweiterungsplan legte für eine gezielte flächige Erweiterung nach Westen und Anschlüsse nach Süden Baulinien und Straßenbreiten in einem engen Raster fest. Aber erst danach wurde die Verbindung der westlichen und östlichen Grabenbereiche zu einer großen Ringstraße geplant, wozu in der Altstadt die heutige Klösterlestraße nach Osten durchgebrochen werden musste.

Im Jahr 1920 schrieb die Stadt einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für einen Generalbebauungsplan zur planerischen Ordnung ihrer gesamten Entwicklung aus, in dem Paul Bonatz als Gewinner unter dem bezeichnenden Motto „50 Jahre zu spät!" zungenartige Erweiterungen eines organisch aufgefassten Stadtwachstums nach Westen, Osten und Südosten vorschlug, die sich vom bisherigen Diktat der Rasterstraßen abwandten sowie Wohnungs- und Industriebau neu zu ordnen suchten. Mit einem weiteren Teilnehmer dieses Wettbewerbs, dem nachmaligen Nürnberger Oberbaurat und Karlsruher Hochschullehrer Otto Ernst Schweizer, hatte Gmünd von 1921-1925 erstmals einen profilierten Stadtbaurat modernen Zuschnitts, der die Planungen für die Gmünder Weststadt in die Wege leitete, die Hänge für eine mäßige Bebauung öffnete, die Industrie in die östlichen Stadtlagen zu drängen suchte, aber auch sich für die „Erhaltung des Charakters der Stadt" in der Eigenart ihrer Altstadt einsetzte.

Die bestehende Monoindustrie brachte auch Gefahren mit sich: Mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 begann in der Gmünder Silber- und Goldindustrie die Massenarbeitslosigkeit. 1934 wurde Schwäbisch Gmünd zum Notstandsgebiet erklärt. Obwohl ein großer neuer Rüstungsbetrieb (heute ZFLS) im Schießtal Abhilfe schuf, blieb Schwäbisch Gmünd im Zweiten Weltkrieg unzerstört. Nach dem Krieg (1949) ergab eine Zählung in der Stadt 33.578 Einwohner, darunter 8.279 Vertriebene, die teilweise ihre eigene Industrie mitbrachten: Glas- und Schmuckindustrie aus Gablonz und Schlesien.

2.6. Stadtentwicklung seit den 1970er Jahren

Schwäbisch Gmünd hat in den 1970er und 1980er Jahren sein Gesicht verändert: Die alte Kaserne am Johannisplatz, das ehemalige Dominikanerkloster, baute man zum Kulturzentrum Prediger der Stadt aus (Architekt Wilhelm Tiedje); ein neues Kongresszentrum (CCS) im historischen Ambiente des Stadtgartens mit seinem Rokokoschlösschen wurde errichtet; das alte Spital zum Hl. Geist neuen Aufgaben der Verwaltung, der Altenpflege und als Stadtbücherei zugeführt. Daneben stehen die spätromanisch geprägte und im 19. Jahrhundert als Monument für die Staufer teilweise neoromanisch rekonstruierte und aufgewertete Johanniskirche und das in weiten Teilen im 14. Jahrhundert von den Parlern erbaute Münster noch immer für historische Traditionslinien in der Stadt. In der ehemaligen Bismarckkaserne, die seit 1912 die Stadtentwicklung östlich der Altstadt prägt und

durch den Rückzug der Amerikaner aus Schwäbisch Gmünd frei wurde, betrieb die Maryland Universität 1992-2002 eine Hochschule nach amerikanischen Bedingungen. Seither konnte die Kaserne zum neuen Landesgymnasium für Hochbegabte aus- und umgebaut werden, wodurch ein neuer Stadtteilmittelpunkt östlich der Altstadt entstand. Schwäbisch Gmünd musste nach der Kreisreform des Jahres 1972 den eigenen Kreis aufgeben und ist heute Große Kreisstadt im neugeschaffenen Ostalbkreis. Seit 1977 wird die historische Altstadt von Schwäbisch Gmünd im Rahmen von Sanierungsgebieten auf über 40 ha Fläche mit inzwischen über 14 Mio. Euro Finanzhilfen saniert: Neugestaltete öffentliche Räume in den historischen Kernbereichen mit Ausweitung verkehrsberuhigter Zonen, neuen Oberflächen und ansprechender Beleuchtung werten diese deutlich auf.

3. AUFGABENSTELLUNG ZUM PFLICHTFACH IM MASTERSTUDIUM SOMMERSEMESTER 2012[2]

2008 gründete Christoph Mäckler das Deutsche Institut für Stadtbaukunst an der Universität Dortmund. In Forschung und Lehre wird bewusst der Maßstab „Schönheit der Konvention" vor einen diffusen „Qualitätsmaßstab der Innovation" gesetzt: Studierende lernen wieder die vorhandene Stadt respektvoll weiterzubauen und die erkannten Gesetzmäßigkeiten von der Gesellschaft als schön empfundener Stadträume auf neue Lösungen anzuwenden. Aus dieser Grundhaltung ergibt sich das Entwurfsthema für Schwäbisch Gmünd und wird das Entwurfsprogramm formuliert. Die hier dokumentierten Arbeiten entstanden, wenn nicht anders erwähnt, im Rahmen des städtebaulichen Entwurfs im 7. Semester (Masterstudium), der über den Vertiefungsbereich (Areal Gmünder Hof) hinaus noch einen Konzeptbereich bis zum Königsturm zu bearbeiten hatte. Der Vertiefungsbereich allein war auch Gegenstand der obligatorischen Einführung in das städtebauliche Entwerfen im 4. Semester, das auch zu einigen selbstbewussten Ergebnissen führte (vgl. Abb. 4).

3.1. Entwurfsthema

Professor Mäckler und die Mitarbeiter seines Instituts[3] beschreiben das Thema des Entwurfs wie folgt: „Wohnen und Arbeiten in der Altstadt von Schwäbisch Gmünd: Im zeitgenössischen Städtebau oft vernachlässigt, soll die Charakteristik der urbanen Mischung thematisiert werden. Ziel ist es, eine Entwurfsstrategie einzuüben, die über das einzelne Gebäude hinaus die Wirkung der einzelnen Teile untereinander sowie ihre Wirkung zum bestehenden Umfeld genau und präzise entwickelt und die Studierenden in die Kunst ein-

2 *C. Mäckler*, Schwäbisch Gmünd – Wohnen und Arbeiten in der Altstadt, Dortmund 2012, S. 9.

3 Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Christoph Mäckler, Dipl.-Ing. Stephan Bracht, Dipl.-Ing. Frank Paul Fietz, Dipl.-Ing. Saskia Göke, Dipl.-Ing. Gerrit Goudefroy, Dipl.-Ing. Andreas Henke, Dipl.-Ing. Daniel Korthaus, Dipl.-Ing. Birgit Roth und Dipl.-Ing. Karen Seiler.

Abb. 4: Bearbeitungsbereich: Konzeptbereich mit nordwestlichem Vertiefungsbereich, Bestand mit Denkmälern und erhaltenswerten / stadtbildprägenden Bauten aus dem Denkmalpflegerischen Werteplan der Gesamtanlage Schwäbisch Gmünd; Zeichnung: *Deutsches Institut für Stadtbaukunst.*

führt, schöne und ‚charaktervolle' Stadträume zu entwerfen, mithin das Wesentliche der Stadtbaukunst. Schwerpunkt der Aufgabe ist die städtebauliche Neuordnung des innerstädtischen Bereiches zwischen dem ‚Gmünder Hof' (ehemaliges Kaufhausareal ‚Woha') und ‚Wohnen am Königsturm' (ehemalige Silberwarenfabrik Deyhle): zwischen Radgässle im Norden, Marktplatz/Kornhausstraße im Westen, Königsturmstraße im Süden sowie Rosenstraße im Osten."

„Es gilt, ein Gespür für die spezifischen Eigenschaften der Stadt und ihre besondere Prägung an diesem Ort zu entwickeln, ihre differenzierten Wegebeziehungen zu begreifen und in einem weiteren Schritt die sich hieraus ergebenden Anforderungen an den Entwurf präzise zu formulieren. Die Formen der zu entwerfenden Straßen und Plätze sind an den historischen Straßen- und Platzformen zu orientieren, eine neu vorzunehmende Parzellierung soll in Anlehnung an die historische Parzellierung unter Einbeziehung der zeitgemäßen Anforderungen erfolgen. Auf Basis dieser Festlegungen sind Gebäude und Fassadentypologien nach den Prinzipien des historischen Bestandes zu entwickeln. Um dies in angemessener Form zu leisten, ist eine intensive Beschäftigung mit dem historischen Grundriss an dieser Stelle und mit anderen gebauten Beispielen aus der Zeit der umgebenden Bebauung notwendig. Vor allem aber ist – um sich nicht im Entwurf bloßer Rekonstruktionsarchitektur zu verlieren – eine intensive Auseinandersetzung mit der sich seit dieser Zeit in der Architekturgeschichte und -theorie entwickelnden Architekturrezeption erforderlich." (vgl. Abb. 5). Das folgende Entwurfsprogramm leitet zu einer ortskundigen, architekturgeschichtlich fundierten sowie interdisziplinären Vorgehensweise an.

3.2. Entwurfsaufgabe, städtebauliche und architektonische Zielvorstellungen

Dezidierte Vorgaben: „Es wird erwartet, dass sich die Studierenden kritisch mit Geschichte, Typus und Stil der historischen und der vorhandenen Bebauung auseinander-

Abb. 5: Ehemaliges Hotel Gmünder Hof Marktplatz 6, Neubau von 1895. Das Foto um 1930 zeigt noch die stadtraumprägenden liebevollen Werkdetails der gründerzeitlichen Architektur, die seit der „Purifizierung" des Gebäudes nach dem Zweiten Weltkrieg verschwunden sind; Bildquelle: *Stadt Schwäbisch Gmünd*.

setzen. Die unter Denkmalpflege stehenden Gebäude sind in die Neuplanung zu integrieren. Augenmerk ist auch auf die Gestaltung der öffentlichen Freiräume zu legen. Diese sind entsprechend den Abstimmungen in den Pflichtkorrekturen zur Freiflächenplanung zu entwerfen. Im Einzelnen liegen der Aufgabe folgende städtebauliche und architektonische Zielvorstellungen zugrunde:

- Herausarbeiten der besonderen Eigenart des Ortes, Berücksichtigung insbesondere der historischen räumlichen Qualität.
- Differenzierte Baumassenverteilung.
- Analyse ortstypischer Haus-, Wohnungs- und Grundrisstypologien.
- Funktionale und gestalterische Ausformung öffentlicher Freiräume mit hoher Aufenthaltsqualität und Identifikationscharakter sowie Anknüpfung an das vorhandene Netz von Straßen, Gassen und Plätzen, bzw. Wiederherstellung desselben."

3.3. Baustruktur und Maß der Nutzung

„Das Bebauungskonzept soll sich in erster Linie aus dem Ort und seinem städtebaulichen Kontext herleiten. Dabei wird besonderes Gewicht auf visuelle Erlebnisvielfalt und eine hohe Raum- und Aufenthaltsqualität gelegt. Es wird eine kritische Auseinandersetzung und eine zeitgenössische Interpretation der historischen Bebauung und ihrer Parzellenstruktur erwartet. Die Höhe der Neubebauung, die Gebäudeformen sowie die Materialien sollen mit der historischen umgebenden Bebauung harmonieren, bzw. ortstypische Merkmale aufgreifen. Auch bei der Wahl der Dachformen wird eine genaue Analyse der Dachformen der umgebenden Gebäude erwartet. Ziel ist es, eine ruhige und geordnete Dachlandschaft zu schaffen. Das Maß der Nutzung wird nicht abschließend festgelegt. Die städtebauliche Dichte ist aber in Anlehnung an den Bestand und unter Berücksichtigung des aktuellen Baurechts zu erzeugen. Hier ist eine Verträglichkeit in Schnitten nachzuweisen."

Abb. 6: Die Fassadenabwicklung des Marktplatzes zeigt die barocke Prägung der stadträumlich wirksamen Architekturgestaltung; Zeichnung: *R. Strobel*.

3.4. Fassadengestaltung

„Bei der Gestaltung der Fassaden ist die Auseinandersetzung mit den vorhandenen Materialien und Gestaltungsformen der umgebenden historischen Gebäude erforderlich. Die Fassadengestaltung trägt dazu bei, dem Block ein prägendes Erscheinungsbild zu geben und dennoch als Teil der umgebenden Bebauung wahrgenommen zu werden. Auf Adressbildung und Identifizierbarkeit unterschiedlicher Räume wird besonderer Wert gelegt.“ (vgl. Abb. 6):

3.5. Nutzungskonzept, Raumprogramm, Erschließung und Freianlagen

Mit den abschließenden Hinweisen wird den funktionalen Notwendigkeiten und Bedürfnissen des Ortes Rechnung getragen: „Das Nutzungskonzept soll aus dem städtebaulichen Gesamtkonzept und der Umgebung entwickelt werden und mit ihr verträglich sein. Ziel ist es, eine lebendige Nutzungsmischung im Zentrum zu erreichen, die zur Belebung des Standorts beiträgt und ihn stärkt. Im Planungsgebiet sind Wohngebäude mit gewerblicher Nutzung im Erdgeschoss zu entwickeln. Bei der Planung der Gebäude ist generell und unabhängig von der Nutzung auf grundlegende Punkte zu achten: ausreichende natürliche Belichtung in allen Geschossen (Abstandsflächen); flexible Grundrissgestaltung; autarke Erschließung unterschiedlicher Nutzungseinheiten. Durch die Lage in der Altstadt von Schwäbisch Gmünd und die vorhandenen engen Gassen ist dort nur ein eingeschränkter Individual-/Anliegerverkehr möglich. [...] Die erforderlichen Stellplätze sind in einer Tiefgarage nachzuweisen, die im Wesentlichen nur von Dauerparkern genutzt werden soll. Eine besondere Bedeutung bei der Bearbeitung dieses Entwurfes kommt der Freiflächengestaltung der Straßen und Plätze zu. Die Wahl des Bodenbelages, die Anordnung von ggf. Stufen, Treppenanlagen und die genaue Setzung notwendiger Stadtmöblierung, wie Beleuchtung, spielen hier eine wesentliche Rolle. Die verschiedenen Elemente städtischen Grüns, wie Baumbepflanzung und öffentliche Grünflächen, sind präzise und dem Ort angemessen einzusetzen.“

3.6. Geforderte Leistungen

Um die komplexen Vorgaben bewältigen zu können, reichen die erforderlichen Leistungen über übliche Lageplan- und Gebäudedarstellungen im Maßstab 1:200 deutlich hinaus: Gefordert werden auch die Führung eines Skizzenbuchs, ein Gebäude-Typenblatt im Maßstab 1:200, ein Fassadenschnitt und ein Fassadenmodell aus Finnpappe im Maßstab 1:20, eine Perspektive im Format DIN A1, ein Knetmodell im Maßstab 1:1000 und ein Präsentationsmodell aus Holz im Maßstab 1:500.

4. BERICHT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE PRÄSENTATION DER ARBEITEN

Am 29. November 2012 fand an der VHS Schwäbisch Gmünd die Auftaktveranstaltung zur Ausstellung der studentischen Arbeiten mit Impulsvorträgen von Christoph Mäckler, Professor am Lehrstuhl Städtebau an der Technischen Universität Dortmund, Hans Klumpp, Professor für Entwerfen, Baukonstruktion und Gebäudelehre an der Hochschule für Technik Stuttgart und Julius Mihm, Baubürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, statt. Folgende *Themenschwerpunkte* konnten – auch in reger Diskussion mit dem Publikum – konkretisiert werden:

- Bedürfnisse der Gesellschaft
- Ortstypischer Kontext am Beispiel
- Gängige Architekturlehre
- Kommunalpolitische Praxis

4.1. Bedürfnisse der Gesellschaft

„Überall, wo wir leben möchten, brauchen wir einen Lebensraum, der uns anspricht“, so führte Julius Mihm in die Thematik der Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft mit ihren Ansprüchen an die gebaute Umwelt ein. Es sei die ständige Suche nach der Conditio Humana und nach „Signalen für einen guten Ort zum Leben“. Der Mensch strebe nach dem

Gefühl des „Aufgehoben-Seins". Das, was vor 30 Jahren an neu gebauter Umwelt richtig war, halte heute nicht mehr stand, weil sich die Gesellschaft ausdifferenziere und weiterentwickle. Heute möchten Menschen z.B. wieder zurück in die Städte ziehen, was viele Anfragen nach hochwertigem Wohnraum in der Altstadt zeigten. Die Nachfrage sei also da, während das Angebot fehle. Christoph Mäckler führte dazu weiter aus, dass in der gesellschaftlichen Erwartung an Architekten und Stadtplaner Gebäude nicht nur nützlich sein sollten, sondern auch für die Schönheit einer Stadt sorgen müssten. Dieser gesellschaftspolitische Auftrag dokumentiere sich auch in den Hinweisen von immer mehr Städten beim Deutschen Institut für Stadtbaukunst zum gewachsenen bürgerlichen Interesse an der Schönheit einer Stadt. So zum Beispiel in Dresden: Die Gesellschaft wolle den Wiederaufbau der historischen Stadt. Dem Wunsch nach Rekonstruktion seien Architekten und Stadtplaner jedoch nicht in der Lage, etwas architektonisch entgegenzusetzen. Selbst zeitgenössische Gebäude, die einmal als architektonisch qualitätvoll gegolten hätten und dafür ausgezeichnet worden wären, würden abgerissen, weil sie städtebaulich falsch stünden und in der Gesellschaft nicht als schön gälten. Eine interessierte Bürgerin bestätigte: Bekannte Formensprache sei Heimat. Es gäbe inzwischen eine Kreislaufbewegung, derzufolge im Alter viele Bürger wieder in der Stadt leben wollten. Man müsse sich jetzt überlegen, was die Stadt sei und was sie werden solle. Dies könne nur Architektur steuern, so Mäckler.

4.2. Ortstypischer Kontext am Beispiel

An eben dieser Stelle setzt Christoph Mäckler mit seinem Deutschen Institut für Stadtbaukunst an: „Wenn man die städtebaulichen Strukturen Schwäbisch Gmünds analysiert, fällt auf, dass es ortstypische Prinzipien gibt. Es gibt keine rechtwinkligen Häuser; alle haben Anbauten, sind verzogen und gliedern sich in die Gemeinschaft ein. Sie ordnen sich unter und formen dadurch Plätze, Gassen, Straßen. Das ist es, was ausschlaggebend dafür ist, warum wir die Stadt als schön bezeichnen. Die Aufgabe des Städtebaus ist es, dies zu erhalten, zu ergänzen und zu stärken – baulich, sozial und ökonomisch. Daraus folgt, dass man keinesfalls in Einzelhäusern denken darf, sondern nur in Quartieren, die in ihrer Gemeinsamkeit Stadt bilden", so Mäckler. Jede Altstadt zeige, dass in der Vergangenheit immer ein formaler Konsens gefunden worden sei, der die Zeitläufte überdauere, weil er als schön gelte. Eine einmal entwickelte Typologie sei sehr beständig und vertrage die Anpassungen an eine sich verändernde Zeit. Deshalb müsse man ein Gebäude an sich nicht neu erfinden, sondern lediglich den Prinzipien der gebauten Stadt folgen. Die Fassade sei das wesentliche Element des Gebäudes, das auf die Stadt wirke. Die Architektur habe deshalb eine soziale Aufgabe, und es läge in der Verantwortung des Architekten, sich in den Stadt- und Straßenraum einzufügen. Vergleiche man die Fassadenabwicklungen des Marktplatzes von 1910 mit denen von 1963, so falle auf, dass sich kaum etwas geändert habe: „Und das ist auch gut so, weil Identität bewahrt wird. Deshalb muss das Bild 2012 dasselbe sein!", bezog Mäckler klar Stellung (vgl. Abb. 7).

Abb. 7: Strukturplan mit Lage des Bearbeitungsgebiets im Altstadtkern; Entwurf: *Laura Banze.*

Am Beispiel des *Dom-Römer-Areals* seiner Heimatstadt Frankfurt am Main untermauerte er diese Haltung weiter: „Frankfurt war vor dem Zweiten Weltkrieg die größte zusamenhängende Fachwerkstadt Deutschlands. Nach der großen Kriegszerstörung wurde am Dom-Römer-Areal das Technische Rathaus errichtet. Es wurde nach nur 30 Jahren und mit erheblichen Finanzmitteln von der Stadtpolitik wieder abgerissen, weil seine Maßstablosigkeit und schiere Größe als Fremdkörper die Stadt erdrückte. Politiker reisten nach Ulm und Dresden um sich Rekonstruktions-Strategien anzuschauen: In Ulm giebelständige Betonskelettbauten, die in den 1950er und 1960er Jahren die zerstörten altstädtischen Giebelhäuser am Münsterplatz ersetzten und in Dresden den die Altstadt teilrekonstruierenden Wiederaufbau im Fassadenbereich mit dahinter liegenden Funktionsflächen.

Beide Strategien befriedigten im Umgang mit dem historischen Ort nicht. Deshalb wird auf dem alten Grundriss der Stadt das Dom-Römer-Areal nun wieder mit kleinparzelligen Gebäuden von unterschiedlichen Architekten bebaut. Die Authentizität setzt sich auch in der Gebäudetypologie fort und beschränkt sich nicht nur auf die Fassade.“ (vgl. Abb. 8 u. 9).

„Es gibt klare Entwurfsvorgaben durch den Ort, an die sich die Entwerfer zu halten haben: Jedes Gebäude hat sich einzufügen. Bewahrt eine Stadt diese Regeln des Ortstypischen, innerhalb derer sich der einzelne Architekt eines Gebäudes verwirklichen kann, dann bleibt die Stadt Ensemble. Von den alten Städten können wir lernen“, so erklärte Mäckler die grundsätzliche Haltung der Architekturlehre seines Instituts. Die konzeptio-

Abb. 8: Ensemblewirkung der durchgearbeiteten exemplarischen Häuser der studentischen Entwürfe in freier Kombination (von links): *Ann-Kathrin Göke, Mathias Eicher, Achim Vogt, Laura Banze, Selma Brulic* und *Eugenia Gluschakowa*; Modell, Finnpappe, Maßstab 1:20; Bild: *Deutsches Institut für Stadtbaukunst*.

nellen Entwurfsprinzipien für Fassadengliederung, Umgang mit Material, Proportion und Fügung seien immer noch gültig. Mihm betonte die Wichtigkeit dieser Haltung mit dem Beispiel des auf viele fremd wirkenden Hauses „Josefle" am Gmünder Marktplatz. Die ortsuntypischen französischen Fenster in kontrastreichem Design durchbrächen – frei nach dem Architekturdogma „Brüche erzeugen Spannung" – die Prinzipien der anderen Gebäude (Wandscheibe mit Brüstungsbändern), weshalb es sich nicht richtig einfüge und fremd wirke. Mäckler fasste am Ende seines Impulsvortrags die Ansätze für den gerechten Umgang mit der Stadt zusammen:

- Parzellenscharf arbeiten.
- Vielfalt in der Einheit. Aus dem Ortstypischen feste Regeln entwickeln, wie beispielsweise Satteldach, Lochfassade und Materialien definieren.
- Gestaltungssatzung mit wenigen einzuhaltenden ortstypischen Regeln als Grundlage neu zu entwerfender Fassaden.
- Alle Gebäude müssen sich in die Stadt einfügen.
- Neues und Vielfalt kann sich in den Details zeigen.

Der Versuch, der Gesellschaft gerecht zu werden, müsse erklärtes Ziel sein. Gmünd sei ein Juwel und könne architektonisch und stadtplanerisch nur durch feste Regeln erhalten und positiv weiterentwickelt werden.

4.3. Gängige Architekturlehre

Als weiteren Themenschwerpunkt formulierte Mihm die von Mäckler bereits erwähnte Problematik der Architekturlehre seit den 1950er Jahren, die bei der Beantwortung der

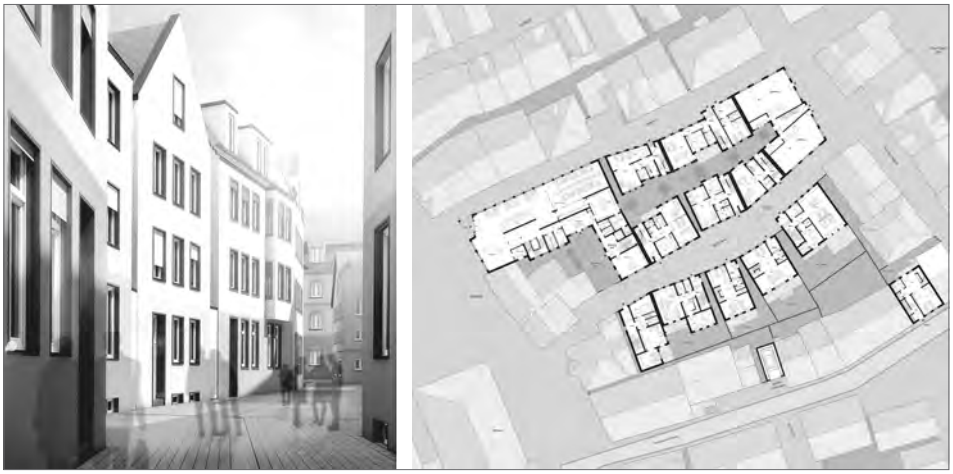

Abb. 9: Blick aus dem Gmünder Hof zum Rathaus und Grundriss Erdgeschoss des Vertiefungsbereichs; Entwurf: *Anais Buss*.

Fragen, die der Städebau heute stelle, wenig helfen könne. Hans Klumpp: „Die Architekturlehre in den 1968er Jahren erzog zur Egomanie. Das Streben nach Publizität spornt zum Besonderen, zum Abweichenden, zum Anderssein an. Das Individuum des Architekten will sich verwirklichen. Die Konsequenz sind austauschbare Unorte, die gegebenenfalls nach nur 30 Jahren schon wieder abgerissen werden". Letztendlich, so Klumpp, müsse sich jeder Architekt fragen, was das einzelne Gebäude für die Stadt bedeute. Und weil jedes Haus in der Stadt Öffentlichkeit sei, müsse jedes Gebäude als logische Konsequenz auch etwas an die Stadt zurückgeben. Klumpp veranschaulichte die Auseinandersetzung mit dem Ort: Das genaue Hinschauen, das Analysieren liefere zugleich Antworten, Chancen und Entwurfsideen. Dies stehe aber in direktem Gegensatz zur Vorstellung einer Architekturlehre, die Bindungen an den Ort eher als Hindernis darstelle. Dies falle inzwischen sogar bei der Akkreditierung von Studiengängen auf: „Warum vergesst Ihr beim Entwerfen die Stadt? Ist das ein Problem in Süddeutschland?", wären die Reaktionen. Klumpp führte seine Haltung auf seine Erfahrungen im Büro Gottfried Böhms zurück, die er mit Mäckler teile: „Da ging es um individuellste Gebäude, um Asymmetrie, um Umlenkung und Abwechslung. Aber: Ein Wohnhaus muss seinem Nachbarn gleichen." Nur die Bauaufgabe eines Sakralbaus oder öffentlichen Profanbaus legitimiere das architektonisch Besondere. „Wir müssen zurück zur Konvention. Nicht jedes Haus muss ein Kunstwerk sein." An dieser Stelle betonte Mäckler, dass man sich in einer Umbruchphase befände und in dieser Übergangszeit versuchen müsse architekturideologische Gräben zu überbrücken. Damit beschäftigten sich die Dortmunder Architekturtage und Städtebaukonferenzen. Beispielsweise mit dem aktuellen Thema „Die normale Stadt und ihre Häuser".

Abb. 10: Vertiefungsbereich. Links: Grundriss Erdgeschoss und Nordansicht zum Radgässle; Entwurf: *Mathias Eicher*. – Rechts: Perspektive in die Franziskanergasse / Ecke Radgässle und Südansicht zum Radgässle; Entwurf: *Eugenia Gluschakowa*.

4.4. Kommunalpolitische Praxis

Die Kommunalpolitik müsse den Architekten und Stadtplanern Regeln geben, um dem Gewohnheits- und Ordnungsbedürfnis der Menschen zu dienen, z.B. über Gestaltungssatzungen, ohne dass es als Bevormundung verstanden werde. Dabei formulierte Mäckler folgende kommunale Ziele:

- Im örtlichen Ensemble denken. Kleinstmögliche Veränderung zum Wohle der Gesellschaft als erster Schritt, nicht das maximal Mögliche. Den Zwischenraum als öffentlichen Stadtraum im Ensemble mitdenken.
- Angemessen in den Stadtkörper hineinplanen, auch bei Neubaugebieten. Einzelinteressen haben sich dem Gesellschaftsinteresse an einer schönen Stadt unterzuordnen.
- Nachhaltige Strategien weiterentwickeln anstelle werbewirksamer Einzelobjekte.
- Ausstrahlung durch die Regelmäßigkeit ganz klarer Prinzipien.
- Einheit in der Vielfalt (vgl. Abb. 10).

Die Durchsetzung der Vorgaben durch die Stadtverwaltung sei möglicherweise nach dem Vorbild der Corporate Identity in der Privatwirtschaft durchzuführen, bei der sämtliche Gestaltungen durch die Marke festgelegt würden. Prinzipiell habe die Stadtverwaltung diesbezüglich mehr Einfluss, wenn sie Grundstücke kaufe und besäße, statt zu verkaufen. Dabei spiele die Vorbildfunktion der Stadtverwaltung auch eine Rolle; sie könne durch wertige Architektur beispielsweise Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit als erstrebenswerte Ziele vermitteln. Investoren hätten nur eigene Interessen und in erster Linie den größtmöglichen Profit vor Augen, nicht die Schönheit der Stadt zum Wohle der All-

Abb. 11: Vorschlag Neubau Marktplatz 8, Perspektive; Entwurf: *Leschek Wieloch*, 4. Semester, Einführung in das städtebauliche Entwerfen.

gemeinheit. Problematisch sei es, dass viele Grundstücke von Investoren oder Immobiliengesellschaften bebaut werden müssten, weil sie für den Mittelstand schlicht zu groß seien. Kleinteiligkeit und Körper benötige eine Stadt anstelle von Nutzfläche – aus Investorensicht selbstverständlich unrentabel. Die Bebauung von großen Arealen durch viele private Bauherren müsse das Ziel sein, weil „die Summe kleiner Projekte die Stadt ist", so Mäckler. Oft würden nur große Areale angeboten werden, denke man aber an die Veräußerung als Parzellen, dann spräche man plötzlich auch private Bauherren an. Weil die Investition in ein Haus in der Stadt dauerhafter sei als in ein freistehendes Einfamilienhaus auf dem Land oder eine Bankanlage, sei dies besonders nachhaltig. Um dieses kulturelle Umdenken zu leisten, brauche es eine konsequente Stadtpolitik.

Am Ende betonte Mäckler nochmals, man müsse das Vorgefundene stärken und weiterentwickeln. Um Wachstum zu ermöglichen, müsse das Angebot an Flächen mit Regeln verbunden werden, die zwar bestimmte Zwänge mit sich brächten, aber dem gesellschaftlichen Interesse an der Schönheit der Stadt dienen würden. Der Schlüssel zum Städtischen sei die Einheit in der Vielfalt.

5. AUSWIRKUNGEN AUF DIE LAUFENDE STADTENTWICKLUNG

Es gibt offensichtlich ein Bedürfnis in der Gesellschaft, Häuser zu bauen, die sich nicht betont modern von ihrem städtischen Hintergrund abstoßen oder, dezidiert historisch orientiert, Stadtbild therapieren wollen, sondern Häuser, die das Geheimnis ihrer Entstehung erst auf den zweiten Blick verraten, da sie wie selbstverständlich in die Stadt einge-

fügt sind. Die Ausstellung scheint bereits ein grundlegendes Umdenken in Schwäbisch Gmünd bei Bürgerschaft und Politik zu bewirken, da ein laufendes Investorenauswahlverfahren für ein konkretes Projektareal („Wohnen am Königsturm") im Entwurfsgebiet hinsichtlich der Gestaltungsziele kurz vor der Baugenehmigung grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Gerade der gestalterische Schematismus aufgrund der durchgreifenden Struktur des Investorenentwurfs steht in der Kritik. Mehr gestalterische Individualität der einzelnen Häuser und Eingehen auf die örtliche Situation werden gefordert. Wenn in diesem Sinne heute Ansätze für mehr *Kontinuität in der städtebaulich-architektonischen Gestaltung* des Städtischen ihre gesellschaftliche Berechtigung haben, dann zeigen die Arbeiten der Studenten für Schwäbisch Gmünd die richtige Perspektive und machen Hoffnung auf ein zukünftig breiter gefächertes baukulturelles Verständnis.

Marc Funk

KOMMUNALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND IM UMBRUCH

ENTWICKLUNGEN UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE URBANE ZUKUNFT

1. EINLEITUNG

Das 21. Jahrhundert wird vielfach als das Zeitalter der Städte bezeichnet. Mittlerweile lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Räumen.[1] Als Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens haben Städte eine hohe Anziehungskraft für die Menschen. Auch in Deutschland zieht es immer mehr Menschen in die Stadt. Schlagzeilen wie „Rettet unsere Städte jetzt", mit der der Deutsche Städtetag 1971 zu seiner Jahrestagung einlud, gehören der Vergangenheit an. Das vielbesungene Lied von der Krise der Stadt ist ein altes Lied. Auch wenn die Entscheidungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen in der Bundesrepublik immer geringer werden und die aktuelle und objektive Lage der meisten Städte kaum Anlass zur Entwarnung bietet, so macht sich ein neuer, vorsichtiger Optimismus breit. Im Zuge der sozioökonomischen Restrukturierungsprozesse kommt es verstärkt zu einer Transformation der wirtschaftlichen Basis der Städte. Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft verheißt eine Renaissance der Städte. Die Zukunft scheint urban.

Anhaltender Strukturwandel und weiter fortschreitende Globalisierung bedeuten aber auch zunehmende Standortkonkurrenz. Mit Hilfe gezielter Infrastrukturmaßnahmen und strategischer Entwicklungskonzepte versuchen Kommunen im Kampf um Ansiedlungen, Investitionen und Arbeitsplätze erfolgreich bestehen zu können. Kommunale Wirtschaftsförderung hat daher Hochkonjunktur. Obwohl nicht zu den Pflichtaufgaben gehörend, hat sie sich vielerorts zu einem wichtigen und unverzichtbaren Baustein der Stadtentwicklungspolitik entwickelt.[2]

Das Aufgabengebiet der kommunalen Wirtschaftsförderung hat sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Neben traditionellen Aufgaben wie der Bereitstellung von Gewerbeflächen, der Bestandsentwicklung oder dem Standortmarketing bereichern neue Aufgaben wie Clustermanagement, Arbeitsmarktpolitik, strategische Gewerbe-

1 Vgl. *W. Gaebe*, Urbane Räume, Stuttgart 2004, S. 17.

2 *M. Funk/S. Leuninger*, Die Lotsen gehen von Bord! Integriertes Standortmanagement als Herausforderung und Chance der kommunalen Wirtschaftsförderung, in: STANDORT – Zeitschrift für Angewandte Geographie 34 (2010), S. 123.

flächenentwicklung oder die Konversion von alten Industriestandorten den Leistungskatalog der Wirtschaftsförderer zwischen Füssen und Flensburg. Im Zeitalter knapper finanzieller und personeller Ressourcen kommt es verstärkt darauf an, Prioritäten zu setzen, Kompetenzfelder des Standortes herauszuarbeiten und in Netzwerken zu agieren. Insbesondere durch ein aktives Netzwerkmanagement bieten sich neue Chancen auf der lokalen Ebene. Räumliche Nähe und die sogenannte „Embeddeness" – die Einbindung von Akteuren in soziale Beziehungen – haben entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Regionen. Die regionale Welt verspricht gerade im Zeitalter der Globalisierung Wettbewerbsvorteile. Dies zeigt sich in der verstärkten Herausbildung raumgebundener Komplexe, die als kreative Milieus oder Cluster bezeichnet werden.[3] Kommunale Wirtschaftsförderung ist heutzutage weitaus mehr als Liegenschaftspolitik oder Lobbyarbeit. Es ist das Management vielfältiger Schnittstellen in Politik und Wirtschaft sowie praktische Unternehmensberatung. Erfolgreiche Wirtschaftsförderung bedarf zudem einer sauberen Analyse und einer klaren strategischen Ausrichtung. Im Wege einer modernen und integrierten Standortentwicklung ist es zudem die zwingende Aufgabe der Wirtschaftsförderungseinrichtungen, aktiv auf ihre Kunden zuzugehen und für diese marktfähige Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Dies gilt insbesondere bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen oder in der Entwicklung gewerblicher Immobilienprojekte.

Die kommunale Wirtschaftsförderung muss Motor der Stadtentwicklung sein und den gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel aktiv gestalten, so dass Städte weiterhin Orte der Innovation, Kreativität und Freiheit bleiben. Hierfür sind die geeigneten Instrumente auszuwählen, um weiterhin Wertschöpfung und Wohlstand zu ermöglichen und die Städte erfolgreich in das postmoderne Zeitalter zu führen.

2. TRANSFORMATIONSPROZESSE IN DEN STÄDTISCHEN ÖKONOMIEN FÜHREN ZUR NEUAUSRICHTUNG DER KOMMUNALEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Die Festlegung der Aufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung wird von einer Reihe unterschiedlicher Faktoren bestimmt. Neben den Standortfaktoren sind politische Entscheidungsträger, Zielgruppen der Wirtschaftsförderung, konjunkturelle Entwicklungen oder Zukunftstrends verantwortlich.[4] Städte sind darüber hinaus stets Spiegelbilder einer bestimmten Epoche. Die für die verschiedenen Epochen jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Leitbilder sind ebenso wie die entsprechenden

3 *M. Funk*, Unternehmen im Fokus lokaler Standortpolitik – Findet die kommunale Wirtschaftsförderung zeitgemäße Antworten auf die Bedürfnisse ihrer Kunden?, Sternenfels 2009, S. 31.

4 *S. Leuninger/H. Held*, Kommunale Wirtschaftsförderung im Umbruch – Kundenmanagement in Bestandsentwicklung und im Standortmarketing praxisorientiert umsetzen, in: STANDORT – Zeitschrift für Angewandte Geographie 27 (2003), S. 162.

wirtschaftlichen und technologischen Erkenntnisse für die Anordnungsmuster städtischer Funktionen, die Herausbildung von Stadtvierteln oder die ökonomischen Muster verantwortlich.[5]

Jede Zeit verleiht einer Stadt ein Gesicht. Gesellschaftliche und politische Leitbilder verändern sich aber im Laufe der Zeit. Technologische Entwicklungen im Verkehrswesen, der Wirtschaft oder im Städtebau ermöglichen eine Neuordnung von Funktionen und eine Veränderung bestehender Strukturen. Mit diesen Veränderungsprozessen ist immer ein Wandel des Aufbaus und des Erscheinungsbildes der Städte verbunden. Dies ist im beginnenden 21. Jahrhundert und am Übergang von der modernen zur postmodernen Gesellschaft deutlich spürbar. Die Stadt des 21. Jahrhunderts wird ein neues Gesicht haben. Standortprägende und strukturbildende Elemente der Moderne werden nach und nach verschwinden. Angesichts dieser nachhaltigen strukturellen Wandlungsprozesse muss die kommunale Wirtschaftsförderung ihre Produkte und Dienstleistungen immer wieder an veränderte Anforderungen ihrer Zielgruppen (vor allem Unternehmen und Politik) anpassen und auf die Komplexitätserhöhung und Forcierung wirtschaftlicher Prozesse und Abläufe reagieren.[6] Die Vielzahl von Einflussfaktoren führt zu einer (fast laufenden) Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung.

Mit der Globalisierung ist eine Zunahme der internationalen Verflechtungen verbunden. Mehr und mehr werden auch lokale Akteure Teil eines dynamischen und weltumfassenden Systems kleinerer und größerer Märkte. Für die Kommunen ergeben sich hieraus sowohl Chancen als auch Risiken. Zu den Profiteuren dieser Entwicklungen zählen Standorte, an denen Unternehmen ansässig sind, deren Produkte markt- und absatzfähig sind, die über eine leistungsfähige Infrastruktur und qualifiziertes Personal verfügen. Von besonderer Bedeutung für die städtischen Ökonomien der Postmoderne sind dabei die wissensintensiven Wirtschaftszweige. Hierzu zählen vor allem jene Tätigkeiten, die sich auf intellektuelle Arbeit, Kreativität, soziale Interaktion und ein Arbeiten in Netzwerkstrukturen stützen und die entscheidend zur wirtschaftlichen Prosperität der Städte beitragen. Nicht ohne Grund hat der in Harvard lehrende Stadtökonom Edward Glaeser diese Entwicklung mit dem Satz „high-skill cities prosper – low-skill ones stagnate or decline" beschrieben.[7] Auf der Verliererseite stehen demgegenüber häufig alte Industriestandorte, Kommunen mit hohen Arbeitslosenquoten und einer negativen Bevölkerungsentwicklung. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Kassen und zunehmender Standortkonkurrenz lautet die Zauberformel vor allem „Stärken stärken" und Alleinstellungsmerkmale herausarbeiten.

5 Vgl. *B. Hofmeister*, Die Stadtstruktur: Ihre Ausprägung in den verschiedenen Kulturräumen der Erde, Darmstadt 1996, S. 2.

6 Vgl.: *H.-U. Jung*, Neue Herausforderungen der kommunalen Wirtschaftsförderung, in: *A. Brandt u.a.* (Hrsg.), Public Private Partnership in der Wirtschaftsförderung. Herausforderung, Chancen und Grenzen, Stuttgart 2007, S. 24.

7 Vgl. *M. Funk* (s. A 3), S. 62.

Auch die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels, der gerade auf der lokalen Ebene sichtbar wird, haben zu neuen Herausforderungen geführt. Mit dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist vielfach eine Aufwertung der Städte verbunden. Ehemalige Industriegebäude und Kasernenareale wurden im Zuge umfangreicher Konversionsmaßnahmen umgestaltet und aufgewertet und ziehen neue urbane Eliten an. Ein flexibles Flächenmanagement, ein hoher Aufwand beim Projektmanagement und die konsequente Berücksichtigung der Anforderungen des Marktes und der Kundenseite sind dabei entscheidende Erfolgsfaktoren. Mit dem Strukturwandel ist auch eine Neubewertung der Infrastruktur verbunden. Das Vorhandensein eines modernen Breitbandnetzes ist heutzutage ebenso ein Wettbewerbsvorteil wie intelligente Mobilitätskonzepte oder ausdifferenzierte Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote.

Mit der Ablösung des Systems der Massenproduktion durch eine flexible Netzwerkökonomie und neue Produktionsmodelle ist eine tiefgreifende Veränderung der Arbeitsmärkte verbunden. Das neue makroökonomische Entwicklungsmuster beinhaltet eine Aufspaltung der Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse.[8] Unbefristete, arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte Arbeitsverhältnisse gehören zunehmend der Vergangenheit an. Es kommt regelrecht zu einer Erosion der für das Zeitalter des „Fordismus" typischen „Normalarbeitsverhältnisse".

Darüber hinaus wird es zu einer stärkeren Verzahnung von beruflichem, sozialem und persönlichem Leben kommen. Die postmoderne Stadt kommt einem Flickenteppich gleich. Klare funktionelle und soziale Differenzierungsmuster weichen einem System eng verzahnter und kleinräumiger Strukturen.[9] Folgerichtig wird es neue Lebens- und Arbeitsformen geben, die ihre Verankerung im räumlichen Gefüge der Stadt wiederfinden werden. In Ergänzung zu den klassischen Produktions- und Dienstleistungsstandorten werden am Markt verstärkt Angebote abgefragt, die moderne Lebensformen im Hinblick auf eine Verknüpfung von Wohnen, Arbeiten, Bildung und Kultur ermöglichen. Somit ist auch das in der Vergangenheit gängige Wohnideal vom Häuschen im Grünen nicht mehr konkurrenzlos. Dieser kapitalintensive Lebensstil steht aufgrund fragmentierter und unsicherer Arbeitsmärkte sowie steigender Mobilitäts- und Energiekosten mehr und mehr zur Disposition. Aber auch die Erkenntnis, dass Leben in der Stadt häufig facettenreicher und attraktiver als im Umland ist, führt zu einer Rückkehr von Bevölkerungsgruppen in die Städte. Durch die räumliche Integration von Leben, Arbeiten und Freizeit gewinnen die Städte und insbesondere deren Zentren insgesamt wieder deutlich an Attraktivität.

Neue Lebensformen erfordern zudem neue Lösungen. Hierzu zählt u.a. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das aktuelle System ist noch nicht auf die Bedürfnisse einer

8 *S. Krätke*, Stadt, Raum, Ökonomie – Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie, Basel 1995, S. 17.

9 *H. Fassmann*, Stadtgeographie I, Braunschweig 2004, S. 110.

modernen Gesellschaft ausgerichtet. Es fehlen Kinderkrippen, Kindergärten und qualifiziertes Betreuungspersonal. Die Folge: Gerade Akademikerinnen bleiben sehr oft kinderlos, da hier die Vereinbarkeit von Beruf und Familie häufig am schwierigsten ist. Über vierzig Prozent der Frauen mit akademischem Abschluss in der BRD bleiben kinderlos. Der Gesellschaft droht somit eine regelrechte intellektuelle und wirtschaftliche Auszehrung, wenn das Bildungsbürgertum weiterhin der beruflichen Karriere den Vorrang vor der Familienplanung gibt.

Mit den Fragen einer künftigen räumlichen Ordnung der Städte, der kommunalen Infrastruktur und Wirtschaft, Fragen des Arbeitsmarktes, der Bevölkerungsentwicklung und der Bildung ist ein großer Themenkomplex der künftigen Stadtentwicklungspolitik verbunden. Die Bevölkerungsentwicklung und der demographische Wandel weisen besondere Interdependenzen auf und sind im städtischen Gefüge sichtbar. Deutschland befindet sich auf dem Weg in die Altenrepublik. Viele Städte werden sich in Zukunft zu „grauen" Städten entwickeln. Die Zahl der über 80-jährigen wird von 2,9 Mio. zu Beginn des Jahrtausends (2002) über 5,1 Mio. (2022) auf knapp 8,0 Mio. im Jahr 2050 ansteigen.[10] Der Altersquotient, d.h. der Anteil der mindestens 65-jährigen auf 100 Personen wird sich von derzeit knapp 30% auf gut 55% (2050) erhöhen.[11] Kommunen und Regionen befinden sich daher im permanenten Wettbewerb um Einwohner und Beschäftigte. Fragen der Kinderbetreuung, neue Wohnformen etwa in Form von sogenannten Generationenhäusern oder der Zuzug jüngerer, gut ausgebildeter Menschen sind hierbei nur einige der künftigen Herausforderungen der Städte und Gemeinden.

Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung und einer in weiter Ferne und außerhalb der derzeitigen gesellschaftlichen Leitlinien liegenden Erhöhung der Fertilität besteht nur eine Möglichkeit zum Bevölkerungswachstum: Schon in der Einleitung des Berichtes „Zuwanderung gestalten – Integration fördern" einer vom Bundesinnenministerium ins Leben gerufenen Kommission, wird klar geäußert, dass Deutschland Zuwanderer benötigt und dieses Politikfeld zu den wichtigsten politischen Aufgabengebieten der nächsten Jahre gehören wird.[12] Mit der Zuwanderung sind positive Effekte aber auch besondere Herausforderungen verbunden. Unter demographischen Gesichtspunkten ist Zuwanderung positiv. Die Bevölkerung wächst. Außerdem dient sie im günstigsten Fall als Instrument der Arbeitsmarktsteuerung und zur Lösung wirtschaftlicher Probleme oder des Fachkräftemangels. Die Herausforderung liegt vor allem in der Integration der Zugewanderten. Diese muss geleistet und gemeistert werden, sonst droht vielen Städten Segregation statt Integration und die Entstehung von „Parallelgesellschaften".

10 *H. W. Opaschowski*, Besser Leben, schöner Wohnen?, Darmstadt 2005, S. 55.

11 *A. Börsch-Supan*, Gesamtwirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels, in: Geographische Rundschau 59, H. 2 (2007), S. 49.

12 *Unabhängige Kommission Zuwanderung des Bundesministeriums des Inneren* (Hrsg.), Zuwanderung gestalten – Integration fördern, Berlin 2001, S. 11.

Auch der Verkehr hat einen entscheidenden Einflussfaktor auf die Stadtentwicklung. Viele Städte leiden unter einem hohen Verkehrsaufkommen und strukturellen Defiziten, die sich oftmals durch das lange vorherrschende Leitbild der autogerechten Stadt ergeben haben. Strategien und Maßnahmen zur Verringerung des Verkehrsaufkommens und zu einer Veränderung des „modal split" greifen vielfach noch nicht. Ohne Zweifel wird sich das Mobilitätsverhalten der Bürger zukünftig weiter verändern. Steigende Kraftstoffkosten, sinkende Pendlerpauschalen, attraktive ÖPNV-Angebote und veränderte Arbeitsformen werden sich auf die Struktur der Städte auswirken und ebenfalls zum neuen Gesicht der Städte des 21. Jahrhunderts beitragen.

Schließlich wird auch ein verändertes Partizipationsbedürfnis der Bürger Veränderungen für die Städte mit sich bringen. Stuttgart 21 hat dies gezeigt.[13] Politische Prozesse werden sich grundlegend wandeln, da der Bürger als aktiver Mitgestalter der Stadtentwicklung und als Koproduzent von Leistungen auftritt. Dies bedeutet aber nicht, dass städtische Leistungen durch bürgerschaftliches Engagement vollständig ersetzt werden. Vielmehr stellen sie eine Ergänzung des staatlichen Angebots dar und sind Ausdruck eines veränderten Rollenverständnisses von Staat und Gesellschaft. „Governance" anstelle von „Government" lautet somit das zukünftige Leitbild einer modernen und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik.

Die beschriebenen Prozesse unter denen sich Stadtentwicklung vollzieht erfordern neue Konzeptionen und Strategien. Die kommunale Wirtschaftsförderung hat sich zu einem zentralen Gestaltungsbereich moderner Stadtentwicklungspolitik entwickelt und ist aufgefordert, intelligente Lösungen und Konzepte zu erarbeiten, so dass die Leistungsfähigkeit des Standortes Stadt gewahrt bleibt. Die Erarbeitung eines ganzheitlichen Standortentwicklungskonzeptes und das Festhalten an langfristigen Entwicklungszielen bilden dabei die notwendige Klammer für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftsförderungspolitik.

3. AUFGABEN EINER MODERNEN KOMMUNALEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Die häufig in der Literatur vorgenommene Einteilung der Handlungsfelder der kommunalen Wirtschaftsförderung in die Bereiche Firmenansiedlung und Bestandsentwicklung ist angesichts der bereits beschriebenen Komplexität des Aufgabengebietes nicht mehr ausreichend. Stand früher das Fördern von Unternehmen im Vordergrund, so geht es heute verstärkt um die strategische Weiterentwicklung von Standorten anhand definierter Kompetenzfelder. Die stärkere Projektorientierung der kommunalen Wirtschaftsför-

13 Vgl. u.a. *F. Brettschneider*, Die Schlichtung zu „Stuttgart 21". Ein Prototyp für Bürgerbeteiligung bei Großprojekten sowie *A. Göschel*, Ort und Raum: Die kulturelle Dimension im Konflikt um „Stuttgart 21", in Forum Stadt 38 (3/2011), S. 203-218 bzw. 181-192.

derungseinrichtungen wird durch verschiedene Umfrageergebnisse belegt.[14] Viele Städte und Gemeinden betreiben mittlerweile eine vorausschauende und strategische Wirtschaftsförderungspolitik, die eine reaktive Einzelfallbearbeitung, z.B. die Unterstützung von Unternehmen bei Betriebserweiterungen oder Umsiedlungen weiter einschließt. Eine aktive Bestandsentwicklungspolitik gehört somit nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben und hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt, wenngleich Handlungsfelder wie Clusterförderung oder die Technologie- und Innovationspolitik mittlerweile stärker akzentuiert werden. Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend ausgewählte Handlungsfelder einer modernen kommunalen Wirtschaftsförderung beschrieben.

3.1. Unternehmensansiedlungen

Vergleichbar den Unternehmensgründungen gilt es auch bei der räumlichen Bewegung von Unternehmen die Voraussetzung von Unternehmensansiedlungen zu beachten. Empirisch abgesichert ist, dass sich die Vielzahl an Firmenbewegungen in einem Radius von 30-50 km vollzieht. Der Hauptgrund hierfür ist die immer wichtiger werdende Bindung von qualifizierten und erfahrenen Mitarbeitern an das Unternehmen.

Anders ist dies bei strategischen Unternehmensentscheidungen, die sich gezielt auf konkrete standortbezogene Nutzenfaktoren für die Unternehmen gründen. Diese so genannten „Fernwanderungen" lassen sich auch mit den entsprechenden Standortargumenten und Nutzenfaktoren erfolgreich bearbeiten, sofern die (geplanten) Unternehmensbewegungen in der Wirtschaftsförderung bekannt werden. Insgesamt gesehen ist das Ansiedlungspotential rückläufig, die Zahl der Marktteilnehmer dagegen nicht. Allein in Deutschland kämpfen ca. 2.000 Städte, Regionen, Bundesländer und andere Institutionen um Unternehmen. Diese konkurrieren um jährlich ca. 100-200 echte arbeitsplatzrelevante Neuansiedlungen in Gewerbe- und Industriegebieten.[15]

Die Kriterien für das Ansiedlungsgeschäft haben sich geändert. Der Markt der Ansiedlungspotenziale muss laufend und systematisch auf der regionalen Ebene und der Zielgruppenebene beobachtet werden. Darüber hinaus muss eine deutliche Positionierung des Standortes erfolgen. Um überhaupt im Ansiedlungsgeschäft erfolgreich agieren zu können, ist eine detaillierte Kenntnis über den eigenen Standort, über Unternehmen, Branchen und den Markt erforderlich.

Die Hoffnung auf die einzelne große Ansiedlung besteht in den deutschen Rathäusern weiter. Dennoch gehen viele Kommunen angesichts begrenzter Ressourcen und der ge-

14 Regelmäßige Umfragen werden u.a. vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) (2001, 2008, 2012) oder dem Unternehmen Experconsult durchgeführt. Die beschriebenen Entwicklungen sind insbesondere zu finden in: *Deutsches Institut für Urbanistik* (Hrsg.), Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, Berlin 2008 und in: *Experconsult* (Hrsg.), Wo steht die Wirtschaftsförderung in Deutschland, Dortmund 2004.

15 *B. Dallmann / M. Richter*, Handbuch der Wirtschaftsförderung – Praxisleitfaden zur kommunalen und regionalen Standortentwicklung, Freiburg 2012, S. 260.

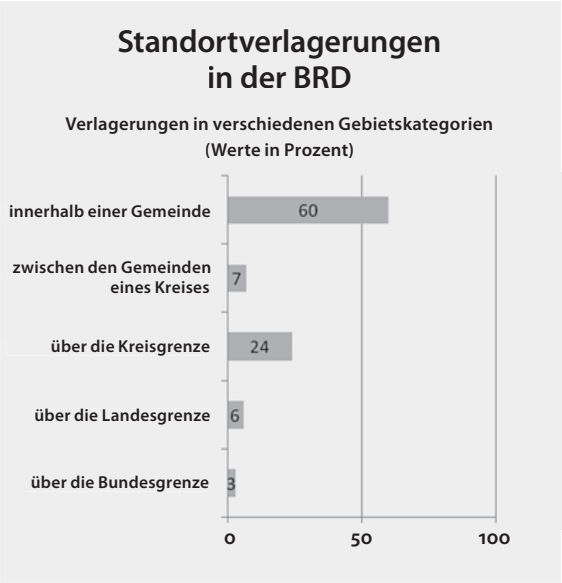

Abb. 1: Standortverlagerungen in der BRD; Quelle: *M. Funk*, Unternehmen im Fokus lokaler Standortpolitik – Findet die kommunale Wirtschaftsförderung zeitgemäße Antworten auf die Bedürfnisse ihrer Kunden?, Sternenfels 2009, S. 98.

ringen Erfolgsaussichten dazu über, nicht mehr alle Branchen im Rahmen der Ansiedlungsbemühungen anzusprechen. Viele Kommunen konzentrieren sich auf bestimmte Zielgruppen.

Ferner haben die rückläufigen Standortverlagerungen zu der Erkenntnis geführt, dass die eigentlichen Entwicklungspotentiale in der Aktivierung des endogenen Potentials liegen. Folgerichtig gehört die Bestandsentwicklung seit Mitte der 1970er Jahre zu den wichtigsten Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderungspolitik.

3.2. Bestandsentwicklung

Der praktische Alltag der Wirtschaftsförderer richtet sich an den Anforderungen und Bedürfnissen der ansässigen Firmen aus. Ob Fördermittelberatung, die Organisation von Veranstaltungen, die Vermittlung von Kooperationspartnern oder die Weiterentwicklung von Wertschöpfungsketten: Das Spektrum der Aufgaben ist breit und vielfältig und die Erwartungen nach kompetenter, effizienter Unterstützung seitens der Unternehmen sind hoch. Folglich ist der Wirtschaftsförderer in erster Linie Unternehmensberater.

Kommunale Wirtschaftsförderung hat unterschiedliche Ansätze, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen zu verbessern, deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen sowie Investitionshemmnisse abzubauen. Die Organisation von Messen, Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte oder die Vermittlung von Nutzern für leer stehende Ladengeschäfte sind nur einige wenige Beispiele für die Erbringung unternehmensbezogener Dienstleistungen. Die Bestandsentwicklung stellt die eigentliche

Ressource der heutigen kommunalen Wirtschaftsförderung dar, für dessen Bearbeitung ein großes Maß an Sozialkompetenz benötigt wird.[16]

Die Ergebnisse der Bestandsentwicklung sind in der Regel für Außenstehende kaum sichtbar. Dennoch steht dieses Aufgabengebiet in der Prioritätenskala der Wirtschaftsförderer ganz oben und ist sozusagen „das täglich Brot" der kommunalen Akteure. Durch Maßnahmen der Bestandsicherung wird versucht, expansionswillige und -fähige Unternehmen am Standort zu halten, um letztlich Abwanderungen zu vermeiden. Demgegenüber stehen Maßnahmen der Bestandserweiterung die darauf abzielen, ansässige Unternehmen bei ihren Expansionsvorhaben zu unterstützen, um so die Standortbedingungen zu verbessern und den Standort zu stärken.

3.3. Clusterpolitik

Clusterpolitik ist Teil der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Kommune und Unternehmen. Auch wenn die Entwicklung und Förderung von Branchenschwerpunkten zunächst nichts Neues darstellt, so hat sich der Clusteransatz in der wirtschaftsgeographischen Literatur sowie in der Praxis zum Zauberwort und beliebten Instrument der Wirtschaftsförderung entwickelt. Basierend auf den amerikanischen Ökonomen Michael Eugene Porter wird ein Cluster als geographische Konzentration miteinander verbundener Unternehmen, Zulieferer, Dienstleister, Organisationen und weiterer Einrichtungen verstanden, die anhand einer Wertschöpfungskette verbunden kooperieren, aber auch im Wettbewerb zueinander stehen.[17]

Ausgangspunkt für die Förderung von Kernkompetenzen oder die Etablierung von Clustern ist die Erkenntnis, dass in einer globalen Welt jene Standorte über bessere Entwicklungschancen verfügen, die besondere Exzellenzen aufweisen und sich somit von ihren Konkurrenzstandorten abheben. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Clusteransatzes in der Wirtschaftsförderung sind verschiedene Faktoren wie eine klare strategische Ausrichtung, die Einbeziehung sämtlicher wirtschaftsrelevanter Akteure, eine Ausrichtung an den vorhandenen Wirtschaftsstrukturen oder die Entwicklung des Clusters im Kontext der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Die Förderung von Kompetenzen kann z.B. durch die Erweiterung von Gründerzentren um Ansätze von Kompetenz- und Innovationszentren erfolgen. Dabei handelt es sich um netzwerkartige Strukturen zwischen Unternehmen, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen (z.B. Fraunhofer-Projektgruppen/-Institute). Diese umfassen üblicherweise bestimmte Produktbereiche oder Branchen (z.B. Logistik, Verpackungstechnik)

16 *R. Reschl / W. Rogg*, Kommunale Wirtschaftsförderung – Standortdialog und Standortentwicklung in Kommunen und Regionen, Sternenfels 2003, S. 27.

17 *M. Kiese*, Policy-Transfer und institutionelle Lernprozesse in der Clusterpolitik, in: *J. Schmid / G. Heinze / C. Beck* (Hrsg.), Strategische Wirtschaftsförderung und die Gestaltung von High-Tech Clustern – Beiträge zu den Chancen und Restriktionen von Clusterpolitik, Baden-Baden 2009, S. 41.

und beziehen sich dabei auf nahezu alle Unternehmensfunktionen (Forschung und Entwicklung, Produktion, Absatz, Marketing, Personal etc.).

Mit den Kompetenz- und Innovationszentren sollen gezielt Kooperationen gefördert und eine optimale Ausnutzung des Wissens der einzelnen Akteure erreicht werden. Die Entwicklung von Clustern ist in der Praxis längst nicht mehr nur auf große Städte und Regionen beschränkt. Clusterinitiativen sind zwischenzeitlich in den unterschiedlichsten Städten im gesamten Bundesgebiet zu finden. Als Beispiel ist die von der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart getragene Initiative der „Regionalen Kompetenz- und Innovationszentren" zu nennen, die zur Etablierung von 15 Zentren in der Metropolregion Stuttgart geführt hat.

3.4. Standortmarketing

Beim Standortmarketing wird der gesamte Wirtschaftsraum „Stadt" zum Vermarktungsgegenstadt erhoben. Bei dieser Form des kommunalen Marketings werden die Marketingaktivitäten vorrangig auf die Anforderungen und Erwartungen vorhandener und potentieller Investoren aber auch sonstiger Zielgruppen kommunaler Wirtschaftsförderung ausgerichtet.[18] Im Gegensatz zum klassischen Konsumgütermarketing nimmt das Standortmarketing eine Doppelrolle ein. Der Standort kann sowohl gleichzeitig Unternehmen als auch Produkt sein. Aufgrund dieser Sondersituation ist das Standortmarketing weitaus differenzierter und vielschichtiger als das Marketing erwerbswirtschaftlicher Unternehmen. Als Impulsgeber von Standortmarketinginitiativen tritt meist die Kommune auf. In Form von Public Private Partnership-Modellen unterstützen aber auch private Akteure – überwiegend am Standort ansässige Unternehmen – die Standortmarketingaktivitäten von Kommunen.

Analog zum Marketing erwerbswirtschaftlicher Unternehmen und anderer Formen des kommunalen Marketings steht auch beim Standortmarketing eine gezielte, systematische und planmäßige Ausrichtung der Aktivitäten im Vordergrund. Wichtigster und zentraler Erfolgsfaktor bei der Umsetzung von Maßnahmen ist der richtige Einsatz der Marketinginstrumente (Preis, Produkt, Vertrieb und Kommunikation). Im Rahmen der Kommunikation gewinnen dabei moderne Online-Angebote an Bedeutung. Neben klassischen Internetauftritten gehören webbasierte Gewerbeimmobilienbörsen, Applikationen für mobile Endgeräte und Social Media Angebote mittlerweile zum Standardrepertoire der Wirtschaftsförderungen. Zu den erfolgreichsten Standortmarketingkampagnen in jüngerer Zeit gehören die „Green-City-Kampagne" der Stadt Freiburg, das Standortmarketing des Landes Baden-Württemberg („Wir können alles außer Hochdeutsch") oder die Konzeption„Region der Weltmarktführer", entwickelt für die Region Heilbronn-Franken.

18 *R. Strittmatter*, Regionenmarketing in der Europäischen Union – Determinanten einer strategischen Marketingkonzeption für die „Vier Motoren für Europa" (Baden-Württemberg, Katalonien, Lombardei, Rhone-Alpes), Freiburg 2002, S. 24.

Abb. 2:
Messestand des Packaging Excellence Center Waiblingen (PEC) 2010; Messeauftritte gehören zu den wichtigsten Aufgaben im Bereich des Clustermanagements; Foto: *M. Funk*.

3.5. Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung

Kaum ein anderes Tätigkeitsfeld der Wirtschaftsförderung ist in so starkem Maße von den Änderungen der Wirtschaftsstruktur und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen betroffen, wie das der Arbeitsmarktpolitik und der Beschäftigungsförderung. Neben den Maßnahmen der klassischen Wirtschaftsförderung, die auf die Gewinnung neuer und Sicherung bestehender Arbeitsplätze ausgerichtet ist, zielt eine proaktive Beschäftigungspolitik zumeist auf die Gewinnung von Fachkräften ab. Hier werden u.a. Maßnahmen zur Anwerbung von Fachkräften aus anderen Regionen, teils sogar aus dem Ausland durchgeführt. Kommunale Wirtschaftsförderungen kümmern sich aber meist um die Mobilisierung des heimischen Arbeitsmarktpotentials zum Beispiel durch Jobbörsen, Ausbildungsmessen, Qualifizierungsmaßnahmen oder etwa durch die Kooperation mit Bildungseinrichtungen, z.B im Wege von Bildungspartnerschaften.

3.6. Technologietransfer

Die Innovations- und Technologieförderung gehört seit langem zum Aufgabengebiet der kommunalen Wirtschaftsförderung. Hiermit wird der Versuch unternommen, technisches und wissenschaftliches Know-how zur Anwendung zu bringen. Ein häufig genutztes Instrument sind dabei Technologie- und Gründerzentren (TGZ). Mit der gezielten Förderung von Unternehmensgründungen (z.B. aus Hochschulen) wird angestrebt, die ökonomische Basis von Standorten sukzessive zu erweitern und hierdurch einen positiven Beitrag zur Arbeitsplatzentwicklung zu erreichen. Die Umsetzung eines zielgruppenorientierten Technologie- und Gründerzentrums hat sich in der Praxis als nachhaltiges Instrument gezeigt. Mit diesem Ansatz lassen sich die notwendigen Rahmenbedingungen, vor allem im Hinblick auf die Förderung und Stärkung von Netzwerken, die Entwicklung von kreativen Milieus sowie die Förderung von Wertschöpfungsketten erreichen.

4. NEUE WEGE UND LÖSUNGSANSÄTZE FÜR DIE GESTALTUNG VON GEWERBESTANDORTEN

Ein Großteil der Standorte in Deutschland wird trotz Strukturwandels nach wie vor durch das produzierende Gewerbe geprägt. Die Industrie wird auch in den nächsten Jahren nicht verschwinden, sie wird sich aber verändern. Veränderungsprozesse sind u.a. durch Verlagerungs- und Schrumpfungsprozesse und die Aufgabe alter Produktionsstandorte bereits seit geraumer Zeit erkennbar.

Hieraus ergeben sich Konsequenzen für das gesamte Gefüge eines Standortes. Auf der einen Seite steigt nach wie vor der Flächenbedarf bestimmter Branchen wie die der Logistik oder des Handels. Auf der anderen Seite gewinnen in einer vernetzten und arbeitsteiligen Wirtschaft kleinteilige Strukturen an Bedeutung. Die klaren funktionellen und sozialen Differenzierungsmuster der Moderne weichen mehr und mehr einem System aus einem eng verzahnten und kleinräumigen Gefüge. Dabei befinden sich Wohn- und Arbeitsgebiete für unterschiedliche Bevölkerungs- und Lebensstilgruppen in enger Nachbarschaft zueinander.

Das Ausweisen von Gewerbeflächen ohne Ermittlung der konkreten Nachfrage ist nicht mehr zeitgemäß und führt in eine Sackgasse. Daher gilt in Zukunft: Qualität statt Quantität sowie Kundenorientierung statt bloßer politischer Wille. Bei der künftigen Gestaltung von Gewerbegebieten sind frühzeitig Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, den Verkehrssystemen, Arbeitsmärkten, Bildungssystemen, der Ökologie oder der Telekommunikation aufzugreifen und zu berücksichtigen. Das Gewerbegebiet der Zukunft ist nachhaltig, vernetzt und ein Ort, in dem Wohnen, Freizeit, Arbeit und Bildung auf engstem Raum stattfinden werden. Nur durch die Entwicklung nachhaltiger und ökonomisch sinnvoller Strukturen können zukünftig Arbeitsplätze gehalten bzw. neue geschaffen und Unternehmen dauerhaft an einen Standort gebunden werden. Nachhaltigkeit umfasst die wirtschaftliche, ökologische und soziale Ebene. Für die Planung und Realisierung von nachhaltigen Gewerbegebieten gibt es keinen Leitfaden bzw. Empfehlungen, keine Kriterien und wenig Erfahrungen. Demzufolge soll modellhaft dargestellt werden, welche Instrumente bei der künftigen Erschließung, Revitalisierung und Konversion von Standorten anzuwenden sind.

Die Durchmischung von Nutzungen und baulichen Strukturen (Arbeiten, Wohnen, Freizeit und Infrastruktur) wird in direkten Zusammenhang mit einer qualitativen Stadt gebracht. Denn Ziel ist es, neben der Belebung eines Quartiers auch Synergieeffekte für Beschäftigte und Bewohner zu erzeugen. Diese können sowohl sozialer als auch ökonomischer Natur sein. Eine durchmischte Stadt ist eine Stadt der kurzen Wege und erzeugt somit auch einen ökologischen Mehrwert.

Es bedarf jedoch einer kontrollierten, intelligenten und keiner willkürlichen Mischstruktur, um in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht Nutzen und Mehrwerte zu erhalten. Als Beispiel eines kontrollierten Nutzungsgemenges kann etwa eine

Freizeiteinrichtung (z.B. Reitanlage) zwischen ein Gewerbegebiet und ein Wohngebiet platziert werden. Somit befinden sich einerseits Mensch und Tier – Kultur und Natur in dichter Umgebung, andererseits wird durch den Lebensraum der Pferde ein Grünzug als Pufferzone und Schutz zwischen Gewerbe und Wohnen aufgebaut. Ferner kann eine Kindertagesstätte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vereinfachen oder ein Nahversorger bzw. mobile Märkte die Lebensmittelversorgung sicherstellen.

Weiterhin sind künftig intelligente Energiesysteme zu erarbeiten, die darauf abzielen, nachteilige Umweltauswirkungen zu minimieren. Es ist ein integratives Ökologiekonzept anzustreben, das technische, ökologische und gesellschaftliche Parameter mit einbezieht. Ziel ist dabei die klimaneutrale Stadt. In Teilen Asiens ist dies bereits gelebte Realität. So entsteht derzeit auf der koreanischen Halbinsel eine Stadt für eine halbe Million Menschen auf dem Reißbrett, mit einem durchdachten und kohlendioxidfreien Mobilitäts- und Energiekonzept.[19]

Diese Nachhaltigkeit ist auch im Kontext eines intelligenten Städtebaus zu verstehen. Dabei sind im Zusammenhang mit bestehenden topographischen Gegebenheiten energieeffiziente Gebäudekonzepte zu entwickeln. Es ist auf die Gebäudeausrichtung, die Dachformen und die Gebäudeformation im Hinblick optimaler Energieeffizienz zu achten. Grünräume und Wasserflächen sind in ein energetisches Städtebaukonzept mit einzubeziehen. Zwischen den einzelnen Gebäuden sollte möglichst ein Geben und Nehmen von Energie stattfinden, z.B. in Form des intelligenten Einsatzes von Abwärme der Produktionsbetriebe. Heizsysteme, die auf nachwachsende Rohstoffe basieren, sind konsequent zu bevorzugen.

Im Rahmen intelligenter Gebäude werden Bauten gesucht, die mehr bieten als dicke Wärmedämmungen, große Südfassaden und mechanische Lüftungen. Es sind Gebäude zu entwickeln, bei denen Themen wie Herstellungsenergie, natürliche Gebäudebelichtung und -belüftung berücksichtigt werden. Dabei ist auf energetisch intelligente Fassaden und die Wahl der Baumaterialen zu achten. Hier spielt der Stofffluss – Ressourcenschonung, Demontierbarkeit und Recycelbarkeit – eine entscheidende Rolle. Zudem sind nutzungsneutrale Gebäude zu generieren, die durch minimale Adaption verschiedene Nutzungen zulassen.

Im Hinblick intelligenter Mobilitätssysteme bieten alte Industrieanlagen wie z.B. das ehemalige Betriebsgelände der Ziegelwerke Hess in Waiblingen oder die ehemalige Großherzog-Friedrich-Kaserne in Kehl ideale Ausgangspositionen. Durch den direkten Anschluss an die öffentlichen Verkehrssysteme befindet sich einerseits bereits ein ökologisches Verkehrssystem vor der „Haustüre", und andererseits bietet der öffentliche Verkehrsanschluss die Chance für neue intelligente Mobilitätskonzepte. In Zusammenarbeit mit der Autoindustrie, Energieversorgern und Forschungsinstituten kann nach intelli-

19 *D. Salomon*, Ein Plädoyer für nachhaltige Stadtpolitik, in: *Heinrich-Böll-Stiftung* (Hrsg.), Urban Futures 2050 – Szenarien und Lösungen für das Jahrhundert der Städte, Berlin 2011, S. 64.

genten Mobilitätssystemen gesucht werden, die für die jeweiligen Standorte und deren Nutzer bestmöglich geeignet sind.

Um eine intelligente, nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten, bedarf es überdies eines kontinuierlichen Wachstums an Wissen. Denn zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit besteht ein direkter Zusammenhang. Strukturen, denen zugestanden wird, sich zu entwickeln, haben die Chance, sich an aktuelle Gegebenheiten und Anforderungen anzupassen. Diese Flexibilität, unter Beibehaltung einer bestimmten Leitidee, muss sichergestellt werden.

Als stadtplanerisches Instrument bietet sich daher die Umsetzung eines Strukturrasters, eines „Urban Grid" an, das über das jeweilige Areal oder die Gesamtstadt zu legen ist und das sich an der bestehenden Umgebung orientiert. Mit Hilfe dieses Rasters soll eine Diversität an unterschiedlich großen Gebäuden, an Dichte und Weite und an unterschiedlichen Nutzungen entstehen (Gewerbe, Wohnen, Freiflächen etc.).

Im Kontext eines kontinuierlichen Wachstums- und Entwicklungsprozesses sind neben dem Entstehen von Neubauten historische Gebäude zu sanieren. Attraktive Gewerbestandorte sind Orte, die Tradition und Moderne, Alt und Neu verbinden und das jeweilige kulturelle Erbe berücksichtigen. Um dem Konzept der kontinuierlichen Entwicklung auf dem Areal gerecht zu werden, können bestehende alte Strukturen auch für Zwischennutzungskonzepte vorgehalten werden. Von besonderer Bedeutung im Hinblick einer wachsenden Stadt sind wiederum flexible und anpassungsfähige Gebäudestrukturen, die sich sowohl für zeitlich begrenzte als auch für langfristige Nutzungen eignen.

Weiterhin bedarf es eines Zusammenspiels unterschiedlicher, fachübergreifender Akteure und Untersuchungsfelder, um zu einem innovativen Gesamtkonzept zu gelangen. Im Besonderen müssen hier die Akteure aus Bauherrenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Forschung, Stadt-, Objekt- und Energieplanung interagieren. Zudem verlangt die Zukunft nach einer neuen, unkonventionellen Herangehensweise seitens aller am Modellvorhaben Beteiligten. Im Kontext der beschriebenen Herangehensweise ist im Idealfall von Experten ein städtebaulicher Leitideenplan für das jeweilige Gebiet in Kombination mit einem energetischen und wirtschaftlichen Masterplan auszuarbeiten.

Der kommunalen Wirtschaftsförderung kommt dabei eine wichtige Moderatorenfunktion zu. Sie ist es, die den Austausch sämtlicher Akteure zu koordinieren und wichtige Impulse für das Entstehen attraktiver Standorte zu setzen hat.

5. BEISPIELE EINES ERFOLGREICHEN WIRTSCHAFTLICHEN STADTUMBAUS

Noch kann nicht abschließend gesagt werden, ob sich unsere Wirtschaftsstandorte auf die Vorreiterrolle eines Green New Deals mit grünen, kompakten Strukturen und smarten Technologien begeben.[20] Es gibt derzeit aber viele Ideen für eine neue, andersartige

20 *S. Drewes*, Kollektive Intelligenz für das Jahrhundert der Städte, in: Heinrich-Böll-Stiftung (s. A 19), S. 10.

Abb. 3:
Denkmalgeschütztes Gebäude im künftigen Gewerbestandort in der Universitätsstadt Freiburg i.Br., das integraler Bestandteil des neuen Stadtviertels ist und exemplarisch für eine erfolgreiche Konversion bzw. ein behutsames Nebeneinander von Tradition und Moderne steht;
Foto: *M. Funk*, August 2012.

Entwicklung von Gewerbestandorten. In mehreren Städten entstehen aktuell Vorhaben mit Modellcharakter, die eine nachhaltige gewerbliche Entwicklung anstreben. Der Weg hierhin ist – bzw. scheint – vorgezeichnet, wie anhand der nachfolgenden beiden Beispiele abzulesen ist.

Als Ökohauptstadt und „Green City" genießt Freiburg einen weltweiten Ruf. Nicht zuletzt die in den 1990er bzw. zu Beginn dieses Jahrhunderts entwickelten Stadtteile „Rieselfeld" und „Vauban" besitzen Vorbildcharakter für eine ökologische Stadtentwicklungspolitik. Mit der Konversion des ehemaligen Güterbahnhofs nördlich der Innenstadt setzt Freiburg auch in der Gewerbeflächenpolitik auf eine grüne Zukunft. Auf einer Fläche von ca. 38ha entsteht ein Areal für Dienstleistungsbetriebe, insbesondere für Nutzer aus den Bereichen der Lebenswissenschaften sowie der Medien- und Kommunikationswissenschaften.[21] Weiterhin ist der künftige „Gare du Nord" auch Woh-, Bildungs-, Freizeit- und Kommunikationsort. Gastronomie, kleinteiliger Einzelhandel, besondere Wohnformen, Hotel- und Freizeiteinrichtungen sorgen für eine Durchmischung und die im Sinne einer postmodernen Stadtentwicklung gewünschte Verflechtung der Lebens- und Arbeitswelten. Eine behutsame Integration denkmalgeschützter Bauten in ein modernes urbanes Umfeld ist Garant für neue Perspektiven. Im Wege einer Public Private Partnership wird das Gelände seit 2010 von der Stadt Freiburg und einem privaten Unternehmen entwickelt. Ein Entwicklungs- und Gestaltungsbeirat, der sich aus Mitgliedern der Verwaltung, des Gemeinderats, der Bürgerschaft und dem beteiligten Unternehmen zusammensetzt, ist beratend bei der Gesamtentwicklung des Areals tätig.

In Kehl am Rhein weist der Unternehmerpark am Yachthafen ebenfalls wesentliche Teile einer nachhaltigen Gewerbeflächenentwicklung auf. Im Zuge der Neugestaltung

21 Vgl. www.gare-du-nord.de [04.09.2012].

umfangreicher Bereiche der Kernstadt zur Landesgartenschau 2004 entstanden, vereinigt der Unternehmerpark am Yachthafen das 4,5ha große Areal der unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Großherzog-Friedrich-Kaserne, den 3ha großen ehemaligen Zollhof sowie den Bahnhofvorplatz. Auch hier findet eine Integration verschiedenster Nutzungen auf engstem Raum statt. Neben 200 Büroarbeitsplätzen entstanden durch den Bau eines Boardinghauses, den Verkauf des Bahnhofes an einen privaten Unternehmer sowie durch zusätzliche Neubauten Arbeitsplätze in Dienstleistungsunternehmen sowie öffentlichen und europäischen Einrichtungen.[22] Dank dieser Gunstfaktoren, einer guten Infrastruktur (Glasfaseranschluss, Anschluss an den deutsch-französischen ÖPNV) und der Lage inmitten der grenzübergreifenden Stadtentwicklungsachse Kehl-Strasbourg, wird der Unternehmerpark am Yachthafen auch künftig weiter wachsen und neue Unternehmen und Einwohner anziehen.

6. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Eine aktive und zielgerichtete kommunale Wirtschaftsförderung ist ein Schlüsselfaktor für Wohlstand und Wachstum und für eine erfolgreiche und nachhaltige Standortentwicklung. Der alte Spruch „Global denken – lokal Handeln" (aktiv und kompetent) hat nichts an Aktualität eingebüßt. Bei zunehmend begrenzten Ressourcen wird es immer wichtiger, Prioritäten zu setzen. Es sind vor allem jene Maßnahmen umzusetzen, die einen wirklichen Nutzen für die lokale Wirtschaft und für eine nachhaltige Stadtentwicklung stiften. Hinzu ist es angesichts der tiefgreifenden Veränderungsprozesse erforderlich, neue Wege zu gehen. Dies kann heißen, dass bestehende Aufgaben zugunsten neuer Handlungsfelder in den Hintergrund rücken. Dies kann aber auch bedeuten, Bestehendes (z.B. Bebauungspläne) in Frage zu stellen und die Weichen neu zu stellen.

Ferner ist ein verändertes Rollenverständnis erforderlich. Nur wenn Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, Schnittstellen und Abstimmungs- sowie Entscheidungsprozesse klar geregelt sind, lassen sich nachhaltige Erfolge erreichen. Kommunale Wirtschaftsförderung bedarf klarer Kompetenzen. Sie übernimmt zudem mehr und mehr die Rolle des Initiators, Moderators und Kümmerers in diskursiven und kooperativen Prozessen, die in der täglichen Arbeit auf der Tagesordnung stehen. Transparenz, Kommunikationsfähigkeit und Teamfähigkeit sind dabei wichtige Elemente, die gepflegt und weiterentwickelt werden müssen. Viele Aufgaben werden dabei auch nicht mehr ausschließlich von der Wirtschaftsförderung alleine gelöst werden. Eine stärkere Zusammenarbeit, verwaltungsintern wie auch mit Unternehmen und anderen Kommunen ist erforderlich.

22 *M. Funk*, Die Landesgartenschau Kehl – Strasbourg 2004. Impulsgeber für Städtebau, Wirtschaft und Tourismus und Motor der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, in: Regio Basiliensis (H. 2) 2005; S. 136.

János Brenner

STÄDTEBAU UND ARCHITEKTUR EINER KONSERVATIVEN KULTURREVOLUTION

Ungarns Kultusminister Klebelsberg und der Domplatz in Szeged – Idee, Bau und Rezeption

Szeged ist eine ca. 170.000 Einwohner zählende Universitätsstadt an der Theiß im Süden Ungarns. Im Jahr 1879 Opfer eines verheerenden Hochwassers der Theiß geworden, betrieb man einen systematischen Wiederaufbau in einem konzentrischen System von Ring- und Radialstraßen, übrigens mit beachtlichen Solidaritätsspenden ausländischer Großstädte, nach denen man zum Zeichen des Dankes einzelne Abschnitte der äußeren Ringstraße benannte. Die Bebauung ist überwiegend dreigeschossig und zeigt insbesondere an der zur Theiß gewandten Stadtfront nobel-zurückhaltende Formen der Neorenaissance, gegen die Wende zum 20. Jahrhundert zunehmend mit Einsprengseln eines verspielt-folkloristischen Jugendstils – gut zu sehen etwa am auch städtebaulich markanten Rathausturm.

Der Wiederaufbau, geleitet von einer eigens hierfür eingesetzten Regierungskommission, allein ihre Tätigkeit würde eine eigene städtebaugeschichtliche Untersuchung verdienen,[1] geriet mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ins Stocken. Unvollendet blieb die Votivkirche, deren Errichtung 1880 beschlossen wurde und inmitten einer großen ungestalteten Fläche stand. Die große Politik tat ihr eigenes dazu: War Szeged bis dahin tief im Landesinneren gelegen, geriet die Stadt nach dem Friedensschluss von Trianon 1922 endgültig an die äußerste Südgrenze Ungarns. Szeged wurde vorübergehend zu einem Zentrum der ungarischen Politik. Bereits 1919 sammelte sich unter der Ägide der französischen Besatzungsmacht in Szeged unter Führung von Admiral Miklós Horthy die „Nationale Armee", die nach dem Zusammenbruch der damals kurzlebigen kommunistischen Terrorherrschaft die Macht in Budapest übernommen hat, wobei nicht übersehen werden darf, dass rechtsextreme Freischärler im Umfeld der Armee mit nicht weniger brutalen Methoden vorgingen. Von hier aus ging der im zeitgenössischen Kontext nachvollziehbare, aber mit aggressiven Parolen vorgetragene sogenannte „Gedanke von Szeged" als eine auf dem Nationalismus und dem Wunsch nach Revision des Vertrags von Trianon beruhende neue Staatsideologie aus.

Nach seiner Wahl zum „Reichsverweser" im Jahr 1920 bemühte sich Horthy nicht nur um Seriosität durch ein Einschreiten gegen die kriminellen Umtriebe seiner früheren, wenn auch ungeliebten Verbündeten, sondern auch um eine umfassende Stabilisierung und Konsolidierung des in seinen Grundfesten erschütterten Landes. Eines der Mittel hierzu war eine offensive Bildungs- und Hochschulpolitik, getragen von der – in der Außenpolitik leider nicht konsequent durchgehaltenen – Einsicht, dass die Zeit

1 *Pál Granasztói*, Szép magyar városok egy építész szemével (Schöne ungarische Städte mit den Augen eines Architekten), Budapest 1978, S. 185.

Abb. 1: Luftaufnahme Szeged; Foto: *S. Vadász.*

machtpolitischer Ansprüche vorbei und nur die Konkurrenzfähigkeit auf der Grundlage optimaler Nutzung der intellektuellen Ressourcen Garant des Wiederaufstiegs sei. Der geistige Vater der konservativen Reform, der vor 80 Jahren verstorbene Kultusminister Kuno Graf Klebelsberg (1875-1932), drückte dies in einer Rede am 5. Oktober 1931 kurz vor seinem Abschied aus dem Amt vor den Professoren der Universität Szeged mit den Worten aus: „Woher kommt das alles, was ich getan habe? Aus einer politischen Grundüberzeugung, daraus, dass wir die Besserung unserer gegenwärtigen Lage, eine günstigere Wendung unseres Schicksals nur erwarten können, wenn unser spezifisches Gewicht im Bereich der Bildung steigt und wenn das von den führenden Nationen der Welt anerkannt wird."[2] Die kulturelle Außenvertretung Ungarns und zugleich die Chance für künftige Führungskräfte zur postgradualen Fortbildung bot ein ganzes Netz von Kulturinstituten unter der Bezeichnung „Collegium Hungaricum", die von ihm gegründet wurden (Wien und Berlin 1924; Rom, Paris und Zürich 1927). Er pflegte gute Beziehungen zur Rockefeller Foundation, gründete eine Stiftung zur Unterstützung der naturwissenschaftlichen Forschung und fädelte umsichtig das Sponsoring der Wissenschaft durch die Wirtschaftselite ein. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit während seiner Amtszeit als Kultusminister 1922-1931 bildete jedoch die Hochschulpolitik. Er stand vor der Aufgabe, mehrere aus den abgetrennten Landesteilen geflohene Institutionen kurzfristig unterzubringen und Lehre und Forschung unter schwierigsten materiellen Bedingungen erneut in Gang zu setzen. Nur um drei Beispiele zu nennen: die Bergakademie Schemnitz / Selmecbánya / Banská Stiavnica[3] – neben Freiberg die älteste ihrer Art in Europa – nahm in Ödenburg / Sopron ih-

2 *Péter Hencz*, Gróf dr. Klebelsberg Kuno (1875-1932), in: Orvosi Hetilap (Medizinisches Wochenblatt), Jg. 140 (1999), S. 1365-1369; Übersetzung aller Zitate aus dem Ungarischen durch den Verf.

3 Ortsnamen in der Reihenfolge Deutsch/Ungarisch/ggf. Slowakisch bzw. Rumänisch.

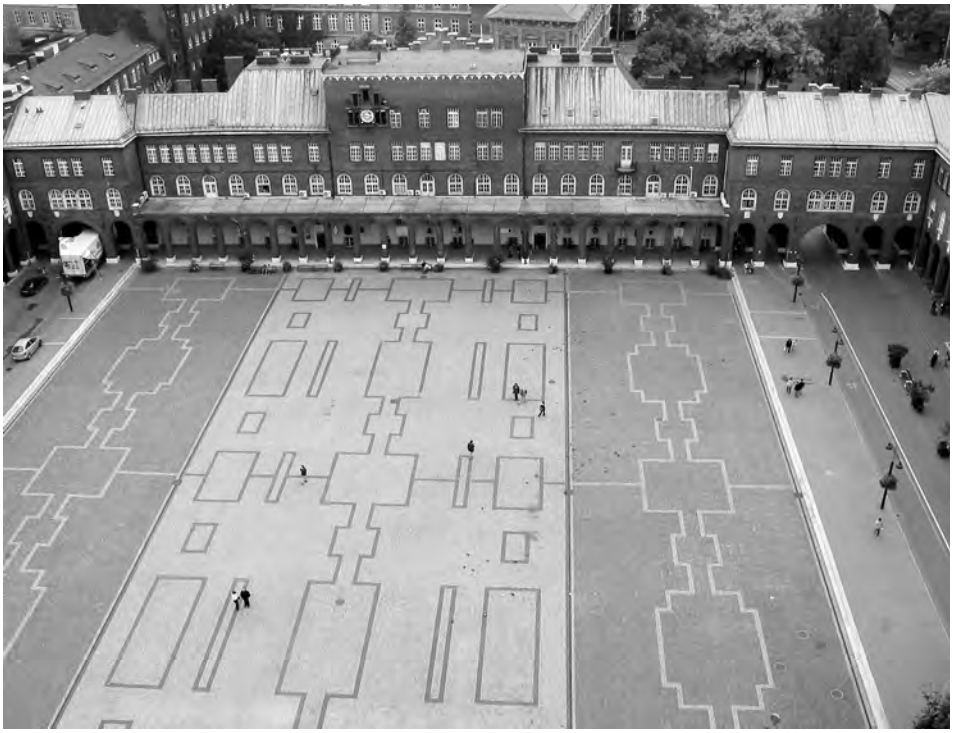

Abb. 2: Szeged, Domplatz, aufgenommen aus dem Turm der Votivkirche; Foto: *Zsolt Váradi*, Geschenk Ferencné Riener, Wikipedia Commons.

ren Sitz, die Universität Pressburg/Pozsony/Bratislava wurde nach Fünfkirchen/Pécs verlegt und die Universität Klausenburg/Kolozsvár/Cluj kam schließlich nach Szeged. Klebelsberg sah in Fünfkirchen das „ungarische Heidelberg" und in Szeged das „ungarische Göttingen" entstehen. Mit der Ansiedlung der Hochschulen hat er bewusst Stadtentwicklungs- und Standortpolitik betrieben, von der die Hochschulstandorte heute noch profitieren.

Im Jahr 1926 wurde der Grundstein für den Neubau der Universitätskliniken Szeged gelegt. Ein nicht unwesentlicher Teil von Klebelsbergs hochschulpolitischem Konzept war die Einbeziehung der Universitätskliniken in die öffentliche Gesundheitsversorgung durch die Schaffung von kostenfrei allgemein zugänglichen Ambulanzen, die er als die „demokratischsten Institutionen der Welt"[4] bezeichnete und die er bei allen Universitätsneubauten an den Anfang der investiven Maßnahmen stellte.

Als nächstes Projekt nahm Klebelsberg in Zusammenarbeit mit der Stadt die Bebauung des Platzes um die Votivkirche, den Domplatz, in Angriff. In dieser bevorzugten innerstädtischen Lage wurden Einrichtungen ohne den für Kliniken kennzeichnenden hohen Flächenbedarf untergebracht, insbesondere die theoretischen Institute der medizinischen Fakultät, die pharmazeutische Fakultät und naturwissenschaftliche Laboratorien. Zudem trat ein weiterer, bedeutender Bauherr hinzu, sowohl in institutioneller wie auch in personeller Hinsicht: die Diözese Csanád, die

4 *P. Hencz* (s. A 2).

ihren Sitz nach dem Krieg von Temeschwar/Temesvár/Timisoara nach Szeged verlegt hatte und deren Diözesanbischof Dr. Gyula Glattfelder ein profilierter konservativer Intellektueller und Kirchenfürst im durchaus traditionellen Wortsinne war.[5] Teil der Bebauung des Domplatzes wurden das bischöfliche Ordinariat und die Theologische Hochschule.

Den von Klebelsberg initiierten Wettbewerb gewann der Architekt Béla Rerrich (1881-1932),[6] dem auch die Realisierung der Bebauung übertragen wurde. Der in Form eines cour d'honneur der Votivkirche – nunmehr Domkirche – vorgelagerte Platz weist in seinem Erdgeschoss eine umlaufende Arkadenreihe auf, die dem Platz trotz aller teils verspielten expressionistischen Details einen besonders einheitlichen gestalterischen Duktus verleiht. Das Ensemble hat beachtliche Dimensionen: Die Arkadenreihe ist insgesamt über 300m lang und besteht aus 101 Bögen, und der annähernd quadratische Platz hat eine Fläche von rund 12.000m². Die Arkadenreihe dient zugleich als „nationales Pantheon" für die Büsten ungarischer Wissenschaftler und Künstler. Die Mitte des Platzes ist leicht abgesenkt, so dass sich vor der Domkirche die Einrichtung einer temporären Freilichtbühne geradezu anbot. Seither wird der Domplatz mit Unterbrechungen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den 1950er Jahren für Festspiele genutzt.

Als Baumaterial für die Fassade wurde ein hart gebrannter Klinker verwendet. Backsteinarchitektur hat in Ungarn bis auf einige, gelegentlich aber bedeutende Ausnahmen – wie auch das Beispiel Szeged zeigt – im Vergleich zu Norddeutschland und anderen nördlichen und nordwestlichen Teilen Europas nur wenig Tradition. Dennoch waren Rerrichs Vorbilder erklärtermaßen Nordeuropäer, unter denen er Fritz Höger und Gunnar Asplund ausdrücklich hervorhebt. In Debrecen, einer anderen größeren Stadt im Osten des Landes und Bischofssitz der evangelischen Kirche Helvetischen Bekenntnisses in Ungarn, entwarf zur selben Zeit der Stadtbaurat József Borsos mehrere Backsteinbauten, bei denen er sich ausdrücklich auf norddeutsche Vorbilder, auch aus Hamburg, berief.[7] Gerade wegen dieses Bezuges ist es ungewöhnlich, dass hier die katholische Diözese an der Errichtung eines durchaus protestantische Assoziationen weckenden Ensembles beteiligt war.

Die Rezeptionsgeschichte des Ensembles in der ungarischen Öffentlichkeit ist eher geteilt. Zoltán Farkas, ein zeitgenössischer Kunstkritiker schreibt, nachdem er dem Dom unter anderem eine „gedrückte und kleinlich zergliederte Fassade" vorwirft:

„Der Universitätsbau [...] ist schon eine viel begabtere Arbeit. Zwar gilt für ihn auch, was wir vorhin über das Archaisieren gesagt hatten, er ist aber viel gelungener als die Kirche, die unangenehm aus der den Platz rahmenden geschmackvollen Reihe von Gebäuden heraussticht. Der Universitätsbau mit seinem vorsichtigen Temperament häuft und drängt nichts zusammen und ist in seinem Zusammenhang viel ausgeglichener. Er ist nirgendwo vulgär aufdringlich, er archaisiert mit ruhiger Eleganz. Er ist mit kühlem Temperament angeordnet, Kraft zeigt er zwar nicht viel, er stellt eher die ruhige Vornehmheit eines zurückhaltend kalkulierenden Architekten dar. Er kopiert nicht sklavisch die alten Formen, vielmehr kombiniert er geschmackvoll. [...] Allerdings geht das in sich zwar oft ideenreiche, aber den Gesamteindruck eher störende und aus größerer Ferne verschwindende Spiel mit der wechselnden Gestaltung der Säulen der Arkaden zulasten der Ruhe."8

Nachdem er den Plastiken des „ungarischen Pantheon" mangelnde bildhauerische Qualität bescheinigt, schließt er mit folgenden Sätzen:

5 Vgl. http://www.gfhf.hu/magunkrol/a_foiskola_tortenete [05.02.2012].

6 *Béla Rerrich u.a.*, A szegedi Templomtér 1932-2002 (Der Kirchplatz von Szeged 1932-2002), Facsimile der Originalausgabe von 1932 mit ergänzenden Aufsätzen, Budapest 2002.

7 *Zoltán Rácz*, Borsos József és Debrecen korai modern építészete (József Borsos und die frühmoderne Architektur von Debrecen), Debrecen 1990.

8 *Zoltán Farkas*, A szegedi építkezések (Die Bauvorhaben in Szeged), in: Nyugat, Jg. 22 (1930).

Abb. 3: Szeged, Domplatz; Foto: *Zsolt Váradi*, Wikipedia Commons.

„Nachdem sich der Schwall der Begeisterung und des gegenseitigen Lobes gerade erst gelegt haben, sind diese Feststellungen vermutlich sehr schmerzhaft. Wir mussten sie aber treffen, denn wir befinden uns mit unserer Kunstpolitik, die sich auch nach außen, auf den Wettbewerb der Kulturen der Nationen richtet, immer stärker auf Abwegen, wie einst jemand in Weimar weise geschrieben hat, keine Nation den Sieg erringen könne, die unfähig sei, über sich selbst zu richten."

Die Zeitschrift „Nyugat" (Der Westen), in der die Kritik erschien, war das Sprachrohr der liberalen Intellektuellen Ungarns, die der konservativen „Kulturrevolution" mit erheblichem Misstrauen begegneten. Insofern ist die Kritik nicht weiter verwunderlich. Auffällig ist eher der leicht säuerliche Ton und das Fehlen jeglichen Hinweises auf den internationalen Kontext, der das Gesamtvorhaben möglicherweise in einem ganz anderen Licht hätte erscheinen lassen. Die Einstellung gegenüber Rerrichs Werk dürfte sich in den Folgejahren allerdings deutlich gewandelt haben, als die offiziöse Architekturauffassung zunehmend auf eine neobarocke Repräsentationsarchitektur einschwenkte, während parallel dazu zahlreiche private Bauherren noch bis in den Zweiten Weltkrieg hinein sich an der Formensprache des Bauhauses orientierten.

Nach der kommunistischen Machtübernahme waren derart exponierte bauliche Hinterlassenschaften der Ära Horthy wie der Domplatz in Szeged verständlicherweise alles andere als maßstabsbildend in der Rezeption der Leistungen vorangegangener Epochen. Eine sachliche Würdigung erfährt das Ensemble allerdings bereits 1961 vom Architekturhistoriker Jenö Rados, der den Domplatz als den „künstlerischen Ausdruck einer mit historischen und leicht romantischen Geschmacksnoten gemischten zeit- und materialgerechten Architektur" bezeichnet. Rerrich habe, „Hamburger und englische Erfahrungen aufgreifend, [...] versucht, die Klinkerarchitektur bei uns heimisch werden zu lassen. Obwohl diese Materialverwendung mangels brauchbaren Werksteins in unserer Tiefebene gerechtfertigt war, hat das allzu düstere Erscheinungsbild auch einen gewissen Widerstand ausgelöst."[9] Der renommierte

9 *Jenö Rados*, Magyar építészettörténet (Ungarische Architekturgeschichte), Budapest 1961, S. 325.

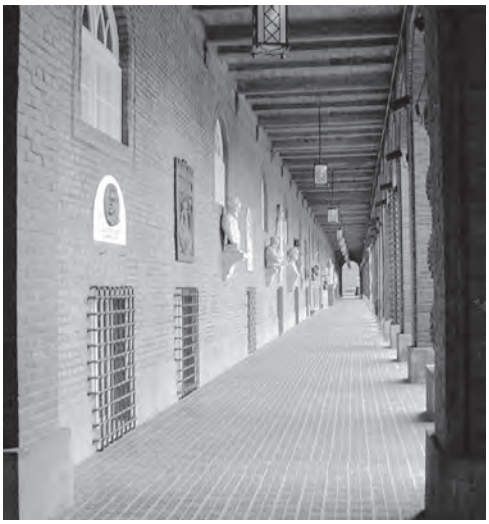

Abb. 4: Szeged Domplatz Arkaden; Foto: *Lajos Kiss*.

Abb. 5: Szeged, Domplatz, Kubatur der Votivkirche vom Platz aus gesehen; Skizze: *J. Brenner*.

Städtebauer Pál Granasztói schreibt 1978 über den Domplatz: „Mit seiner von den traditionellen ungarischen Plätzen abweichenden Konfiguration, seinen trotz des historisierenden Charakters schönen Proportionen, seiner maßvollen Formgebung ist er eine der Schöpfungen von bleibendem Wert in dieser an einem Mangel an städtebaulichen Leistungen leidenden Epoche."[10] Schließlich bezeichnet der Architekturhistoriker und Publizist Mihály Kubinszky den Domplatz im Jahre 2000 im Rahmen eines Rückblicks auf 100 Jahre ungarischer Architektur als „eines der bedeutendsten stadtbildgestalterischen Leistungen der Epoche. Die Arkaden der Platzwände mit ihren Wandflächen und Pfeilern aus Klinker galten als Innovation. Die zweifelsohne gefällige Lösung ist der Tiefebene zwar fremd, die innovative Absicht muss dennoch gewürdigt werden."[11]

Interessanterweise zieht sich durch alle Stellungnahmen teils der Vorwurf des Historismus, teils der vermeintlichen Landschaftsfremdheit der Gestaltung des Ensembles, und es hat geradezu den Anschein, als werde die Leistung Rerrichs eher widerwillig gewürdigt. Zurückzuführen sein dürfte dies auf die durch das Bauhaus, Le Corbusier und CIAM geprägte und im öffentlichen Bewusstsein bis heute vorherrschende Spielart der Moderne als Maßstab der Beurteilung aller zeitgenössischen Leistungen der Architektur und des Städtebaus. Der Domplatz in Szeged könnte aber auch der Ausgangspunkt für eine stärkere Würdigung der „anderen Moderne" sein. Ausgangspunkt für eine moderne ungarische Kultur- und auch Baukulturpolitik könnte im derzeitigen Klima geistiger Enge einer sich selbst als bürgerlich bezeichnenden und mit zweifelhafter geistiger Legitimation auch auf das Erbe Klebelsbergs sich berufenden Regierung jedoch die noble Offenheit und Weitsicht des vor 80 Jahren verstorbenen intellektuell-aristokratischen Politikers sein.

10 *P. Granasztói* (s. A 2), S. 188.
11 *Mihály Kubinszky*, Visszatekintés a XX. század magyar építészetére I. (Rückblick auf die ungarische Architektur des 20. Jahrhunderts Teil I), in: Magyar Szemle, Jg. 9 (2000), Nr. 11-12.

Der Autor dankt Herrn Architekt Dipl.-Ing. Lajos Kiss, Szeged, für die freundliche Überlassung von Bildmaterial.

AUTORINNEN/AUTOREN

Sandra Böhringer M.A., Studium der Architektur an der Hochschule Biberach; DAAD-Stipendiatin an der California State Polytechnic University of Pomona, Los Angeles / USA; seit 2012 Tätigkeit im Stadtplanungs- und Baurechtsamt Schwäbisch Gmünd, Abteilung Stadtsanierung und Stadtgestaltung.

Prof. Dr. János Brenner; Baudirektor im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Honorarprofessor an der TU Budapest, Stadtplaner AKB.

Dr. Marc Funk; Studium der Geographie, Politik und Geschichte an den Universitäten Stuttgart und Freiburg i.Br.; 1999-2006 Wirtschaftsförderung und Geschäftsführung der Stadtmarketing- und Wirtschaftsförderungs-GmbH Kehl; seit 2007 Geschäftsführer der Wirtschaft, Tourismus, Marketing-GmbH Waiblingen; Dissertation 2009; Lehrbeauftragter an den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien Stuttgart und Freiburg i. Br.

Dr.-Ing. Renate Fritz-Haendeler, Ministerialrätin a.D.; Studium der Architektur mit Städtebauvertiefung an der TU Stuttgart; Städtebau; 1976-1984 wiss. Assistentin am Lehrstuhl Städtebau RWTH Aachen; Promotion 1981 und verschiedene Vertretungsprofessuren; Referatsleiterin IBA Emscher Park, Ministerium für Stadtentwicklung NRW 1989-91 und für Grundsatzfragen Stadtentwicklung und Wohnen, Ministerium für Stadtentwicklung Land Brandenburg 1991-2009; Stabsstelle Baukultur.

Dr. Stefan Lang; Studium der Geschichte in Tübingen, danach 2003-2007 wiss. Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Inst. für Geschichtliche Landeskunde; Referendariat für den höheren Archivdienst in Baden-Württemberg; 2008 Auszeichnung mit dem Dr. Leopold-Lucas-Nachwuchspreis, 2009 mit dem Baden-Württembergischen Geschichtspreis; nach Forschungstätigkeit am Stadtarchiv Ulm seit 2012 Kreisarchivar des Landkreises Göppingen.

Prof. Dr. phil. habil. Hans-Rudolf Meier; Kunsthistoriker, 2003-2007 Professor für Denkmalkunde und angewandte Bauforschung und Leiter des postgradualen Masterstudiengangs „Denkmalpflege und Stadtentwicklung" an der TU Dresden; seit 2008 Professor für Baugeschichte und Denkmalpflege an der Bauhaus-Universität Weimar; Forschungstätigkeit zur Geschichte und Theorie der Denkmalpflege, zur Denkmalpflege der Moderne, zur Architektur- und Kunstgeschichte; 2008-2012 Sprecher des BMBF-geförderten Forschungsverbundes „Denkmal – Werte – Dialog"; 1. Vorsitzender des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V.

Dipl.-Ing. Julius Mihm, Architekt DASL; Studium der Architektur und Stadtplanung an den Universitäten Stuttgart und Hannover. Mitarbeit bei Stadtgrabung Elephantine, Assuan / Ägypten, beim Deutschen Archäologischen Institut Kairo. 1996-2001 Stadtbaumeister und Leiter des Stadtbauamts der Stadt Mengen / Donau; 2002-2009 Fachbereichsleiter Stadtplanung und Vermessung bei der Stadt Ludwigsburg und seit 2009 Bürgermeister und Baudezernent der Stadt Schwäbisch Gmünd.

Prof. Dr. Marianne Rodenstein; 1988-2007 Universitätsprofessorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadt- Regional- und Gemeindeforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkt ist derzeit eine vergleichende Soziologie der Städte. Mitherausgeberin der Publikationsreihe „Stadt, Raum, Gesellschaft".

BESPRECHUNGEN

Rolf Haupt / Karsten Güldner / Wolfgang Hartig *(Hrsg.), 800 Jahre St. Georg in Leipzig. Vom Hospital des Chorherrenstifts St. Thomas zum medizinisch-sozialen Zentrum – Ein Lesebuch, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2011, zahlr., meist farb. Abb., 576 S., mit zahlreichen, meist farbigen Abb., 24,90 €*

Leipzig wird 2015 sein 100jähriges Stadtjubiläum feiern. 800 Jahre davon sind vom Hospital St. Georg mitgeprägt worden, das 1212/1213 von den Chorherren des Chorherrenstifts St. Thomas gegründet und geführt wurde, bis es 1439 vom Rat der Stadt erworben und in Zukunft als städtisches Krankenhaus betrieben wurde. Das vorliegende „Lesebuch" zur Geschichte des Krankenhauses gibt einen differenzierten Überblick; in insgesamt 11 Kapiteln und einem Anhang wird dessen Entwicklung behandelt. Die Verteilung der Umfänge zeigt dabei mehr als deutlich die von den Herausgebern gewünschten Schwerpunkte:

Die Geschichte des Hospitals von 1212-1908 wird in Kapitel 1 auf rund 30 Seiten (Seite 21-50) abgehandelt. Der Verweis der Verfasser auf die Bibliographie im Anhang und die Quellen im Stadtarchiv und im stadtgeschichtlichen Museum Leipzig können über diese mehr als stiefmütterliche Behandlung einer jahrhundertelangen Geschichte im Vorfeld einer 1000-Jahr-Feier nicht hinwegtäuschen. Kapitel 2 (S. 51-74) untersucht den Neubau des Krankenhauses St. Georg am Rande der Stadt 1908-1913 in Einzelheiten. Kapitel 3 stellt das Krankenhaus in den beiden Weltkriegen vor (S. 75-82), Kapitel 4 behandelt dann die Jubiläen des Krankenhauses 1963, 1973, 1988 und 1998 (S. 83-194), wobei dessen Weiterentwicklung mit dem Schwerpunkt seit 1998 auch aus dem Inhaltsverzeichnis unübersehbar hervorgeht. Kapitel 5 widmet sich „der Krankenpflege im Klinikum St. Georg aus historischer Sicht" (S. 195-232), wobei die Entwicklung mit dem Schwerpunkt im 20. bzw. 21. Jahrhundert bis hin zu den Abbildungen der für den Pflegebereich verantwortlichen Leiterinnen und Leitern geführt wird.

Kapitel sechs ist mit der Überschrift „Sie prägten das Krankenhaus St. Georg in Leipzig" (S. 233-298) den Biographien der ärztlichen Direktoren, Oberinnen, leitenden Ärzten, Apothekern, Naturwissenschaftlern und Verwaltungsleitern gewidmet. Auch hier liegt der Schwerpunkt auf dem Zeitraum nach 1913. Die Biographien sind relativ wahllos aus vorliegenden Angaben zusammengestellt worden. Ein allen Biographien zugrundelegendes Muster ist dabei nicht erkennbar. Geburts- und Sterbedaten der behandelten Personen fehlen grundsätzlich, auch Ausbildungsdaten liegen nur teilweise vor; Angaben über Verbindungen zur NSDAP oder SED fehlen dabei auffallenderweise vollständig. Das Krankenhaus St. Georg scheint hier mit seinem Leitungspersonal in den Diktaturen eine Insel der Seligen gebildet zu haben. Das Kapitel ist daher historisch absolut wertlose Selbstbespiegelung, die das leitende Krankenhauspersonal undeutlich bleiben lässt.

Kapitel 7 „Gelebtes St. Georg“ (S. 299-320) gibt Erinnerungen von Krankenschwestern, ihrer Ausbildung und ihrer Arbeit und eine Reihe einzelner Begebenheiten wieder. Kapitel 8 (S. 321-332) zeigt St. Georg als Stätte der Aus-, Weiter- und Fortbildung sowie der Forschung und Wissenschaft. Vom Umfang und Inhalt her handelt es sich um eine relativ kleine Übersicht.

Kapitel 9 „Sie wuchsen uns zu“ (S. 333-370) zeigt die St. Georg angeschlossenen Krankenanstalten. Kapitel 10 „und stets eine Baustelle“ (S. 371-412) ist den andauernden Baumaßnahmen der letzten Jahre gewidmet. Kapitel 11 „Die Unternehmensgruppe St. Georg GmbH auf den Weg ins 21. Jahrhundert“ (S. 413-564) gibt einen Überblick über den derzeitigen Betrieb des Klinikums und seine einzelnen Zentren und Kliniken. Als Dokumentation des Ist-Zustandes ist dieser Teil des Bandes für die Zukunft von großer Bedeutung. Die dem Band beigegebene CD-Rom bietet den Geschäftsbericht von 2010, Literaturverzeichnisse zu Kapiteln der Arbeit und zum Klinikum sowie ein Verzeichnis der Hochschulschriften und wissenschaftlichen Publikationen. Leider wird dem Benutzer des Bandes in 20 oder 50 Jahren nicht nahe gebracht, auf welche Weise er diese gespeicherten Daten dann ohne die dazu gehörige Hardware rasch aufrufen kann.

Der Band ist ein imposant aufgemachtes Werk, bleibt aber ein „Lesebuch“. Eine umfassende Festschrift wissenschaftlichen Charakters stellt er nicht dar und füllt auch seinen beanspruchten Titel leider nur für die Zeit ab 1913 und auch dort mit deutlich anzumerkenden historischen Lücken in den Zeiträumen der Diktaturen. Bei allen auf das Werk verwandten Mühen zur Erstellung und Ausgestaltung bleibt das Gesamtfazit für die Geschichtsforschung enttäuschend.

Immo Eberl, Ellwangen / Tübingen

Angelus Eisinger / Jörg Seifert, *urbanRESET – Freilegen immanenter Potenziale städtischer Räume / How to Activate Immanent Potential of Urban Spaces (dt. /engl.), Basel: Birkhäuser 2012, 230 Abb., 272 S., 39,90 €.*

Leon Battista Alberti, der große Gelehrte der Renaissance, schien seine liebe Not damit gehabt zu haben, wenn man mit der vorhandenen Architektur nicht sinnvoll umging: „Manchmal kann ich nicht anders als angewidert zu sein, wenn ich die Gleichgültigkeit mancher Leute sehe, die Bauwerke zerstören, welche die Zeit, unnachgiebige Verwüsterin aller Dinge, bereitwillig ewig bestehen lassen wollte.“

Auch Angelus Eisinger und Jörg Seifert schätzen es nicht, wenn allzu leichtfertig mit dem Bestand hantiert wird. Um zu zeigen, welche Möglichkeiten in der Neuinterpretation von Baustrukturen liegen, haben sie einen instruktiven Band ediert. Dessen Titel „urbanRESET“ deutet freilich an, dass nicht das einzelne Gebäude im Fokus steht. Vielmehr geht es um eine erneute In-Wert-Setzung städtebaulichen Arbeitens und Denkens: indem beschrieben wird wie Industrieareale und Infrastrukturgebilde, die längst zu großflächigen Relikten, ja Unorten geworden sind, reaktiviert werden konnten. Beispielsweise ist die lange vernachlässigte Uferzone der Garonne in Bordeaux zu einem öffentlichen Raum *sui generis* mutiert – wertvoll, ansehnlich, aus der heutigen Stadtaneignung nicht mehr wegzudenken.

Was die beiden an der Hamburger HafenCity-Universität Lehrenden antreibt, ist insbesondere eine Frage: Wie können bei solch überlebten Großformen und Ensembles immanente, bisher vielleicht kaum beachtete Qualitäten freigesetzt und für eine nachhaltige Gestaltung und Konzeption der Stadt von morgen fruchtbar gemacht werden? Recht eigentlich stellt diese Hypothese das traditionelle Verständnis auf den Kopf. Denn üblicherweise formuliert Planung zuerst ein (intendiertes) Ergebnis, um im zweiten Schritt zu überlegen, wie dieses erreicht werden kann. Hier dreht sich das Verhältnis um, weil zunächst gefragt wird, wie eine Entwicklungsdynamik entfal-

tet werden kann, ohne gleich einen idealen Endzustand zu definieren. So kommt es, dass eine ehemalige Tuchfabrik zur Kunsthochschule wird, ein Teil eines Schießstands zur Jugendmusikschule, ein barockes Zehntenhaus zum Hotel oder ein Lagerschuppen zum Theater.

Die Herausgeber unterscheiden drei interagierende Elemente, die ihrer Ansicht nach für diesen Akt der Neuschöpfung konstitutiv seien. Allerdings sind das keine Phasen, die hübsch nacheinander ablaufen, sondern sie stehen in einem dynamischen Verhältnis zueinander. Gefunden haben sie dafür ein paar weitere (etwas manieriert wirkende) Anglizismen: RECONSIDER meint ein Umdenken, ein zunächst unpräzises Vermuten von innewohnenden Möglichkeiten des städtebaulichen Gebildes. Mit dem RELAUNCH startet eine systematische Suche; es beinhaltet seine konzeptionelle Überformung und die Einschreibung der neuen Deutungsfigur. REINTEGRATE schließlich betreibt die Wiedereinbindung des Elements in den urbanen und zeitgenössichen Kontext durch findige Aktivierungen.

Das Ganze wird an einer Reihe von konkreten Situationen durchdekliniert, in Lyons Innenstadt etwa oder am Londoner Trafalgar Square. Wobei das Buch keine enzyklopädischen, allenthalben gültige Lösungen liefert. Sie stehen vielmehr für eine neue Art des konzeptionellen Herangehens. Adolf Loos hat einmal gesagt: „Jede Veränderung, die keine Verbesserung ist, ist eine Verschlechterung." Verändern ist keine triviale, zwangsläufige Angelegenheit – Projekte wie „Stuttgart 21" bestätigen ja, wie viel gesellschaftlicher Unwille bei (städte-)baulichen Veränderungen oft zum Ausdruck kommt. Gerade weil es keine abgschließenden Antworten gibt, bleibt es immer gefährlich, sich bei Investitionen, die auf lange Frist Geltung behalten, auf einen abgeschlossenen Kanon von Funktionen und Bedürfnissen zu beziehen. In der Konsequenz heißt das für urbane Umbau-Projekte, dass es revidierbare, fehlerfreundliche Elemente genauso braucht wie stadträumliche Stabilität und gestalterische Prägnanz.

Die Beispiele, die das Buch versammelt, sind beredt und prägnant. Es bietet alles andere als trockene Theorie. Die Hälfte seiner ohnehin knapp

gehaltenen Texte stellen Interviews mit einschlägigen Beteiligten dar. Und was die Autoren als Transformationen beschreiben, dient gleichermaßen der Erhaltung des Gebauten wie der Befriedigung neuer Bedürfnisse, die sich über den Lebenszyklus eines Gebäudes verändern. Was darf man noch für Schlüsse ziehen? Dass es eine gewisse Bereitschaft, von den hergebrachten Routinen abzuweichen, ebenso braucht wie den Mut zu unkonventionellen Lösungen und neue, experimentelle Ansätze. Und dass das Timing zu einem wichtigen Punkt der stadtentwicklungspolitischen Steuerung werden kann.

Einen kleinen Einwand indes darf man vielleicht geltend machen. Denn die prominenten Beispiele, auf die hier Bezug genommen wird – auf Tate Modern in London etwa, oder auf's Toni-Areal in Zürich – sind womöglich zu fulminant für den grauen Alltag der Stadtveränderung. Weil die Brennweite des Objektives, durch das wir hier schauen, auf die „gute Paxis" eingestellt ist, hat sie unbeabsichtigt auch die Wirkung eines Weichzeichners. Der paradigmatische Charakter bemerkenswerter Einzelvorhaben könnte überinterpretiert werden, zulasten einer gesamtstädtischen Strategie. Doch ist dies lediglich eine Petitesse, die den Wert des Buches nicht schmälert. Im Gegenteil, hier werden endlich auch einmal die Realisierungsprobleme von Plänen und Projekten reflektiert.

Bonn/Berlin, Robert Kaltenbrunner